

„Es darf nicht leichter sein, in das Asylsystem einzuwandern als in den Arbeitsmarkt“

Interview mit Konstantin Kuhle, MdB, stellv. Vorsitzender FDP-Bundestagsfraktion, zur Zuwanderung in die Langzeitpflege

**Zuwanderung kann Personal-
mangel lindern:**
Höchste Zeit für die „Kompetenz-
vermutung“

Energie:
Verbrauch runter –
Bürokratie rauf?

Tagespflege:
Große Potentiale,
aber große Herausforderungen

bpa



Anspruch
pflegen.

jede 3.

Mehr als **jede dritte**
Pflegeeinrichtung
in Deutschland
ist **Mitglied** im bpa

Editorial

Wieder geht ein Jahr zu Ende – und nichts ist passiert

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wieder geht ein Jahr zu Ende und leider sehen wir: Wieder wurde zwölf Monate lang versäumt, die politischen Weichen für eine dringend notwendige Neuaufstellung der Pflege in Deutschland zu stellen. Es droht kein Versorgungsproblem – es ist längst da. Pflegebedürftige und ihre Familien finden keine Versorgung, weil vollstationäre Einrichtungen aufgrund des Personalmangels und der nicht ordentlich refinanzierten Kostensteigerungen nicht mehr aufnehmen können und ambulante Dienste ihre Touren zusammenstreichen. Fachkräfte stehen in anderen Bereichen der Wirtschaft nicht zur Verfügung, weil sie als ungewollte pflegende Angehörige zuhause gebraucht werden.

Und die Politik? Schaut tatenlos dabei zu. Wohlklingende Pläne im eigenen Koalitionsvertrag, die Pflegebedürftige sofort finanziell entlasten würden, hat die Ampelkoalition bis heute nicht umgesetzt. Nicht einmal beim wichtigen Thema Zuwanderung, das die Bundesregierung selbst zum Schwerpunkt erklärt hat, konnten echte Fortschritte erreicht werden. Noch immer verlieren wir viele Monate durch komplizierte und teils arrogante Anerkennungsverfahren für internationale Kräfte. Wir müssten sie locken und umgarnen, damit sie nach Deutschland kommen und dabei helfen, den demographischen Wandel zu bewältigen. Deshalb haben wir den Schwerpunkt dieser Ausgabe auch auf die Zuwanderung gelegt.

Aber wir müssten längst viele Schritte weiter sein, um eine sich deutlich abzeichnende Versorgungskatastrophe zu verhindern. Längst müssten wir über Technisierung und Digitalisierung sowie über neue Wohn- und Versorgungsformen sprechen, um die vorhandenen Pflegekräfte optimal zu unterstützen. Die Ausbildung müsste so vereinfacht und die Pflegeschulen so gut ausgestattet werden, dass möglichst viele junge Menschen in den Pflegeberuf einsteigen können.

Und was tut der Fraktionsvorsitzende der Kanzlerpartei? Er diffamiert private Träger mit Argumenten aus dem letzten Jahrhundert und versucht mit diesen kruden Thesen, die eigene Untätigkeit zu überspielen. Das ist ignorant und schäbig.



Ihr

Bernd Meurer

Bernd Meurer
Präsident



Ihre

Margit Benkenstein

Margit Benkenstein
Stellv. Präsidentin

Denn es lässt diejenigen ohne politische Hilfe, die gerade von der Sozialdemokratie eigentlich Unterstützung bekommen sollen: Pflegebedürftige, die nachrechnen müssen, ob sie es sich nach Lauterbachs Mini-Leistungsanpassung noch leisten können, sich dreimal die Woche vom Pflegedienst duschen zu lassen. Angehörige, die Dutzende Heime durchtelefonieren und gerade für schwerst-pflegebedürftige Menschen überall eine Absage bekommen – und dann notdürftig eine Versorgung zuhause organisieren müssen, die alle Beteiligten überfordert. Da schaut niemand hin, am allerwenigsten die SPD. Denn es darf nicht sein, was nicht ins ideologiegetriebene Weltbild passt. Bei ihnen – den Pflegebedürftigen, ihren Familien und den hart für die Aufrechterhaltung der Versorgung arbeitenden Mitarbeitenden und Betreibern in der Pflege – sollte sich Herr Mützenich schnellstens entschuldigen.

Es liegen doch alle Fakten auf dem Tisch und auch andere haben es längst begriffen: Als die neue Bewegung der Linken-Politikerin Sarah Wagenknecht ihr Manifest veröffentlichte, unterzog die BILD-Zeitung die Aussagen einem Faktencheck. Die Behauptung, die Pflegeeinrichtungen würden „Renditejägern“ überlassen, konterte die Redaktion mit dem Fakt: „Die Privaten schaffen erst die nötigen Pflegeplätze.“ Genau so ist es und wir werden auch im kommenden Jahr weiter daran arbeiten, dass die Regierungskoalition die Notlage endlich befreit und mit uns zusammen handelt.

Heute aber wünschen wir Ihnen, Ihren Familien sowie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern alles erdenklich Gute, eine besinnliche Weihnachtszeit und einen gesunden Start in das Jahr 2024.

Es grüßt Sie herzlich

Titelthema

„Es darf nicht leichter sein, in das Asylsystem einzuwandern als in den Arbeitsmarkt“

Interview mit Konstantin Kuhle MdB, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Zuwanderung kann den Personalmangel lindern: Höchste Zeit für die „Kompetenzvermutung“

Von Norbert Grote

Übersicht zu neuen Einwanderungsregelungen nach dem Gesetz und der Verordnung zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung

Den eigenen Personalbedarf decken – mit internationalen Auszubildenden

Von Dr. Matthias Glasmeyer

Fachkräfte und Auszubildende aus dem Ausland:

Wie der bpa seine Mitgliedereinrichtungen unterstützt
Von Robert Mittelstädt

Zeitarbeit in der Pflege eindämmen

bpa beim Hearing der Unionsfraktion im Bundestag

„Sehr viele wollen nach Deutschland.“

bpa-Vizepräsidentin Benkenstein zu Gesprächen in Vietnam

Tagespflege: Große Potentiale, aber große Herausforderungen

Von Sven Wolfgram

Das sollten Sie wissen

Energie: Verbrauch runter – Bürokratie rauf?

Von Pascal Tschörtner

Pflegestudiumstärkungsgesetz: Zwei politische Versprechen gebrochen

Von Norbert Grote

bpa-Vertreter erneut in Selbstverwaltung der BGW gewählt

Gefährdungsbeurteilung in der Schnittstelle zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement

Modernes Unternehmen, Nachhaltigkeit und innovative Versorgung –

Aufruf zum neuen bpa-ZukunftsaWARD

25

Politik trifft Praxis

6 Bundestagsabgeordnete beim Pflegepraktikum

Mit Benjamin Strasser, FDP; Hakan Demir, SPD; Astrid Dame-row, CDU und Clara Bünger, Die Linke

27

9 Aktuelles aus den Ländern

Landesgruppe Baden-Württemberg

10 Nicole Schliz ist neue Landesvorsitzende – Rainer Wiesner zum Ehrenvorsitzenden ernannt

Mitgliederversammlung: Vorstand neu gewählt

30

Landesgruppe Bayern

11 Digitalisierung trifft auf Sozialpolitik – „dialog Digitales für Menschen“

33

Landesgruppe Bayern

13 Bayern will die Pflege mit einer digitalen Pflegebörse stärken

34

Landesgruppe Bayern

14 Bayerischer Rahmenvertrag zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) geschlossen

34

Landesgruppe Bayern

15 Gemeinsam für bedarfsgerechte pflegeorientierte Strukturen in Bayern – Schulterchluss für mehr Versorgungssicherheit

35

Landesgruppe Bayern

16 Strategietagung mit Schwerpunkt Vergütung und Wirtschaftlichkeit

36

Landesgruppe Bayern

19 „Gesund arbeiten in der Pflege“

Bayern fördert Maßnahmen zum Umgang mit psychischen Belastungen

37

21

Landesgruppe Berlin

Ehrendadel des Landes Berlin für Oliver Stemmann

38

Landesgruppe Berlin

23 Barbara Kaiser – Besuch bei einer Legende

38

Landesgruppe Berlin

Landesgeschäftsstelle Berlin verabschiedet Michael Lomb

39

Landesgruppe Berlin

Heitere Stimmung beim bpa-Unternehmerabend auf dem Landwehrkanal

Neu gewählter Vorstand stellt zentrale Forderungen an die Politik

40

Landesgruppe Berlin

40 Jahre Mitgliedschaft im bpa

41

Der bpa in den sozialen Medien:

schnell, direkt und immer auf dem neusten Stand.

Jetzt gleich abonnieren!

Links zu X (ehemals Twitter), Facebook und

LinkedIn finden sie hier:

https://linktr.ee/der_bpa



Landesgruppe Bremen/Bremerhaven „Pflegebedürftige erwarten zu Recht, dass ihre Unterstützung gesichert ist“ Mitgliederversammlung 2023: Fachliches aus der Pflegepraxis und Wiederwahl des Vorstands		Landesgruppe Sachsen-Anhalt Arbeitsgruppe Intensivpflege berät Versorgungsvertrag	61
Landesgruppe Hamburg „Pflegen und Wohnen“ eröffnet Standort Marienthal und verabschiedet Vorstandsmitglied Thomas Flotow	44	Landesgruppe Sachsen-Anhalt Fachgespräch zur Wirtschaftlichkeit von Pflegebetrieben Mitgliederversammlung in Freyburg bestätigt Landesvorstand	61
Landesgruppe Hessen Wirtschaftlichkeit der Pflegeeinrichtungen im Fokus 9. Hessischer bpa-Fachkongress Pflege	45	Landesgruppe Schleswig-Holstein Mitgliederversammlung und politischer Fachtag – Wirtschaftlichkeit der Pflege im Mittelpunkt der Diskussion	63
Landesgruppe Hessen Start ins Berufsleben in der Pflege: Generalistische Pflegeausbildung und Pflegehelferausbildung erfolgreich absolviert	48	Landesgruppe Schleswig-Holstein Fachvorträge, Parlamentarische Abende, Abende der Begegnungen – aus der politischen Arbeit des bpa in Schleswig-Holstein	65
Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern Azubis und Fachkräfte aus dem Ausland 10. Unternehmertag und Mitgliederwahlversammlung 2023	49	Landesgruppe Schleswig-Holstein Drehtüreffekte wirkungsvoll verhindern Symposium des Gesundheitsnetzwerks Lübeck und Umgebung e.V.	66
Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern 20 Jahre „Haus am Ostseestrand“ in Zempin und weitere Jubiläen	50	Landesgruppe Schleswig-Holstein Sozialministerin Touré besucht erste landesgeförderte solitäre Kurzzeitpflegeeinrichtung in Niebüll	66
Landesgruppe Niedersachsen Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördern	51	Landesgruppe Schleswig-Holstein Azubis in der Altenpflege ausgezeichnet bpa verleiht Pflege-Azubi-Award 2023 in Kiel	68
Landesgruppe Niedersachsen Staatssekretär verspricht: Einjährige Ausbildung geht im kommenden Jahr an den Start	52	Landesgruppe Thüringen Personalmangel schränkt Angebote in der Pflege ein bpa-Pflegekongress in Erfurt diskutiert die Zukunft der Pflege	69
Landesgruppe Niedersachsen Seminar für Sicherheitsbeauftragte: wichtige Ansprechpersonen im betrieblichen Arbeitsschutz	53	Landesgruppe Thüringen 30 Jahre Hauskrankenpflege Julia Rzegotta in Gera und Umgebung	70
Landesgruppe Nordrhein-Westfalen Zeitenwende – und wie geht es weiter? Mitgliederversammlung und Fachtag in Münster	54	bpa.präsent	
Landesgruppe Nordrhein-Westfalen Pflegeunternehmen „Lebensbaum“ begeht 25-jähriges Jubiläum	57	ConSozial Wissenschafts-Preis 2023 an Professor Thomas Rauschenbach verliehen	71
Landesgruppe Nordrhein-Westfalen 20 Jahre Seniorenzentrum Zwei Eichen Gute Erfahrungen mit internationalen Azubis	58	Termin bitte vormerken: Der bpa auf der Altenpflege 2024 in Essen	72
Landesgruppe Nordrhein-Westfalen 10 Jahre Residenz „Zur schönen Aussicht“	59	bpa.portal	
Landesgruppe Nordrhein-Westfalen 10-Jähriges und Einweihungsparty bei der Pflegefreunde GmbH	59	Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	73
Landesgruppe Sachsen-Anhalt Konferenz zum Pflegeberuf im Wandel Rothgang fordert mehr Flexibilität bei der Berücksichtigung des Mehrpersonals	60	Verdiente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter In den vergangenen Monaten konnten zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des bpa ihr Betriebsjubiläum feiern	74
		bpa-Team beim B2Run-Firmenlauf erfolgreich	77
		Ihre Ansprechpartner beim bpa	78
		Impressum	79

„Es darf nicht leichter sein, in das Asylsystem einzuwandern als in den Arbeitsmarkt“

Interview mit Konstantin Kuhle MdB, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Herr Kuhle, in der Öffentlichkeit läuft eine große Debatte um die Zuwanderung. Emotionen beiseite: Ist Deutschland nicht längst ein Einwanderungsland?

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Die Ampel-Koalition hat diese Realität mit dem Koalitionsvertrag anerkannt. Zahlreiche Menschen mit Migrationsgeschichte leben in Deutschland. Migration wird auch zukünftig weiter stattfinden – allerdings muss sie gesteuert werden. Ohne Migration lässt sich unser Wohlstand nicht halten. Unser Ziel muss sein, dass Deutschland ein modernes Einwanderungsland wird. Daran arbeitet die Ampelkoalition. In einem ersten Schritt wurde das Fachkräfteeinwanderungsgesetz umfangreich reformiert. Nun muss es in den Behörden und den Auslandsvertretungen auch mit Leben gefüllt werden. Wir sind uns bewusst, dass das nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung sein kann und wir noch viele weitere Schritte gehen müssen, um im globalen Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte bestehen zu können.

Experten fordern massive weitere Zuwanderung, um unseren Wohlstand zu sichern. Forscher der Bundesagentur für Arbeit haben ausgerechnet, dass wir eine Nettozuwanderung von 400.000 Menschen jährlich benötigen, um die Zahl der Erwerbspersonen in Deutschland angesichts des demografischen Wandels stabil zu halten. Wie schaffen wir es, das aktuelle Gefühl der Überlastung in eine Chance zu verwandeln?



Foto: Munir Werner

Konstantin Kuhle MdB, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Das Gefühl der Überlastung rührt daher, dass es zu viel irreguläre Migration gibt. Deswegen muss Deutschland es schaffen, weniger irreguläre und mehr reguläre Migration zu organisieren. Zentraler Aspekt der verabschiedeten Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes ist es, mehr Ordnung in die Migration nach Deutschland zu bringen. Wer in den deutschen Arbeitsmarkt einwandern will, darf das nicht über ein Asylverfahren machen. Gleichzeitig dürfen die Kommunen nicht länger mit den aktuellen Asyl- und Flüchtlingszahlen über ihre Belastungsgrenze kommen, denn das untergräbt die Akzeptanz für Migration als Ganzes in der Be-

völkerung. Deswegen ordnen wir die Migration mit den Beschlüssen zur Reform des europäischen Asylsystems und der Ministerpräsidentenkonferenz endlich stärker, führen Asylverfahren künftig in Europa in vielen Fällen direkt an den europäischen Außengrenzen und innerhalb von 12 Wochen durch. Dazu verschärfen wir die Gesetze in Deutschland etwa mit der Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten, der Ausweitung des Ausreisegewahrsams und weiterer Veränderungen, um diejenigen schneller zurückzuführen, die weder unseren Schutz brauchen noch auf dem deutschen Arbeitsmarkt gebraucht werden.

Denn wir wollen vier Gruppen endlich klar unterscheiden: Wen wollen wir einladen auf unseren Arbeitsmarkt und in unsere Gesellschaft, wer braucht unseren Schutz wegen individueller Verfolgung, wer unsere Solidarität als Kriegsflüchtling etwa aus der Ukraine – und für wen gilt weder das eine noch das andere und muss daher Deutschland und künftig die EU bereits an der Grenze wieder verlassen.

Wenn die Politik es schafft, zwischen diesen Gruppen klar zu unterscheiden und jeweils klare Regeln zu formulieren, wird das Gefühl der Überlastung hoffentlich einem positiven Gefühl weichen.

In vielen Berufen fehlen Arbeitskräfte, das erlebt jede und jeder im Alltag. Die Pflege gehört sicher zu den Bereichen mit einem besonderen Mangel. Ist Zuwanderung aus Ihrer Sicht ein Teil der Lösung?

Auch wenn wir alles daransetzen, mehr Menschen in Deutschland für den Pflegeberuf zu gewinnen, wird es uns allein damit nicht gelingen, den eklatanten Mangel an Pflegekräften zu beheben. Daher wird in diesem Bereich Zuwanderung Teil der Lösung sein. Viele geburtenstarke Jahrgänge gehen in den nächsten Jahren in Rente. Wir sind daher auch auf ausländische Pflegekräfte angewiesen. Dabei stehen wir als Freie Demokraten im Deutschen Bundestag zum Verhaltenskodex der WHO für die Anwerbung von Gesundheitsfachkräften. In einem sensiblen Bereich wie der Pflege sind außerdem deutsche Sprachkenntnisse auf B2-Niveau notwendig. Die 3+2-Regelung zur Ermöglichung einer Ausbildung mit anschließender Arbeiterlaubnis sollte zügig auf die einjährige Altenpflegehelferausbildung ausgedehnt werden. Dieses im Koalitionsvertrag festgeschriebene Vorhaben sollte durch die Bundesregierung bald umgesetzt werden.

Asylsuchende dürfen nach ihrer Einreise monatelang nicht arbeiten, während das Handwerk, die Bäcker und eben auch die Pflege händierend Arbeitskräfte suchen. Können wir uns diese „Sanktion“ überhaupt noch leisten?

Grundsätzlich gilt: Es darf nicht leichter sein, in das Asylsystem einzuwandern als in den Arbeitsmarkt. Vielfach sind jedoch Menschen, die wir auf unseren Arbeitsmarkt einladen wollen, insbesondere aufgrund der bisher fehlenden Ordnung fälschlicherweise im Asylsystem gelandet. Deshalb können Menschen, die vor Beschluss des Entwurfs des Fachkräfte-Einwanderungsgesetzes im Kabinett in Deutschland einen Asylantrag gestellt haben (Stichtagsregelung), im Wege eines so genannten Spurwechsels in einen Aufenthaltstitel aus der Fachkräfte-Einwanderung wechseln, wenn sie einen entsprechenden Arbeitsvertrag mit einem deutschen Unternehmen haben. Denn wer vollständig die Kriterien der Fachkräfte-Einwanderung erfüllt, also hier am Arbeitsmarkt händierend gesucht wird, hat im Asylsystem nichts verloren. Selbstverständlich gilt dies nur, wenn jemand nicht bereits ausreisepflichtig ist und durch den Stichtag nur rückwirkend, um Pull-Effekte für die Zukunft auszuschließen. Menschen, die bereits hier sind, arbeiten könnten, aber aktuell vom Staat leben oder leben müssen, haben dann ganz klar die Wahl: Wenn sie eine Ausbildung machen oder arbeiten und finanziell auf eigenen Beinen stehen, dürfen sie bleiben – oder sie müssen nach Ablehnung ihres Antrags das Land verlassen.

Im Programm „Care for Integration“ hat der bpa mit seiner Pflegeschul Tochter apm in NRW gezeigt, wie Geflüchtete durch ein Assessment und eine kombinierte Sprach- und Berufsausbildung schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Ist das ein Beispiel, das Schule machen sollte?

Alle Maßnahmen und Ansätze, die dazu führen, dass Menschen, die bei uns arbeiten wollen, das auch können und dabei Hilfestellung erhalten, sind unterstützungswürdig. Der Ansatz von „Care for Integration“ war gut, kann durchaus als Vorbild für weitere solcher Programme dienen. Die Erkenntnisse aus solchen Programmen sollten zudem in die reguläre Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit mit einfließen. Insbesondere die Probleme beim Umfang der Sprachförderung und der Absolvierung des Hauptschulabschlusses als Grundvoraussetzung der Ausbildung sind hier zu nennen.

Wer keinen Pflegedienst für seine Mutter oder keinen Heimplatz für seinen Vater findet, kann auch selbst nicht zur Arbeit erscheinen. Andere Branchen leiden dadurch mit. Braucht die Personalsicherung in der Pflege vor diesem Hintergrund eine „Überholspur“ bei der Fachkräftezuwanderung?

Pflegende Angehörige sind die Stütze in der ambulanten Pflegeversorgung. Sie brauchen mehr und dauerhafte Entlastung. Die Stütze der stationären Pflegeversorgung sollten sie jedoch nicht sein. Jeder, der eine Pflegeversorgung benötigt, sollte auch eine dementsprechende Versorgung erhalten. In Bayern gibt es ein solches Fast-Lane-Verfahren seit diesem Jahr. Wie es sich in der Praxis bewährt, bleibt abzuwarten. Sollte es positive Rückmeldungen geben, kann dieses Modell gewiss als Vorbild dienen. Die in dem Fast-Lane-Verfahren enthaltene Zentralisierung der Anerkennungsverfahren trägt gewiss zu einer Beschleunigung sowie Entlastung der Alten-, Pflegeheime und Kliniken bei.

Zum Schluss der Blick nach vorne: Die Digitalisierung gehört zu den Megathemen – nicht nur im Gesundheitswesen. Welche weitreichenden Entwicklungen werden Pflegeeinrichtungen in den nächsten Jahren erleben? Worauf sollten sich die bpa-Mitgliedsunternehmen einstellen?

Schon heute erledigen wir viele Dinge selbstverständlich auf digitalem Weg, bei denen es uns noch vor wenigen Jahren unvorstellbar erschien. Ich bin optimistisch, dass diese Entwicklung weitergeht und hoffe auf politische Rahmenbedingungen, die diesen Innovationsgeist zulassen und fördern. Angesichts der demografischen Entwicklung und aktueller Arbeitsmarktprognosen werden die personellen Herausforderungen in der Pflege weiter steigen, darauf müssen wir uns einstellen. Wir können aber auf viele digitale Unterstützungsangebote hoffen, um diese Herausforderungen zu bewältigen. Wie alles Neue erfordern sie aufgeschlossene Nutzerinnen und Nutzer, denn nur was ausprobiert wird, kann sich auch bewähren oder verbessert werden.

Pflegeeinrichtungen beklagen oft zu lange Bearbeitungszeiten bei Visa und Berufsanerkennungen. Muss die deutsche Gründlichkeit langsam einem deutschen Pragmatismus weichen?

Mehr Pragmatismus wäre wünschenswert. Die Migrationsverwaltung in Deutschland ist nicht auf der Höhe der Zeit. Wir haben zu viel Bürokratie, unklare Zuständigkeiten und viel zu wenig Digitalisierung. Bearbeitungszeiten in den Behörden dauern schlicht im Schnitt deutlich zu lange. Das muss sich ändern. Die Berufsanerkennung ist leider überwiegend Ländersache und es gibt in Deutschland entsprechend 16 verschiedene Anerkennungsstellen für Pflegefachkräfte. Für Arbeitgeber und vermittelnde Agenturen ist das ein großes Hindernis.

Die Bundesregierung wird voraussichtlich bis zum nächsten Jahr in einer umfassenden externen Machbarkeitsstudie prüfen, wie die Verfahren der Erwerbsmigration weiter digitalisiert und vereinfacht werden können und ob die Option der vollständigen Zentralisierung – inklusive Visa-Erteilung – unter dem Dach einer (!) Behörde möglich wäre. Dabei liegt ein besonderes Augenmerk auf der Bundesagentur für Arbeit. Denn die Problemanalyse zeigt: Oft liegt der Flaschenhals heute operativ bei den Visastellen. Das muss enden, daher brauchen wir real geprüfte Optionen für eine große Verwaltungsreform. Sie könnte ein zweiter Schritt der Reform der arbeitsmarktbezogenen Einwanderung in dieser Legislaturperiode sein. Die Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes hat die Ampelkoalition bereits dieses Jahr beschlossen, damit sich in diesem Bereich zügig etwas ändert.

Konstantin Kuhle im Gespräch mit dem bpa

bpa im Austausch mit der Politik: bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote und der Leiter des Bereichs Politik & Lobbying Axel Schnell trafen im Oktober den stellvertretenden FDP-Fraktionsvorsitzenden Konstantin Kuhle und den pflegepolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Jens Teutrine zum pflegepolitischen Fachgespräch. Dabei stand vor allem die wirtschaftliche Situation der Einrichtungen im Mittelpunkt. „Wenn Versorgungsangebote weiter wegbrechen, verschärft sich Arbeitsmangel auch in anderen Branchen“, warnte bpa-Hauptgeschäftsführer Grote. Er forderte von den liberalen Politikern konkrete Maßnahmen zur Personalsicherung und Finanzierung sowie zur Leistungsabsicherung in der Pflegeversicherung ein. Beim Thema Fachkräfteeinwanderung zeigten die Abgeordneten Verständnis dafür, dass Anerkennungsverfahren beschleunigt und Kompetenzen pragmatisch beurteilt werden müssen.



Fachpolitischer Austausch im Deutschen Bundestag (von links): Konstantin Kuhle, stellvertretender FDP-Fraktionsvorsitzender, bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote, Axel Schnell, Leiter des Bereichs Politik & Lobbying, Jens Teutrine, pflegepolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

Zuwanderung kann den Personalmangel lindern: Höchste Zeit für die „Kompetenzvermutung“

Von Norbert Grote

Zehntausende vollstationäre Pflegeplätze sind – hauptsächlich wegen des Personalmangels – in Deutschland aktuell nicht belegt und ambulante Dienste streichen aus gleichem Grund ihre Touren massiv zusammen. Der Fachkräftemangel ist längst zu einem Angebotsmangel geworden, der Pflegebedürftige und ihre Familien belastet und inzwischen auch andere Wirtschaftszweige in Mitleidenschaft zieht. Gleichzeitig brechen die Ausbildungszahlen ein und ein großer Teil der derzeit tätigen Pflegekräfte steht in den nächsten zehn Jahren vor der Verrentung.

Es ist höchste Zeit für schnelle Maßnahmen zur Sicherung der pflegerischen Versorgung. Höchste Zeit für „Kompetenzvermutung“ statt „Defizitbescheid“. Der bpa fordert daher schon lange eine regelhafte Anerkennung aller mindestens dreijährig beruflich oder akademisch ausgebildeten ausländischen Pflegefachkräfte und nur im Einzelfall eine Ausgleichsmaßnahme mittels einer Kenntnisprüfung oder eines Anpassungslehrgangs.

Denn angesichts ausgedünnter Geburtenjahrgänge und eines Personalmangels in nahezu allen Branchen ist klar, dass der Kräftebedarf in der Pflege nicht allein im Inland gedeckt werden kann. Bei schönen Pressereisen wirbt ein Minister nach dem anderen zwar immer wieder gerne um Pflegekräfte, im Alltag aber halten wir zuwanderungswilligen Pflegekräften zuerst ein Dokument entgegen, das so deutsch und so wenig einladend wie nur irgendwie möglich ist: den Defizitbescheid. Ja, offiziell wurde dieser Begriff schon mit dem Pflegeberufegesetz abgeschafft und in „Feststellungsbescheid“ umbenannt.

Die Anerkennungsbehörden lassen sich aber Zeit mit der Umsetzung und benutzen den Begriff Defizitbescheid weiterhin. Du kannst vieles nicht, sagen die Behörden damit den (übrigens oft akademisch) hochausgebildeten Pflegekräf-

ten, z. B. von den Philippinen, aus Indien oder Brasilien, egal, wo in der Welt du schon gearbeitet hast. Ganz so, als wären wir nicht dringend auf diese Kräfte angewiesen, um eine steigende Zahl von Pflegebedürftigen zu versorgen. Willkommenskultur? Fehlanzeige.

Schlimmer noch: Im Pflegestudiumstärkungsgesetz konnten zwar kleinere Fortschritte festgeschrieben werden wie die Verzichtserklärung, Kenntnisprüfungen im Skills Lab oder bundesweit einheitliche Dokumente. Aber die Versuche des Bundesministeriums für Gesundheit, die Anerkennung im Zuge des Pflegestudiumstärkungsgesetzes zu harmonisieren und endlich eine bundesweite Stelle für diese Verfahren einzurichten, scheiterten am Widerstand der Länder.

Wollen die Ministerpräsidenten und ihre Gesundheitsressortchefs dort wirklich lieber die Zuwanderung in die Berufe der Langzeitpflege weiter durch einen Flickenteppich der Anerkennungsverfahren behindern, als ein Stück ihrer Landeshoheit abzugeben? Wer kann das den Familien erklären, die keine Versorgung für ihre pflegebedürftigen Angehörigen finden? Wer erklärt es dem Mittelständler, wenn sein Facharbeiter tagelang ausfällt, weil er die Versorgung seiner Mutter organisieren muss – oder sogar wochen- und monatelang, weil er eben keinen Pflegedienst findet und selbst ungewollt zum pflegenden Angehörigen wird?

Also, umdenken, und zwar schnell. Wir brauchen eine unkomplizierte, grundsätzliche Anerkennung für alle mindestens dreijährig ausgebildeten Pflegefachkräfte. Wer das vorweisen kann, muss im Rahmen einer „Kompetenzvermutung“ sofort als Pflegefachkraft eingesetzt werden können. Sind Ausgleichsmaßnahmen erforderlich, müssen diese parallel zur Fachkrafttätigkeit innerhalb einer bestimmten Frist erworben werden dürfen. Das macht die Zuwanderung nach



Foto: Meike Kenn

Norbert Grote,
bpa-Hauptgeschäftsführer

Deutschland attraktiver, entlastet die Einrichtungen und schafft schnell zusätzliche Kapazitäten für die große Zahl derzeit unversorgter Pflegebedürftiger.

In den Ländern entstehen ebenfalls neue Gesetze, die allerdings oftmals am Bedarf vorbeigehen. So sieht das baden-württembergische „Willkommengesetz für Personen mit im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen in den Pflege- und Gesundheitsberufen“ eine vorläufige Anerkennung vor, allerdings gilt diese nur als Pflegehilfskraft für 18 Monate und auch nur, wenn alle (!) weiteren Anforderungen erfüllt sind. Die volle Gleichwertigkeit muss also bereits nachgewiesen worden sein und nur noch der Schritt vom Sprachniveau B1 zum für die volle Anerkennung notwendigen B2 darf fehlen.

In anderen Bundesländern wie beispielsweise Hessen ist hingegen die vorübergehende Anerkennung als einjährig ausgebildete Pflegehilfskraft auch dann schon lange möglich, wenn fachliche Ausgleichsmaßnahmen notwendig sind. Dieser Flickenteppich muss verschwinden. Die zögerliche Haltung der Bundesländer ist angesichts des dramatischen Personalmangels nicht mehr nachvollziehbar. Offenbar wird die Tragweite des Arbeitskräftemangels in der Langzeitpflege in vielen Landeshauptstädten nicht verstanden.

Um internationale Kräfte gezielt anzusprechen, müssen – nach dem Vorbild der Stahl- und Automobilindustrie in den 50er- und 60er-Jahren – One-Stop-Zentren bzw. Welcome-Center bereits in den Anwerbeländern geschaffen werden. Zuwanderungswillige Fachkräfte und Ausbildungsinteressierte können dort mit Sprachkursen oder einer Vermittlung zu deutschen Arbeitgebern sowie mit Informationen zur Arbeit in der Pflege in Deutschland unterstützt werden und direkt alle Formalitäten für Einreise und Anerkennung erledigen.

Mit Förderprogrammen muss zudem die deutsche Sprachvermittlung im Heimatland und in Deutschland gestärkt werden. Hierzulande müssen Angebote für Vorbereitungskurse ausgeweitet, Pflegeschulen durch Erleichterungen beim Einsatz und der Finanzierung von Lehrpersonal für die notwendigen Kompetenzerweiterungen und die gegebenenfalls erforderliche Abnahme von Kenntnisprüfungen und Angeboten von Anpassungslehrgängen gestärkt und die Verfahren für Visum, Aufenthalt und Anerkennung durch Digitalisierung beschleunigt werden.

Besondere Aufmerksamkeit müssen auch die Pflegeassistentinnen und -assistenten erhalten, die insbesondere seit dem Inkrafttreten des Personalbemessungsinstrumentes (PeBeM) in noch größerer Zahl benötigt werden. Mit einer Regelung in der Beschäftigungsverord-

nung wird zwar ab März 2024 die Möglichkeit zur Beschäftigung von ausgebildeten bzw. anerkannten internationalen Assistenzkräften geschaffen, aber es fehlt dringend eine Klarstellung, dass eine Einreise auch möglich ist, wenn die Ausbildung zum Pflegeassistenten in Deutschland erfolgt. Zudem muss der Aufbau der nötigen Schulstrukturen in den Bundesländern unbedingt angegangen und auch das nötige pädagogische Personal ausgebildet werden – das ist aktuell wichtiger als die geplante Ausweitung eines Pflege-Hochschulstudiums.

Ein erhebliches Potenzial bietet auch die aktuell wieder hohe Zahl von geflüchteten Menschen. Der bpa hat bereits seit 2016 wegweisend im Projekt „Care for Integration“ zusammen mit seinem Bildungsträger, der apm, bewiesen, wie sich eine große Anzahl von Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund für die Pflege in Deutschland nach individuellen Fähigkeiten und Neigungen identifizieren und zu einjährigen Pflegeassistenten oder sogar Pflegefachkräften qualifizieren lassen. Dieses Programm will der bpa in Zukunft erheblich auszuweiten. Dazu braucht es aber die nötigen Aufenthaltstitel im Aufenthaltsgesetz, damit unabhängig von Duldungen und reinen Ausnahmeregelungen eine Planungssicherheit für die Auszubildenden und die Betriebe geschaffen werden kann. Ebenso braucht es eine wirksame Förderung über das SGB III durch die Arbeitsagenturen bzw. Jobcenter.

Arbeitsminister Hubertus Heil spricht gerne vom „Job-Turbo“ – das greifen wir gerne auf und bringen Geflüchtete so schnell wie möglich in Qualifizierung und reguläre Arbeit.

Ein wichtiger Punkt zum Schluss: Die Einrichtungen dürfen nicht weiter auf den Anwerbekosten sitzen bleiben. Sie lösen eine gesellschaftlich relevante Problemstellung und müssen die Kosten in den Vergütungsverhandlungen mit den Pflege- und Krankenkassen geltend machen können. Den Versuch gab es ja schon: 2021 gab es mit dem Entwurf für das „Gesetz zur Qualität und Förderung der Gewinnung von Pflegekräften aus dem Ausland“ eine sinnvolle gesetzliche Initiative dazu, die erst 120 Millionen bis 2025 an Bundesmitteln vorsah, aus denen dann plötzlich nur noch 4,7 Millionen wurden. Ein Tropfen auf den heißen Stein, der schnell aufgebraucht war.

Um durch die Kosten für die Anwerbung und nachhaltige Integration internationaler Kräfte nicht die Eigenanteile der Pflegebedürftigen weiter zu erhöhen, sollte eine extrabudgetäre Finanzierung geschaffen werden, die zielgenau für die Anwerbung und Qualifizierung eingesetzt werden könnte: Ein Sondervermögen, um die Mammutaufgabe der Gewinnung von genügend internationalen Arbeitskräften für die Langzeitpflege zu bewältigen.

Übersicht zu neuen Einwanderungsregelungen nach dem Gesetz und der Verordnung zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung:

18.11.2023:

§ 18g AufenthG (blaue Karte EU):

➤ Aufenthaltstitel für akademisch ausgebildete Kräfte mit Jahresgehalt von aktuell mind. 40.000 Euro, bisher nicht relevant für Pflegefachkräfte, da in Deutschland in der Regel Anerkennung als berufliche Ausbildung, in Zukunft kommt aber Anerkennung als Hochschulabschluss in Frage.

Ab 1.3.2024:

§ 16d Abs. 3 AufenthG (Anerkennungspartnerschaft):

➤ Arbeitgeber können mit ausländischen Fachkräften individuelle Vereinbarungen schließen, um erst in Deutschland nach Visumserteilung und Einreise das berufliche Anerkennungsverfahren zu betreiben. Erforderlich für die Visumserteilung sind neben der Vereinbarung zur Anerkennungspartnerschaft noch der

Arbeitsvertrag, das Vorliegen einer grundsätzlich anerkennungs-fähigen Ausbildung als Fachkraft sowie der Nachweis von deutschen Sprachkenntnissen auf mindestens A2-Niveau.

§§ 16a, 17 AufenthG (Ausbildungsaufenthalt, Ausbildungsplatzsuche):

► Eine Aufenthaltserlaubnis für internationale Azubis „soll“ (nicht mehr nur „kann“) nun erteilt werden, wenn die Bundesagentur für Arbeit zugestimmt hat. Die Azubis dürfen nun bis zu 20 (nicht mehr nur 10) Stunden in der Woche noch nebenbei beschäftigt werden.

§ 20 Abs. 1 Nr. 5 AufenthG (Arbeitsplatzsuche im Anschluss an Pflegehelferausbildung):

► Im Anschluss an eine Pflegehelferausbildung wird ein Aufenthaltstitel für bis zu 12 Monate mit Verlängerung auf 18 Monate zur Jobsuche in Deutschland erteilt.

§ 22a BeschV (Arbeitsmarktzugang für qualifizierte Pflegehilfskräfte):

► In Deutschland ausgebildete Pflegehilfskräfte oder solche mit erfolgter Berufs-anerkennung als qualifizierte Pflegehilfskraft in Deutschland können einen Aufenthaltstitel zur Beschäftigung erhalten.

Ab 1.6.2024:

§ 20a, b AufenthG (Chancenkarte und Punktesystem):

► Über ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild sollen mit einer sog. Chancenkarte Fachkräfte aus Drittstaaten die Möglichkeit zur Einreise und Beschäftigung erhalten. Dies ist möglich, entweder bei voller Gleichwertigkeit ohne weitere Voraussetzungen oder bei noch erforderlichen fachlichen Anpassungsmaßnahmen, wenn sie mindestens sechs Punkte aus den Kriterien Sprachkenntnisse, Berufserfahrung im Ausbildungsberuf, Zugehörigkeit zu bestimmten MINT-Berufen, Alter, rechtmäßiger Voraufenthalt in der BRD oder gleichzeitig beabsichtigte Einreise mit Ehe-/Lebenspartner nachweisen können.

§ 26 Abs. 2 BeschV (Entfristung und Ausweitung der Westbalkan-Regelung):

► Die Westbalkan-Regelung wird über 2023 hinaus auf unbestimmte Dauer entfristet und das Visa-Kontingent von 25.000 Visa auf 50.000 Visa jährlich hochgesetzt.

rm

Den eigenen Personalbedarf decken – mit internationalen Auszubildenden

Von Dr. Matthias Glasmeyer



Foto: Paul von Platen

Dr. Matthias Glasmeyer,
Geschäftsführender Gesellschafter
apm GmbH

Der Personalmangel in der Langzeitpflege wird drängender und betrifft längst auch den Berufsnachwuchs. Einen vielversprechenden Ansatz hat die bpa-Bildungstochter apm entwickelt: Mit professioneller Unterstützung kommen Auszubildende aus Drittstaaten in die deutschen Pflegeeinrichtungen. Eine Maßnahme mit großer Wirkung, wie die Erfahrungen zeigen.

In den letzten Jahren konnten dank der Unterstützung guter Vermittlungspartner mehr als 450 angehende Pflegefachkräfte erfolgreich in Mitgliedseinrichtungen des bpa vermittelt werden. Dabei werden die Arbeitgeber bei allen wichtigen Schritten der Gewinnung, Integration und Ausbildung begleitet.

Denn auch der Weg zur Anwerbung von Auszubildenden aus Drittstaaten ist von komplexen Aufgaben und bürokratischen Herausforderungen geprägt. Bevor die eigentliche Ausbildung starten kann, müssen zahlreiche Voraussetzungen und Rahmenbedingungen erfüllt sein, um ein Einreisevisa zu erhalten: Internationale Auszubildende aus Drittstaaten müssen bei der Beantragung ihres Visums nachweisen, dass sie ihren eigenen Lebensunterhalt finanzieren können. Zusätzlich müssen die Arbeitsbedingungen, denen sie in Deutschland begegnen werden, den Standards deutscher Arbeitnehmer entsprechen. Diese beiden Bedingungen sind essenziell, damit das Visum genehmigt wird.

Daher bildet der Abschluss eines Ausbildungsvertrags, der sich an den geltenden Tarifen orientiert, den Ausgangspunkt für die Visumsbeantragung. Zusätzlich müssen Bewerber bei der Botschaft ihres Herkunftslandes den Nachweis erbringen, dass sie eine Wohnmöglichkeit in Deutschland haben.

Die Sprachkompetenz der Auszubildenden spielt ebenfalls eine entscheidende Rolle. Einreisevisa zum Zweck der Ausbildung werden nur gewährt, wenn die Deutschkenntnisse auf dem Niveau B1 liegen. Das Pflegeberufegesetz schreibt jedoch vor, dass für die 3-jährige Pflegefachkraftausbildung Kenntnisse auf dem Niveau B2 nachgewiesen werden müssen. Zusammen mit einem anerkannten ausländischen Schulabschluss, der mindestens dem deutschen Sekundarabschluss nach Klasse 10 entspricht, sind dies wesentliche Voraussetzungen, die im Voraus bei der Rekrutierung berücksichtigt werden müssen.

Zusätzlich zu den Visaangelegenheiten gibt es weitere bürokratische Hürden, die nach der Einreise in Deutschland bewältigt werden müssen. Dazu gehören die Anmeldung bei der örtlichen Meldebehörde, die Umschreibung des Einreisevisums in einen gültigen Aufenthaltstitel, die Erlangung einer Arbeitserlaubnis, die Anmeldung bei der gesetzlichen Krankenkasse sowie die Eröffnung eines Bankkontos. Ferner sind die Beantragung eines Führungszeugnisses und eine ärztliche Untersuchung vor Beginn der Ausbildung verpflichtend.

Die Anwerbung, Anerkennung und Integration internationaler Pflegefachkräfte ist oftmals zeitaufwändig und kostenin-

Ein Praxisbeispiel: bpa-Mitglied „Pflege und Beratung Heinzelmännchen GmbH“ hat regelmäßig internationale Auszubildende in die eigenen Ausbildungsprogramme aufgenommen. Sie sind begeistert von der sprachlichen Entwicklung der Auszubildenden und der positiven Energie, die diese in ihre Teams einbringen. Betreiber Ralf Hansen beschäftigt mittlerweile knapp ein Dutzend internationale Auszubildende, die über die apm-Vermittlungspartner für den Pflegedienst gewonnen wurden. Die Auswahl der Auszubildenden erfolgte anhand der Zugangsvoraussetzungen des Pflegeberufegesetzes und ihrer Motivation vorab durch diese Partner. Die Vorstellungsgespräche fanden dann gemeinsam online statt. Nach Abschluss der Ausbildungsverträge übernahmen die Vermittlungspartner die bürokratischen Angelegenheiten. Dadurch konnten die Auszubildenden gut vorbereitet, inklusive aller erforderlichen Dokumente wie Arbeitserlaubnis, Krankenversicherung, SteuerID und Bankkonto, erfolgreich in ihre Ausbildung starten.

ter, die Rekrutierung von Auszubildenden aus dem Ausland bietet daher eine hervorragende Gelegenheit, gezielt Fachkräftenachwuchs auszubilden und langfristig an die eigene Einrichtung und die Region zu binden. Doch es lohnt sich: Jungen Pflegeinteressierten wird eine vielversprechende berufliche Perspektive eröffnet, die sie in ihren Heimatländern in der Regel nicht finden. Dort ist die Pflegeausbildung häufig noch universitär ausgerichtet und zudem finanziell belastend. Hohe Jugendarbeitslosigkeit verschärft die begrenzten Bildungsmöglichkeiten dort weiter.

Und die Erfahrungen zeigen, dass die Auszubildenden hochmotiviert und lernbereit sind, was sich in niedrigen Abbruchquoten widerspiegelt. Derzeit liegt die Abbruchquote unserer indischen Auszubildenden bei unter 4 Prozent, was für großartiges Engagement auf allen Seiten spricht.

Als Bildungsunternehmen des bpa e.V. und Anbieter von Aus-, Fort- und Weiterbildungen ist die apm stets auf dem neuesten Stand, wenn es um die (private) Langzeitpflege geht. Sie verfolgt konsequent die neuesten Entwicklungen, um Bedarfe und Bedürfnisse frühzeitig zu erkennen und die Angebote entsprechend anzupassen. Daraus ist ein praxisnahes Unterstützungskonzept entstanden:

Mit Kosten für die Pflegeeinrichtungen von maximal 1.500 Euro pro Auszubildenden, abhängig vom Herkunftsland (derzeit Vietnam und Indien), erhalten die bpa-Mitglieder Beratung und Unterstützung im gesamten Bewerbungs- und Auswahlprozess sowie bei der Zusammenstellung der erforderlichen Dokumente. Ausgewählte Vermittlungspartner übernehmen alle behördlichen Angelegenheiten. Optional kann für eine Pauschale von 300 Euro sogar Unterstützung bei der Suche nach Wohnraum in der Nähe des Ausbildungsortes geleistet werden. Aufgrund dieser umfassenden Begleitung ist die Gewinnung internationaler Auszubildender auch für kleinere Träger und ambulante Pflegedienste äußerst attraktiv und gut umsetzbar.

Die apm-Pflegesschulen finden Sie in Niedersachsen (Osna-brück, Oldenburg), Bremen (Bremerhaven), Hamburg, NRW (Aachen, Bielefeld, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Heins-berg, Köln, Lippstadt, Münster, Recklinghausen, Wuppertal), Hessen (Bad Nauheim, Gießen) und Baden-Württemberg (Karlsruhe, Mannheim) angesiedelt. Ab September 2024 wird die bpa-Tochter auch in Thüringen (Erfurt) vertreten sein.

Ihre Ansprechpartnerin für den Bereich
Internationale Auszubildende:

Lena Gude
Tel.: +49 541 33099524,
mobil: +49 151 40010467,
E-Mail: international@apm-deutschland.de

Fachkräfte und Auszubildende aus dem Ausland:

Wie der bpa seine Mitgliedseinrichtungen unterstützt

Von Robert Mittelstädt

Zur Unterstützung der Mitgliedseinrichtungen bei der Personalsicherung haben der bpa und seine Töchter zusammen mit weiteren Partnern eine Reihe an Hilfestellungen und Angeboten zur Anwerbung, Anerkennung und Qualifizierung entwickelt: Vermittlung von Auszubildenden und FSJ-lern aus Vietnam und Indien

Neuaufgabe: bpa-Arbeitshilfe zur Beschäftigung von ausländischen Pflegekräften

Da die Anwerbung von Pflegepersonal aus dem Ausland und die Aufenthalts- und Anerkennungsverfahren immer noch sehr kompliziert sind, hat der bpa die jüngsten gesetzlichen Neuerungen aus dem Gesetz sowie der Verordnung zur Weiterentwicklung der Fachkräfteinwanderungen sowie dem Pflegestudiumstärkungsgesetz mit den dort auch enthaltenen Erleichterungen der Berufsanerkennung zum Anlass genommen, seine bereits seit 2011 bestehende Arbeitshilfe zur Beschäftigung von Pflegekräften aus der EU und dem weiteren Ausland umfassend zu überarbeiten und mit vielen wertvollen Hinweisen zu versehen.

Die Arbeitshilfe ist ab Januar 2024 über die Landesgeschäftsstellen exklusiv für Mitglieder des bpa erhältlich. Damit können sich die Mitglieder über das stufenweise Inkrafttreten der neuen Regelungen, insbesondere rund um die Themen der Anerkennungspartnerschaft, Chancenkarte und Punktesystem, Beschäftigung von Pflegehilfskräften, die generalistische Berufsanerkennung nach Pflegeberufegesetz sowie die praktische Umsetzung der Anwerbung in ihren Betrieben informieren.

Fachkräfte-Vermittlung vom West-Balkan

Der bpa bietet über seine bpa-Servicegesellschaft bereits seit 2019 eine Vermittlung von Pflegefachkräften aus den Balkan-Staaten Serbien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro an. Die Leistungen reichen dort von der Akquise und Auswahl geeigneter Pflegefachkräfte in Interviews vor Ort oder über Videokonferenzen, über sprachliche Qualifizierung entweder bis B1 oder B2, Begleitung im Visum- und beruflichen Anerkennungsverfahren und fachlichen Vorbereitungskursen auf die Kenntnisprüfung bis hin zur Beratung zur Integration und möglichem Familiennachzug. Der Prozess vom ersten Kennenlernen bis zur Einreise dauert je nach aktueller Verfügbarkeit der Kandidaten ca. ein bis sechs Monate und der Anerkennungsprozess in Deutschland noch einmal ca. neun bis zwölf Monate, je nach bestehendem Sprachniveau. Die Vermittlungsentgelte liegen je nach Leistungsumfang zwischen ca. 6.000 bis 10.000 Euro netto je Fachkraft.

Weitere Informationen: Mitglieder mit Interesse können sich an die bpa-Servicegesellschaft mbH wenden: info@bpa-servicegesellschaft.de (Telefon: 06131-930240). Beachtet werden sollte, dass eine gewisse Suchzeit je nach Anforderungsprofil einkalkuliert werden muss.

Die apm bietet mit ihren über 20 Schulstandorten in sechs Bundesländern in Deutschland gemeinsam mit ausgewählten Partnern in Vietnam und in Indien eine Vermittlung von Auszubildenden in die bpa-Mitgliedsbetriebe an. Der Vorteil der Azubi-Vermittlung ist die volle Absolvierung der dreijährigen



Robert Mittelstädt, Stabsstelle Personalsicherung

Ausbildungsdauer in Deutschland und dementsprechend eine längere Lern- und Integrationsphase. Dabei besteht die reguläre Refinanzierungsmöglichkeit der Ausbildungsvergütung aus dem Ausbildungsfonds wie für deutsche Auszubildende auch. Die Vermittlungsgebühren variieren je nach Vermittlungspartner und liegen pro Azubi zwischen 800 und 1.500 Euro. Die Kosten werden einmalig nach Ausbildungsstart erhoben und sind moderat, da die Vielzahl der Vermittlungspartner eigene Sprachschulen im Herkunftsland betreibt, über die die Interessenten für die Ausbildung in der Pflege gewonnen und sprachlich ausgebildet werden. Da langwierige Anerkennungsprozesse bei der Azubi-Gewinnung entfallen, ist diese schneller umsetzbar und die behördlichen Hürden geringer.

Darüber hinaus bietet der bpa als zugelassener Träger des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) in aktuell zehn Bundesländern die Vermittlung von FSJ-lern/innen an, um Menschen aus Drittstaaten ohne Pflegeausbildung die Möglichkeit zu geben, Deutschland und die Pflege kennenzulernen und gegebenenfalls im Anschluss eine Pflegeausbildung hier zu absolvieren, was erfahrungsgemäß von rund der Hälfte der teilnehmenden Personen genutzt wird. Weitere Informationen: www.apm-deutschland.de/internationale-auszubildende

Qualifizierung von Geflüchteten in der Pflege in NRW und in Zukunft bundesweit

bpa und apm haben bereits seit 2016 in NRW ein eigenes sehr erfolgreiches und von der Bundesagentur für Arbeit unterstütztes sowie aus Landesmitteln gefördertes Qualifizierungsprogramm für Geflüchtete und Migranten in der Pflege (CFI – Care for Integration) entwickelt. Dort werden geflüchtete Menschen mit Interesse an der Pflege in den Kompetenzzentren zunächst mit einem berufsspezifischen Deutschkurs, der Möglichkeit den Hauptschulabschluss nachzuholen und mit der niedrighschwelligem Einstiegsqualifizierung als Betreuungskraft

nach § 53 b SGB XI an die Pflege herangeführt und dann als Pflegeassistent qualifiziert. Danach bietet sich für die Absolventen die Möglichkeit zur verkürzten Ausbildung als Pflegefachkraft. Im CFI-Projekt konnten bisher viele Hundert Menschen an den Pflegeberuf herangeführt werden. Auch vor dem Hintergrund der aktuell wieder hohen Zahl an Geflüchteten will der bpa dieses geförderte und für die Mitglieder kostenfreie Programm bundesweit auf alle Bundesländer ausweiten.

Mitglieder aus NRW, Hessen und Baden-Württemberg können schon jetzt am laufenden CFI-Programm teilnehmen. Weitere Informationen: www.apm-deutschland.de/care-integration

Zeitarbeit in der Pflege eindämmen

bpa beim Hearing der Unionsfraktion im Bundestag



Foto: Büro Erich Irlstofer, MdB

„Leiharbeit macht den Pflegeberuf unattraktiver und lässt immense Beträge aus dem System abfließen.“ bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote sprach sich beim Hearing der Unionsfraktion für eine Regulierung der Leiharbeit aus.

Zeitarbeit macht den Pflegeberuf unattraktiv und sorgt jedes Jahr für Mehrkosten in Millionenhöhe. Das hat bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote bei einem Hearing der Unionsfraktion im Bundestag betont. Der bpa forderte dort konkrete Schritte zur Eindämmung der Zeitarbeit in der Pflege.

Nach einem vorangegangenen ersten fachlichen Austausch zum Thema Leih- und Zeitarbeit in der Pflege fand im Bundestag auf Einladung der Fraktion von CDU und CSU eine weitere Runde mit Expertinnen und Experten aus verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens statt. Es gelte, die Arbeitsbedingungen langfristig zu verbessern, Zeit- und Leiharbeit qualitätsorientiert sowie regulativ zu begrenzen und einheitliche Rahmenbedingungen zu schaffen, betonte der stellvertretende Unions-Fraktionsvorsitzende Sepp Müller zum Auftakt des Hearings. „Festzustellen ist, dass Zeit- und Leih-

arbeit das System der Pflege belasten. Auch wenn Leih- und Zeitarbeit eine Möglichkeit darstellen, um verschiedene Arbeitsmodelle möglich zu machen, kann es nicht zu einer Dauerlösung werden.“

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Erich Irlstofer, Berichterstatter seiner Fraktion für Pflege, erklärte, die Union wolle kein vollständiges Verbot, da dieses realitätsfern sei und nicht den Regeln eines freien Marktes entspreche. „Zu bevorzugen ist ein geordnetes und abgestimmtes Verfahren, um Leiharbeit sowie deren Anreize zu minimieren.“

Ziel der Veranstaltung war ein erneuter Austausch zwischen Fachleuten und der Politik, um die parlamentarische Arbeit zu unterstützen.

„Zeitarbeit drängt die Stammebelegschaft oftmals in die unattraktiven Rand-Arbeitszeiten, schwächt die Bezugspflege und lässt immense Beträge aus dem System der Kranken- und Pflegeversicherung abfließen, ohne dass tatsächlich zusätzliches Personal gewonnen wird“, erklärte bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote. „Im Gegenteil: Die Zeitarbeitsunternehmen werben aktiv Pflegekräfte aus Pflegeeinrichtungen ab, um sie dann wieder zurückzuvermieten.“ So konkurrierten Zeitarbeitsfirmen mit Pflegeeinrichtungen um Personal und könnten mit freiwählbaren Arbeitszeiten und deutlich höheren Vergütungen locken. Gleichzeitig müssten viele Einrichtungen aber notgedrungen auf Zeitarbeitskräfte zurückgreifen, um Belastungsspitzen abzufangen, weil sinnvollere Alternativen fehlen.

Deshalb fordern wir gemeinsam mit vielen Branchenvertretern eine wirksame Eindämmung und eine Unterstützung der Pflegeeinrichtung bei der Umsetzung alternativer Konzepte wie Springerpools.“ mvb

„Sehr viele wollen nach Deutschland.“

bpa-Vizepräsidentin Benkenstein zu Gesprächen in Vietnam

Auf allen Ebenen engagiert sich der bpa für die Gewinnung und Anwerbung internationaler Pflegekräfte, um die Personalsicherung der Mitgliedseinrichtungen zu unterstützen. Auf Einladung des thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow reiste deshalb jetzt bpa-Vizepräsidentin Margit Benkenstein nach Vietnam, um sich Ausbildungseinrichtungen und Sprachschulen vor Ort anzusehen und Fachgespräche mit den zuständigen Behörden zu führen.

Frau Benkenstein, wie kam es zu dieser Delegationsreise nach Vietnam?

Kontakte nach Vietnam pflegt Thüringen schon länger, der Ministerpräsident war bereits 2019 vor Ort und auch die Landesentwicklungsgesellschaft ist in der Hauptstadt Hanoi aktiv. Diesmal hat die zuständige Ministerin einen Schwerpunkt auf die Pflegeberufe gelegt und dazu neben Krankenhausvertretern natürlich auch den bpa angefragt.

Welche Eindrücke konnten Sie sammeln und welche Gespräche haben Sie geführt?

Ich konnte viele Kontakte knüpfen und habe unzählige Visitenkarten ausgetauscht. Eindrucksvoll war der Besuch einer Hochschule für Medizin und Pharmazie, an der auch Pflegepersonal ausgebildet wird. Dort ist das Curriculum teilweise ausgerichtet auf die wichtigen Arbeitsmärkte in Taiwan und Japan. Dorthin gehen hunderte junger Menschen aus Vietnam und sind dann direkt perfekt vorbereitet. Auch in einer Sprachschule, die wir besucht haben, werden junge Menschen für das asiatische Ausland vorbereitet. Solche engen Kooperationen mit einer Anpassung der Lehrinhalte auf die Situation im Zielland können sich die Verantwortlichen auch mit Deutschland vorstellen.



Zu Fachgesprächen in Vietnam: Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow und bpa-Vizepräsidentin Margit Benkenstein

Kommen die vietnamesischen Kräfte gut ausgebildet zu uns? Welchen Einblick in die Ausbildung vor Ort haben Sie bekommen?

Das, was ich vor Ort in den Ausbildungseinrichtungen gesehen habe, war sehr beeindruckend. Die Ausbildung ist sehr viel praxisnäher und fachlicher als in der deutschen Generalistik-Ausbildung. Zum Einsatz kommen auch viele technische Unterstützungen in den Unterrichtseinheiten wie zum Beispiel Videokontrollen, damit die Azubis ihre Leistungen selbst beurteilen können.

Wir sprechen oft über die noch immer viel zu hohen Hürden für internationale Kräfte, insbesondere bei der Berufsanerkennung in Deutschland. Ist die Langzeitpflege in Deutschland trotzdem für junge Menschen aus Vietnam interessant?

Ich hatte beim Besuch einer Pflegeschule auch die Möglichkeit, den jungen Menschen von der Arbeit in Deutsch-

land zu berichten und dann auch viele Fragen zu beantworten. Ein toller Dialog mit hochmotivierten und disziplinierten Frauen und Männern. Dabei habe ich das große Interesse gespürt. Alle wollen gerne nach Deutschland, einige wollten am liebsten gleich mitkommen.

Wir brauchen dringend viele internationale Pflegekräfte. Welche Weichen konnten Sie in Vietnam stellen, um bpa-Mitgliedsunternehmen zu unterstützen?

Beim Département of Labour Administration in Abroad (DOLAB), das dem Arbeitsministerium unterstellt ist, konnte sich unsere Delegation dafür einsetzen, dass die Formalitäten für eine Ausreise nach Deutschland für Pflegekräfte vereinfacht werden müssen. Gleichzeitig hat der Ministerpräsident im Auswärtigen Amt in Hanoi darauf hingewirkt, dass es einfachere Visa-Verfahren gibt. Diese Gespräche waren ein guter Auftakt und wir müssen nun von Deutschland aus daran anknüpfen.



Foto: Meike Kenn

Sven Wolfgram, bpa-Geschäftsführer
Leiter Geschäftsbereich ambulante
Versorgung

Tagespflege: Große Potentiale, aber große Herausforderungen

Von Sven Wolfgram

Die Tagespflege ist heute eine der wichtigsten Stützen zur Absicherung der häuslichen Versorgung pflegebedürftiger Menschen. Nach einer jahrelangen Erfolgsgeschichte mit hohen Wachstumsraten und einem enormen Engagement vor allem privater Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem so wichtigen Leistungsbereich stecken viele Tagespflegeeinrichtungen heute in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Kostenträger und Politik müssen jetzt gegensteuern, damit diese zentrale Unterstützung für pflegende Angehörige nicht in Wanken gerät.

Laut aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes gibt es etwa 6.550 Tagespflegeeinrichtungen in Deutschland. Ein entscheidender Anstieg der Tagespflegeeinrichtungen begann im Jahr 2008, nachdem das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz erstmals eigene Sachleistungsansprüche für die Inanspruchnahme teilstationärer Pflegeangebote verankert hatte. Die Einführung der Pflegestärkungsgesetze I und II hat den politisch erwünschten Trend zur Steigerung der Attraktivität ambulanter Versorgung verfestigt. Dadurch wurde die Tagespflege als teilstationäres Angebot im Versorgungsmix gestärkt, was zu einem signifikanten Anstieg der Zahl der Einrichtungen geführt hat.

Das Fachportal pflegemarkt.com verzeichnet einen Zuwachs von 35 Prozent bei den Tagespflegestandorten zwischen 2017 und 2021 – ein Wachstum, das im Pflegesektor seinesgleichen sucht. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen profitieren massiv von den etablierten Angebotsstrukturen. Pflegebedürftigen steht damit eine deutlich bessere pflegerische Betreuung und Versorgung zur Verfügung, pflegende Angehörige werden entlastet und können ihrer Berufstätigkeit nachgehen (siehe Grafik Versorgung je PG)

Der positive Trend scheint sich nun ins Gegenteil zu verkehren, die Kapazität von teilstationären Versorgungsangeboten entwickelt sich rückläufig. Es drohen dramatische Versorgungsprobleme, wenn gleichzeitig die demografische Entwicklung in Deutschland mit der stark steigenden Zahl an Pflegebedürftigen in diesem Jahrzehnt voll zuschlägt.

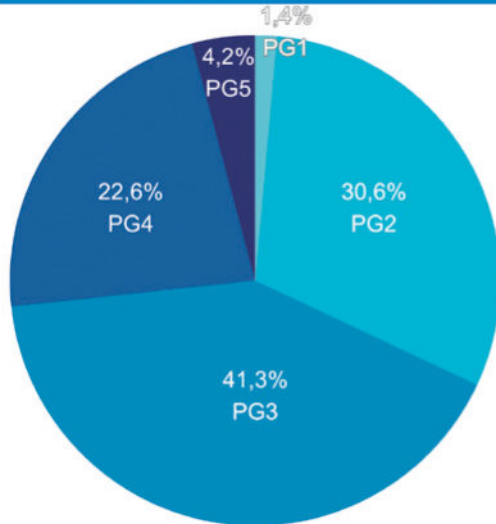
Die betriebswirtschaftliche Steuerung der in der Regel sehr kleinen Einheiten wird immer mehr zur Herausforderung. Eine fehlende Möglichkeit zur Personalsteuerung nach Belegung, eine hohe Fluktuation bei den Gästen der Tagespflege und fehlende Refinanzierung der spontanen Abwesenheiten der Gäste

führen zu einer prekären wirtschaftlichen Situation.

Insbesondere der massive Preisanstieg bei gleichbleibenden Sachleistungsansprüchen der Pflegebedürftigen führt zusätzlich zu massiven Auslastungsproblemen. Seit der Einführung der Tariftreuepflicht im September 2022 sind Betreiberinnen und Betreiber von Tagespflegen gezwungen, ihre wirtschaftliche Planung aufgrund steigender regional üblicher Entlohnungsniveaus, anhaltender Inflation und deutlich steigendem Mindestlohn anzupassen. Regelmäßige Nachverhandlungen sind nun notwendig, um die steigenden Betriebskosten zu bewältigen und eine wirtschaftlich tragfähige Führung des Geschäftsbetriebs zu gewährleisten.

Die Betriebskosten in der Tagespflege werden maßgeblich von den genannten, jüngsten ökonomischen Entwicklungen beeinflusst und steigen deutlich. Die Personalkosten steigen durch die geforderten Vergütungshöhen für Pflegekräfte spürbar. Gleichzeitig belastet der Anstieg des allgemeinen Mindestlohns die Betreiberinnen und Betreiber zusätzlich, da Kosten für Reinigungskräfte oder Hausmeister ebenfalls steigen. Parallel dazu schlagen die Teuerungsraten für

Belegung in Tagespflegen nach Pflegegrad



bpa servicegesellschaft

Grafik Versorgung je PG

Lebensmittel sowie Strom-, Wasser- und Heizkosten zu Buche.

Selbst bei erfolgreichen Verhandlungen mit den Pflegekassen werden aber nicht alle Kosten vollständig refinanziert und die Tagespflegen geraten in wirtschaftliche Schieflagen. Das Verhandeln unter Berücksichtigung der höheren Betriebskosten erhöht die Pflegesätze und führt häufig dazu, dass die Eigenanteile der Tagespflegegäste ihr jeweiliges Pflegesachleistungsbudget deutlich übersteigen. Die daraus erwachsenden Eigenanteile addieren sich zu den ebenfalls steigenden Kosten für Unterkunft und Verpflegung, die die Pflegebedürftigen bereits selbst tragen müssen.

Die Praxis zeigt, dass die Nachfrage extrem preissensibel reagiert. Vor der Wahl, zusätzliche Kosten selbst zu tragen oder den Umfang der Inanspruch-

nahme zu reduzieren, entscheiden sich viele Tagespflegegäste für letzteres. Frühere regelmäßige Gäste, die 20 Tage im Monat kamen, reduzieren ihre Anwesenheit nun auf zwölf oder 13 Tage. Dies führt zu einer sinkenden Auslastung und somit sinkenden Einnahmen, während zeitgleich die Kosten von Seiten der Betreiberinnen und Betreiber nicht gesenkt werden können – die Räumlichkeiten müssen dennoch beheizt, Pflegepersonal beschäftigt werden. Umsatzeinbrüche zwingen die Einrichtungen der Tagespflege zunehmend in die Knie und gefährden sie in ihrer wirtschaftlichen Existenz.

In den Verhandlungen müssen daher zwingend realistische Auslastungen berücksichtigt werden. Der bpa und andere Leistungserbringerverbände haben im Sommer 2023 die Auslastung in eigener Branchenbefragung ermittelt und

mit den Bundesverbänden der Pflegekassen hinsichtlich der Umsetzung in den Pflegesatzverhandlungen sehr positive Gespräche geführt. Der dringende Appell richtet sich dabei insbesondere an Kostenträger in Bundesländern, in denen derzeit noch völlig unrealistisch hohe Auslastungserwartungen von nicht selten bis zu 90 Prozent in den Verhandlungen angesetzt werden (siehe Grafik zur Auslastung).

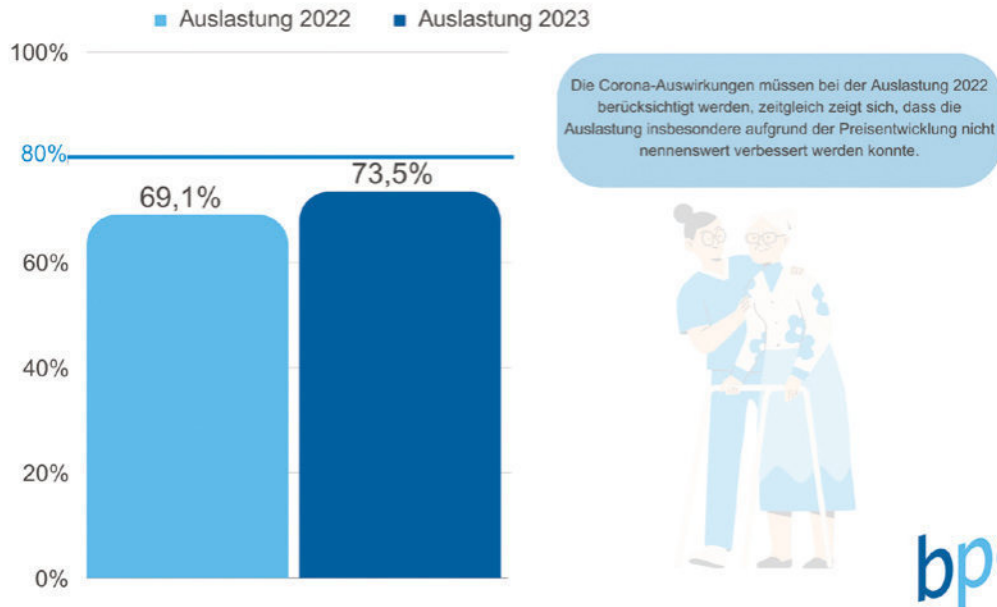
Gleichzeitig sind die Investitionskosten für Tagespflegen in den meisten Bundesländern durch Kostenträger systematisch unterfinanziert. Die Investitionen in die pflegerische Infrastruktur umfassen neben dem Neubau auch die Sanierung und Modernisierung sowie die Erweiterung und Anpassung an neue Herausforderungen. Einrichtungen der Tagespflege müssen Maßnahmen der Digitalisierung einleiten, die gesetzlichen Maßnahmen zur Krisenvorsorge beachten und die Bauvorschriften der Länder umsetzen.

Häufig werden zur Deckung der Mietkosten nur die lokalen Mieten pro Quadratmeter anerkannt, anstatt der tatsächlichen Aufwendungen. In einigen Bundesländern, wie beispielsweise Hessen, gibt es sogar nur Übergangsregelungen hinsichtlich der Baukostenhöchstsätze, was die Verhandlung weiter erschwert.

Hinzu kommen erhebliche Preissteigerungen bei Fahrzeugen und externen Fahrdiensten, welche die Budgetplanung zusätzlich belasten. Oft gewähren Kostenträger nur ein einziges Fahrzeug für den Fahrdienst, selbst wenn in ländlichen Gebieten mehrere benötigt würden. Zudem existieren Obergrenzen für Anschaffungskosten – in Sachsen-An-

Durchschnittliche Auslastung - Tagespflege

Auswertung zum Stichtag 01.06.2023 sowie im Jahresdurchschnitt 2022 (bundesweit)



Grafik zur Auslastung

halt beispielsweise 20.000 Euro für einen PKW und 27.000 Euro für einen Transporter. Beträge, die angesichts der aktuellen Marktpreise nicht zu realisieren sind.

Die Erfüllung ihrer Aufgaben ist Tagespflegeeinrichtungen nicht möglich, wenn sie die entstehenden Investitionskosten nicht in voller Höhe in den Investitionskostensätzen berücksichtigen können. Zur wirtschaftlichen Absicherung der Tagespflegeeinrichtungen ist es deshalb unerlässlich, bei der Refinanzierung wirtschaftlich tragfähige Berechnungsparameter, wie z. B. die Angemessenheitsobergrenze für Baukosten von mindestens 80.000 Euro pro Platz, Abschreibungssätze von mindestens 3,3 Prozent, eine Eigenkapitalverzinsung und Risikozuschlag von mindestens fünf Prozent, angemessene Instandhaltungspauschalen sowie die vollständigen mietvertraglich geschuldeten Indexsteigerungen zugrunde zu legen.

Die Refinanzierung und damit die wirtschaftliche Lebensfähigkeit der Einrichtungen wird in verschiedenen Bundesländern auch durch die lange, kosten trägerseits verursachte, Verhandlungsdauer von bis zu neun Monaten stark belastet. Die Herausforderungen, die diese Verhandlungen stellen, können Betreiberinnen und Betreiber nur bewältigen, wenn sie über eine tiefgreifende wirtschaftliche Expertise und entsprechende Ressourcen verfügen oder externe Unterstützung, wie beispielsweise durch die bpa-Servicegesellschaft nutzen.

Zusammenfassend sieht sich der Bereich der Tagespflege derzeit mit erheblich steigenden Kosten konfrontiert, die aufgrund unzureichender Refinanzierung die wirtschaftliche Lebensfähigkeit bedrohen. Die Betreiberinnen und Betreiber werden so die dringend benötigten Versorgungsangebote nicht aufrechterhalten und erst recht nicht weiter ausbauen können. Dies steht im

krassen Gegensatz zu einem Sektor, dessen Expansion politisch erwünscht und durch Gesetzesinitiativen gefördert wird.

Insbesondere vor dem Hintergrund, dass Personalkosten zum 1. Januar 2024 und auch in der Folge weiter sehr dynamisch steigen werden, müssen Politik und Kostenträger schnell handeln, um den Pflegebedürftigen dauerhaft eine verlässliche Versorgungsstruktur an teilstationärer Pflege bieten zu können. Viele Betreiberinnen und Betreiber der Tagespflegeeinrichtungen stehen derzeit schon wieder vor der Herausforderung, über Entgeltverhandlungen steigende Personalkosten in den Pflegesätzen abzubilden. Demgegenüber stehen Tagespflegegästen aber erneut keine höheren Sachleistungsbeträge gegenüber, so dass die zuvor beschriebenen Herausforderungen weiter wachsen.

Forderungen des bpa zur Tagespflege

Der bpa setzt sich auf Bundes- und Landesebene stark dafür ein, dass:

- die bereits vorhandenen und zunehmend steigenden Auslastungsrisiken kalkulatorisch endlich an die reale Belegungssituation in den Einrichtungen der Tagespflege angepasst werden. Auslastungsquoten von deutlich unter 80 Prozent müssen in den Pflegesatzkalkulationen zu Grunde gelegt werden
- die Pflegekassen die Fahrtkosten in voller Höhe anerkennen
- zur Stabilisierung der Tagespflegeeinrichtungen müssen für die Ermittlung der Investitionskosten wirtschaftlich tragfähige Berechnungsparameter zugrunde gelegt werden
- eine neue gesetzliche Grundlage für die Vereinbarung von Zuschlägen für die betrieblichen Risiken und das unternehmerische Wagnis von teilstationären Pflegeeinrichtungen beschlossen wird
- die Kostensteigerungen im Bereich der Personal- und Sachkosten vollumfänglich und mit auskömmlichen Pauschalansätzen refinanziert werden
- teilstationäre Sachleistungen nach § 41 SGB XI deutlich erhöht werden und eine regelhafte Dynamisierung etabliert wird

Energie: Verbrauch runter – Bürokratie rauf?

Von Pascal Tschörtner

Mit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine Ende Februar 2022 fielen die Energiemärkte ins Chaos. Inflation und vor allem rasant steigende Energiepreise erfassten alle Bereiche des Lebens. Sogar Debatten über Krisenkonzepte und Vorbereitungen auf längerfristige Stromausfälle wurden geführt.

Vollstationäre Pflegeeinrichtungen waren hiervon besonders betroffen: Sie konnten die teils verdoppelten oder verdreifachten Energiekosten nicht einfach weitergeben. Und selbst wenn eine teilweise Berücksichtigung in den Pflegesätzen möglich gewesen wäre – viele Einrichtungen hatten erst kurz zuvor ihre neuen Abschlüsse für das Jahr getätigt. Nun viele Monate zu warten und dann zu hoffen, eine Refinanzierung zu erhalten, hätte die Liquidität der Einrichtungen immens bedroht. Dass diese durch die Vielzahl an parallelen Herausforderungen ohnehin genug unter Druck waren, zeigten die Insolvenzen der folgenden Monate.

Der bpa reagierte damals schnell und setzte eine Entlastung der Einrichtungen auf die politische Tagesordnung. Schon im März 2022 wurden die ersten Maßnahmen unter der Überschrift „Verbände lassen sich nicht aus dem Homeoffice wechseln“ gefordert. Im August folgte dann der Vorschlag einer Direkt-erstattung der zusätzlichen Energie-Mehrkosten für Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe.

Diesem Vorschlag eines Energie-Rettungsschirms folgte die Bundesregierung schlussendlich, wenn auch die Lösung deutlich komplizierter wurde, als sie der bpa-Vorschlag vorsah. Mit einem Dreischritt aus einmaliger Dezemberhilfe, Energiepreisbremsen für Gas und Wärme sowie den Ergänzungshilfen für Tagespflegen und Pflegeheime wurden die Energie-Mehrkosten angegangen. Während die Preisbremsen für Gas, Strom und Fernwärme anders als zunächst geplant zum Jahresende 2023 auslaufen, gelten die Ergänzungshilfen noch bis April 2024. Die benötigten finanziellen Mittel waren am Ende deutlich geringer als ursprünglich vermutet: Statt zwei Milliarden für die Pflege ist bisher nur ein niedriger dreistelliger Millionenbetrag angefallen. Grund waren nicht zuletzt die Stabilisierungen bei den Energiepreisen.

Umso bedauerlicher ist es vor diesem Hintergrund, dass sich der Gesetzgeber kaum ein aufwändigeres Verfahren hätte ausdenken können. Unzählige Nachweise, ständig wechselnde Vorgaben, lange und kleinteilige Antragsblätter, fristwahrende



Foto: Meike Kenn

Pascal Tschörtner,
bpa-Geschäftsführer – Geschäftsbe-
reichsleiter stationäre Versorgung

Anträge, Korrekturanträge, Spitzabrechnungen, fiktive Vergleichsrechnungen, nicht näher definierte Energieberatungen, Nachweise über die Umsetzung empfohlener Energiesparmaßnahmen und vor allem unerträglich lange Wartezeiten auf die Bearbeitung der Anträge kennzeichnen das Verfahren. Die bürokratische Überlastung zeigt sich inzwischen sowohl auf Seiten der Pflegeeinrichtungen als auch bei den Pflegekassen.

Aber warum das alles? Die strikten Vorgaben und Kontrollen sollten ursprünglich dafür sorgen, dass die zur Verfügung stehenden zwei Milliarden Euro nicht vorschnell verbraucht werden. Das unkomplizierte Antragsverfahren des Corona-Rettungsschirms galt eben deshalb nicht als Vorbild, sondern als Sorgenkind. Bei den Ergänzungshilfen sollte diesmal also erst nach Prüfung auch des letzten Nachweises Geld fließen. Das Nachsehen haben nun insbesondere die Einrichtungen, die monatlich nach ihrem tatsächlichen Verbrauch abrechnen und teils bis zu einem halben Jahr auf die Erstattung warten müssen. Das gesetzliche Versprechen einer vierwöchigen Wartezeit ist lang vergessen.

Aus dieser Besorgnis über zu hohe Kosten hatte das Bundesministerium für Gesundheit zudem eine Studie zur Entwicklung des Energieverbrauchs in Auftrag gegeben. Nun liegen Ergebnisse vor und zeigen, dass die Mehrzahl der vollstationären Einrichtungen sowohl im Jahr 2022 als auch im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr Energie eingespart hat. 2022 waren es im Schnitt fast vier Prozent beim Strom und drei Prozent bei der Wärme. Im ersten Halbjahr 2023 wurden im Vergleich zum Vorjahreszeitraum noch einmal vier Prozent Strom und sieben Prozent Wärme weniger verbraucht.

Diese Reduktion war keineswegs selbstverständlich. Die bestmögliche Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner macht es unmöglich, die Heizung später anzuschalten. Die stationären Einrichtungen haben dennoch intensive Bemühungen für einen langfristig niedrigeren Verbrauch unternommen.

Im Kern standen dabei insbesondere operative Maßnahmen, denn größere Investitionen waren weder kurzfristig möglich noch finanziell leistbar. Besonders viel Energie eingespart werden konnte in Einrichtungen mit einer eigenen Produktionsküche oder Wäscherei im Haus oder bei denen die Verwaltung im gleichen Gebäude sitzt. Aber auch in den Bewohner- und Gemeinschaftsbereichen konnte einiges optimiert werden. Prozesse und Strukturen wurden angepasst (zum Beispiel durch Einführung eines Energiemanagements, Erfassung und Monitoring des Energieverbrauchs), die konsequente Nutzung energiesparender LED-Beleuchtung, das Ausschalten nicht gebräuchter Geräte und Beleuchtung, Stoßlüften anstelle von Fensterkippen sowie das Aufklären und die Motivation der Beschäftigten zum Energiesparen wirkten sich ebenso positiv aus wie der Einsatz ressourcensparender Geräte- und Heizungseinstellungen.

Das weitaus größte Potential liegt aber in umfangreicheren baulichen Maßnahmen. 85 Prozent der befragten Pflegeheime sehen die Möglichkeit, ihren Energieverbrauch mit investiven Maßnahmen weiter zu senken. Das überrascht nicht, denn gut zwei Drittel aller stationären Einrichtungen sind älter als 20 Jahre; mehr als ein Drittel sogar älter als 40 Jahre. Und bei Sanierungen in der Vergangenheit stand die energetische Bilanz selten im Fokus.

Ohne ein signifikantes Umsteuern bei Politik und Sozialhilfeträgern wird dies aber auch in Zukunft kaum möglich sein. Jüngstes Beispiel für die mangelhafte politische Unterstützung ist das Förderprogramm zur Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen. Geschaffen, um vulnerable Gruppen in ihrem Versorgungsumfeld besser vor klimatischen Veränderungen zu schützen, bietet es grundlegend den idealen Ausgangspunkt, um Maßnahmen zu unterstützen, die auch den Energieverbrauch reduzieren. Private Träger wurden in der neuen Förderperiode aber ausgeschlossen.

Wer 50 Prozent des Marktes ignoriert, kann die Energiewende nicht ernst meinen. Solange zudem die Sozialhilfeträger die Aufwendungen für energetische Sanierungen nicht automatisch als betriebsnotwendig anerkennen und voll im Investitionskostensatz für Sozialhilfeempfänger abbilden, müssen bauliche Maßnahmen meist Stückwerk bleiben. Ohne attraktive wirtschaftliche Rahmenbedingungen können die Träger nicht die dringend erforderlichen Investitionen in einem Maße tätigen, wie es die Herausforderungen der demographischen Entwicklung und der Dekarbonisierung verlangen.

Pflegestudiumstärkungsgesetz: Zwei politische Versprechen gebrochen

Von Norbert Grote

Mit dem Pflegestudiumstärkungsgesetz (PflStudStG) ist die Bundesregierung derzeit dabei, gleich zwei Versprechen zu brechen. Studierende werden mit dem brüchigen Versprechen auf Karrierechancen auf einen Weg mit erweitertem Ausbildungsziel gelockt, der derzeit – zumindest in der Langzeitpflege – mit einer völlig unklaren beruflichen Perspektive verbunden ist. Denn es ist nach wie vor überhaupt nicht geklärt, wo die Absolventinnen und Absolventen dort zum Einsatz kommen sollen und wie sie vergütet bzw. über die Kostenträger refinanziert werden.

Allein die Krankenhäuser, die ihre Kosten für Pflegekräfte extrabudgetär finanziert bekommen, werden den hochschulisch ausgebildeten Pflegekräften wohl entsprechend vergütete und refinanzierte Stellen anbieten können. Das Gesetz stärkt also wieder einmal die Akutversorgung und schwächt die Langzeitpflege weiter. Sehenden Auges bleiben Bundesregierung und Bundestag auf einem gesetzgeberischen Kurs, der keine Lösungsbeiträge zur Absicherung der Personalsituation in der Langzeitpflege bringt, sondern einen strukturellen strategischen Wettbewerbsnachteil der Langzeitpflege weiter zementiert.

Auch der geplante Ausbau von Hochschulkapazitäten für das praxisintegrierte duale Pflegestudium wird zu Las-

ten der grundständigen Ausbildung gehen. Um die beängstigende Talfahrt der Ausbildungszahlen, die insbesondere die Langzeitpflege betrifft, zu stoppen, werden tausende zusätzliche Pflegepädagoginnen und Pflegepädagogen an Pflegeschulen gebraucht. Auch sie müssen an den Hochschulen ausgebildet werden, die aktuell selbst über einen Mangel an Lehrenden klagen. Wenn jetzt also primärqualifizierende Studienplätze in der Pflege ausgebaut werden sollen, dann erschwert das selbstverständlich den so dringend notwendigen Ausbau der Hochschulkapazitäten für Pflegepädagoginnen und -pädagogen und gefährdet in einem hohen Maße die Absicherung des Unterrichts in den Pflegeschulen – von einem Ausbau der Kapazitäten in der grundständigen Pflegeausbildung gar nicht erst zu sprechen. Diese so drängenden Probleme werden offensichtlich politisch ausgeblendet, um das rein berufspolitisch motivierte Thema „Akademisierung“ politisch zu fördern.

Für die Versorgung einer steigenden Zahl von Pflegebedürftigen brauchen wir jede Kraft. Deshalb darf der Ausbau des Pflegestudiums auf keinen Fall zu Lasten der grundständigen Ausbildung gehen.

Kritikpunkt Finanzierung: Die geplante Ausbildungsvergütung für Studierende,



Foto: Meike Kenn

Norbert Grote, bpa-Hauptgeschäftsführer

die aus dem Ausbildungsfond finanziert werden soll, steigert die ohnehin schon massiv angestiegenen finanziellen Belastungen der Pflegebedürftigen weiter, ohne dass es für diese tatsächlich einen Gewinn in der Versorgung gibt. Bewohnerinnen und Bewohner, Patientinnen und Patienten in vollstationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen sollen also für akademisch qualifizierte Kräfte in der Akutversorgung bezahlen? Wer soll das noch verstehen?

In der Expertenanhörung im Bundestag haben wir auf genau diese Fehlentwicklung hingewiesen – denn hier wird das zweite Versprechen gebrochen. Noch in ihrem Koalitionsvertrag haben die Am-

pelparteien ganz im Gegenteil in Aussicht gestellt, die Pflegebedürftigen von Ausbildungskosten zu befreien.

Anstatt Pflegebedürftige durch eine Herausnahme der Ausbildungskosten aus den Eigenanteilen finanziell zu entlasten, wie im Koalitionsvertrag versprochen, beschließen SPD, FDP und Grüne jetzt ein teures Gesetz zur Stärkung des Pflegestudiums, das wieder von den Pflegebedürftigen bezahlt werden muss. Das wird die Kosten für Bewohnerinnen und Bewohner sowie für Kunden in der ambulanten Pflege weiter steigern und deren Familien sowie in vielen Fällen auch die Sozialhilfeträger zusätzlich belasten.

Im Huckepack-Verfahren wollte die Koalition mit dem PflStudStG auch die Anerkennungsverfahren für internationale Pflegekräfte harmonisieren. Ein politisch zu schwaches Bundesministerium für Gesundheit scheiterte aber einmal mehr am Widerstand der Länder. Einzelne Verbesserungen im Zusammenhang mit der Anerkennung internationaler Pflegekräfte konnten – auch durch Intervention des bpa – erreicht werden (siehe Infokasten). Es wird aber am Grundsatz der Anerkennungsverfahren über die Bundesländer und damit an der Vielstaaterei mit erheblichen bürokratischen Hürden und langwierigen Verfahren festgehalten. So entsteht keine Perspek-

Die (mit dem Pflegestudiumstärkungsgesetz verabschiedeten) Neuregelungen zur Anerkennung ausländischer Pflegeabschlüsse:

- Mustergutachten zur Anerkennung von ausländischen Pflegeabschlüssen „sollen“ von den Anerkennungsstellen berücksichtigt werden (§ 40 Abs. 3 PflBG)
- Eine schnellere Berufsanerkennung soll durch Verzichtserklärung und Kenntnisprüfung erreicht werden (§ 40 Abs. 3a PflBG)
- Eine Erlaubnismöglichkeit zur sog. partiellen Berufsausübung für Pflegekräfte aus EU/EWR/Schweiz wird geschaffen (§ 48a PflBG)
- Einheitliche vorzulegende Dokumente werden bundesweit definiert. Ein B2-Sprachnachweis muss vorab nur vorgelegt werden, sofern vorhanden (§ 43a PflAPrV)
- Eine Verkürzung des Anpassungslehrgangs ist möglich (§ 44 PflAPrV)
- Praktische Kenntnisprüfungen im Skills Lab sind ebenfalls möglich (§ 45 Abs. 5 PflAPrV)
- Und auch eine Parcoursprüfung statt Kenntnisprüfung wird ermöglicht (§ 45a PflAPrV)

tive zur wirklichen Entspannung der Personalsituation in Langzeitpflegeeinrichtungen, während heute schon Versorgungsangebote wegbrechen und der Bedarf an Personal in der Pflege in den nächsten Jahren rasant weiter steigt.

Die Chance, mit dem Pflegestudiumstärkungsgesetz eine dringend benötigte bundesweite Harmonisierung der Anerkennungsverfahren zu etablieren und die Abläufe damit spürbar zu beschleunigen,

wurde vertan. Jetzt bleibt es bei einem Flickenteppich, der die Anwerbung internationaler Kräfte erheblich ausbremst.

Selbst in einer Notlage wie dieser kann offenbar nicht der politische Wille aufgebracht werden, endlich mit dieser Überregulierung aufzuhören und an deren Stelle wirksame Lösungen zur demografie- und zukunftsfesten Ausgestaltung der pflegerischen Versorgung treten zu lassen. Das würde bedeuten:

Wer aus einem Drittstaat kommt und eine dreijährige Ausbildung in der Pflege hat sowie über die entsprechenden Sprachkenntnisse verfügt, sollte grundsätzlich als anerkannt gelten und als Pflegefachkraft in Deutschland zur Absicherung der pflegerischen Versorgung beitragen. Das allein würde einen schnellen und vor allem wirkungsvollen Beitrag zur Personalsicherung und Versorgung in der Langzeitpflege leisten

bpa-Vertreter erneut in Selbstverwaltung der BGW gewählt

Gefährdungsbeurteilung in der Schnittstelle zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement

Im Rahmen der konstituierenden Sitzung der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienste und Wohlfahrtspflege (BGW) Ende Oktober in Dresden wurden erneut bpa-Vertreter in die Selbstverwaltung der BGW gewählt. Auch in Zukunft wird Lars Wöhler aus dem bpa-Landesvorstand Niedersachsen die privaten Pflegeanbieter als ordentliches Mitglied im Vorstand der BGW vertreten. Uwe Clasen wird einen Sitz als stellvertretendes Mitglied der Vertreterversammlung wahrnehmen. Er war viele Jahre Leiter der Landesgeschäftsstelle des bpa in Hamburg.

Schon in der vergangenen Wahlperiode konnte der bpa Vertreter in diese Selbstverwaltungsgremien entsenden. Damit ist endlich auch die private Pflege in die Weichenstellungen bei der BGW eingebunden. Der Ausbau der Verbändekooperation, die Unterstützung der Betriebe bei der Gefähr-

dungsbeurteilung und praktikable Lösungen bei den Anforderungen an arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung sind dem bpa dabei für die zukünftige Arbeit in der Selbstverwaltung besonders wichtig.

Als erstes machten die beiden sich daran, in einem Gespräch mit der BGW auf Bundesebene die Gefährdungsbeurteilung im Kontext zum Arbeitsschutz und Betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM) zu diskutieren. Mit an Bord war Joachim Görtz, Leiter der bpa-Landesgeschäftsstelle Bayern und im bpa verantwortlich für das Thema Betriebliches Gesundheitsmanagement sowie für Angebote zur Gesundheitsförderung von Beschäftigten in der Pflege. Seitens der BGW waren an dem Gespräch beteiligt Jutta Lamers, Leiterin Prävention sowie Dr. Sascha Schmidt, Leiter Gesamtbereich dezentrale Präventionsdienste.



Foto: BGW

Lars Wöhler aus dem bpa-Landesvorstand Niedersachsen wird die privaten Pflegeanbieter als ordentliches Mitglied im Vorstand der BGW vertreten. Uwe Clasen, ehemaliger Leiter der bpa-Landesgeschäftsstelle Hamburg, nimmt einen Sitz als stellvertretendes Mitglied der BGW-Vertreterversammlung wahr.

Zur Gefährdungsbeurteilung gibt es vielfältige Instrumente. Im Rahmen der Konzertierten Aktion Pflege (KAP) wurde u.a. festgelegt, zu diesen vorliegenden Instrumenten eine Übersicht zu erarbeiten und den Weiterentwicklungsbedarf zu überprüfen. Insgesamt wurde das Angebot an Instrumenten zur Gefährdungsbeurteilung als ausreichend bewertet. Kritisch wurden vor allem die Komplexität und schwierige Anwendung sowie der zum Teil fehlende Praxisbezug, der schwierige Zugang zu manchen Instrumenten oder die geringe Bekanntheit des Angebots bei den Zielgruppen gesehen.

Einig war man sich in dem Gespräch, die vorhandenen Instrumente stärker in die Entwicklung, Umsetzung und Reflexion betrieblicher Maßnahmen einzubeziehen, beispielsweise mit Aufnahme der Beschäftigung – im sogenannten Onboarding – damit zu starten. Darauf aufbauend und zur Verstetigung bieten sich dann weitere Maßnahmen aus dem BGM an. Die Struktur von Maßnahmen im Arbeitsschutz ähnelt den Prozessen im BGM. Das BGM bietet ein Dach, unter dem die Teilbereiche Arbeitsschutz, Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF), Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM), Organisationsentwicklung und Personalentwicklung eingebettet sein können. BGM ist ein strukturierter, geplanter und koordinierter Prozess – in Summe also genau das Gegenteil von Komplexität oder fehlendem Praxisbezug und damit eine gute Grundlage für Maßnahmen der Gefährdungsbeurteilung.

Der bpa hat für seine Mitgliedseinrichtungen ein Beratungsangebot entwickelt, wie die Implementierung eines BGM erfolgreich gelingen kann, etwa in den Bereichen des individuellen Gesundheitsverhaltens der Beschäftigten oder auch durch Maßnahmen, die gezielt Prozesse in der gesamten Organisation verbessern, wie z. B. die Optimierung der Dienst- und Urlaubsplangestaltung, vgl. auch Beitrag auf Seite 53.

Um eine bessere Verzahnung der unterschiedlichsten Angebote zu gewährleisten, verständigten die Gesprächsteilnehmer sich darauf, den Austausch zur Umsetzung der Gefährdungsbeurteilung in den Einrichtungen zu intensivieren, ebenso weitere Gespräche zwischen dem bpa und der BGW zu Beginn des Jahres 2024 zu terminieren. lwö/jg

Modernes Unternehmen, Nachhaltigkeit und innovative Versorgung –

Aufruf zum neuen bpa-Zukunftsaward

Mit völlig neuem Konzept startet der bpa-Zukunftsaward im Jahr 2024. Ab jetzt sind Bewerbungen in drei Kategorien möglich. Der bpa ist davon überzeugt, dass es trotz schwieriger Rahmenbedingungen in vielen Mitglieds-einrichtungen tolle Leuchtturmprojekte, innovative Ideen und hervorragende Best-Practice-Beispiele gibt. Diese möchte der bpa sichtbar machen und dafür besonders engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer mit einem neuen Preis auszeichnen. Dafür wurde der bpa-Zukunftsaward ins Leben gerufen. Der neue bpa-Zukunftsaward ist der Nachfolger des bpa-Quality-Awards, der in der Vergangenheit verliehen wurde.

Der Beirat

Ein Beirat mit Mitgliedern aus dem Verband, der Wissenschaft, den Fachmedien und der Öffentlichkeit hat in den vergangenen Monaten das Konzept entwickelt und drei Kategorien herausgearbeitet, die sich an Mitgliedsunternehmen aus allen Versorgungsbereichen wenden (siehe Tabelle). Damit wird berücksichtigt, dass viele Mitglieder längst in unterschiedlichen Sektoren der Versorgung tätig sind und ihre Dienste zunehmend miteinander verzahnen.

Für den Beirat konnten neben Margit Benkenstein, Susanne Pletowski und Mathias Steinbuck aus dem bpa-Präsi-

dium, Ralf Geisel (Vorsitzender der bpa-Landesgruppe Hessen), bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote, den Pflegewissenschaftlern Professor Klaus Wingefeld und Professor Andreas Büscher, dem Chefredakteur der Fachzeitschrift „Care konkret“ Steve Schrader auch die bekannte Schauspielerin Katy Karrenbauer gewonnen werden, die durch die Pflege ihres Vaters eine enge Verbindung zur Branche entwickelt hat.

Drei Kategorien

In der Kategorie „modernes Unternehmen“ geht es u.a. um wegweisende Projekte aus den Bereichen Personalsicherung, innovative Betriebsführung, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, Digitalisierung, moderne Unternehmensführung und Arbeitsbedingungen, Unternehmenswerte sowie Arbeitssicherheit.

In der Kategorie „Nachhaltigkeit“ können beispielsweise Projekte eingereicht werden, die Themen u.a. wie Umweltschutz, nachhaltige Energien, soziales Engagement und Diversität betreffen.

Und die Kategorie „innovative Versorgung“ umfasst Projekte, in denen es u.a. um neue Versorgungsangebote, sektorenübergreifende Versorgung und innovative Ansätze in der Versorgung geht.

Wichtig: Die Themenbereiche, die als Beispiele genannt werden, sind nicht abschließend! In der Kategorie „innovative Projekte“ können nicht nur Projekte aus den drei genannten Bereichen eingereicht werden, sondern auch weitere, sofern sie sich der Kategorie „innovative Versorgung“ zuordnen lassen. Die genannten Bereiche sind in allen Kategorien nur Beispiele!



Die drei Kategorien des bpa-Zukunftsawards

Kategorie „modernes Unternehmen“

Projekte u.a. aus den Bereichen

- Personalsicherung
- Innovative Betriebsführung
- Marketing und Öffentlichkeitsarbeit
- Digitalisierung
- Moderne Unternehmensführung und Arbeitsbedingungen
- Unternehmenswerte
- Arbeitssicherheit

Kategorie „Nachhaltigkeit“

Projekte u.a. aus den Bereichen

- Umwelt
- Nachhaltige Energien
- Soziales Engagement
- Diversität

Kategorie „innovative Versorgung“

Projekte u.a. aus den Bereichen

- Neue Versorgungsangebote
- Sektorenübergreifende Versorgung
- Innovative Ansätze in der Versorgung



Bewerbungsschluss: 29. Februar 2024

Bis zum 29. Februar 2024 können Projektbeschreibungen zum bpa-Zukunftsaward per E-Mail (Projektbeschreibung auf maximal drei Seiten, gerne auch mit Bildern) an zukunftsaward@bpa.de eingereicht werden. Es werden auch Filme als Bewerbungen akzeptiert. Alle Bewerbungen müssen zusammen mit einem Bewerbungsformular eingereicht werden, das in Kürze an alle bpa-Mitglieder versandt wird. Natürlich sind

auch Zusendungen auf dem Postweg an die Bundesgeschäftsstelle in Berlin möglich.

Der Beirat wählt in jeder der drei Kategorien einen Gewinner aus. Die festliche Verleihung der drei neuen bpa-Zukunftsawards erfolgt im Rahmen der Fachmesse Altenpflege im April 2024 in Essen.

Eine Teilnahme lohnt sich: Neben einer Trophäe und einem Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro winkt den Gewinnern

große öffentliche Aufmerksamkeit. Jedes ausgezeichnete Projekt wird in einem Imagefilm portraitiert, der dem Unternehmen zur freien Verfügung steht und zudem auf den Kanälen des bpa genutzt wird. Durch die Medienpartnerschaft mit dem Vincentz-Verlag werden die Gewinnerprojekte zudem in den Fachmedien der Pflegebranche vorgestellt. Es können nur Projekte eingereicht werden, die von bpa-Mitgliedern umgesetzt werden. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Bundestagsabgeordnete beim Pflegepraktikum

Zahlreiche Bundestagsabgeordnete haben die vergangenen Monate genutzt, um sich bei einem Kurzzeitpraktikum in einer Einrichtung oder bei einem Pflegedienst des bpa über die tägliche Pflegepraxis zu informieren. Die dabei gewonnenen Eindrücke und Erfahrungen können jetzt in die politische Arbeit in den Gremien einfließen. Wir berichten in loser Folge darüber. Nachfolgend einige Beispiele.



Foto: Berthold Denzel

Staatssekretär
Benjamin Strasser
(FDP) mit
Mitarbeiterinnen
des ambulanten
Pflegedienstes
Intermed in Wangen
im Allgäu

Baden-Württemberg

Benjamin Strasser, FDP

Der FDP-Bundestagsabgeordnete und Staatssekretär im Bundesjustizministerium Benjamin Strasser hat den Pflegedienst Intermed besucht. Er konnte sich bei der bpa-Mitglieds-einrichtung in Wangen im Allgäu bereits zum dritten Mal ein Bild von der Situation privater Pflegeanbieter in der ambulanten Pflege machen. Im Gespräch mit den Pflegedienstleiterinnen Angelina Walter und Claudia Holzmüller ging es über den allgegenwärtigen Fachkräftemangel in der Pflege. Zentrales Thema waren die wirtschaftlichen Probleme vieler Pflegedienste und die drohenden oder bereits erfolgten Insolvenzen. Die neuen Inhaberinnen des Pflegedienstes

Medias aus Amtzell waren auch am Gespräch beteiligt und berichteten von ihren Schwierigkeiten mit der Bürokratie bei der Übernahme des Pflegedienstes. Zwei Führungskräfte der Hauswirtschaft sagten, dass sie sich durch den strengen Datenschutz bei ihrer Arbeit mit dementen Pflegebedürftigen behindert fühlten. Chancen der Digitalisierung in der Pflege kamen zur Sprache. Eine Vereinheitlichung und Verschlan- kung könnte den zunehmenden Bürokratieaufwand verringern. Benjamin Strasser bedankte sich für den Einblick, wo in der Pflege „der Schuh drückt“. Er versprach, die Themen mit nach Berlin zu nehmen.

Berlin**Hakan Demir, SPD**

Hakan Demir, Bundestagsabgeordneter für die SPD Berlin-Neukölln, hat das sozialpsychiatrische Pflegezentrum „Am Körnerpark“ besucht. In einem ausführlichen Gespräch mit der Schwerpunktbeauftragten und langjährigen Leiterin der Einrichtung, Ilona Geißler, dem Pflegedienstleiter Daniel Skähr und der Sozialarbeiterin Karin Laschinsky informierte sich der Bundestagsabgeordnete über die bpa-Pflegeeinrichtung (in Trägerschaft von Alloheim), die überwiegend jüngere chronisch-psychisch kranke Menschen betreut.

Die Einrichtung hat seit 2010 einen gesonderten Versorgungsvertrag für die spezialisierte Pflege und Betreuung von psychisch und seelisch erkrankten Pflegebedürftigen und arbeitet eng mit der für die Vollversorgung zuständigen psychiatrischen Fachabteilung des Vivantes Klinikums Neukölln zusammen. Sie bietet gerade Neuköllner Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit psychiatrischen Diagnosen, welche nicht mehr allein leben und/oder von den Einrichtungen der bezirklichen Eingliederungshilfe nicht betreut werden können, eine Heimat. Einige Bewohnerinnen und Bewohner leben schon seit vielen Jahren in dem Haus. Im Anschluss an das Gespräch erfolgte eine Führung durch die bpa-Mitgliedseinrichtung.



Zu Besuch im sozialpsychiatrischen Pflegezentrum „Am Körnerpark“ (von links): Pflegedienstleiter Daniel Skähr, Hakan Demir, SPD-Bundestagsabgeordneter in Berlin-Neukölln, Ilona Geißler, langjährige Einrichtungsleiterin, und Sozialarbeiterin Katrin Laschinsky

Schleswig-Holstein**Astrid Damerow, CDU**

„Ich durfte helfen und hatte viel Spaß dabei“, berichtete Astrid Damerow, die stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Schleswig-Holstein, freudestrahlend nach ihrer Hospitation in der Tagespflege „Ambulante Pflegedienste Johannes Carstensen“. Bei Kaffee und Kuchen hatte die Bundestagsabgeordnete dem humorvollen plattdeutschen Vortrag eines Gastes gelauscht und mit den Gästen „geschnackt“, wie man in Nordfriesland sagt. „Man merkt, dass sich alle gut kennen“, beschrieb Damerow die Atmosphäre in der bpa-Mitgliedseinrichtung in Haselund.

Im Gespräch mit den Geschäftsführern des Familienbetriebes, den Brüdern Christer und Leif Carstensen, sagte die CDU-Politikerin: „Gerade in der Pflege

müssen Menschen mit besonderen Fähigkeiten arbeiten. Sie müssen vor allem belastbar und Empathie fähig sein.“ Sie bedauere, dass die gesellschaftliche Anerkennung für Menschen, die in der Pflege arbeiten, oft fehle.

Leif Carstensen betonte: „Ein gutes Team und der persönliche Kontakt zu den Pflegekunden sind für den Familienbetrieb zentral.“ Und Christer Carstensen wies die Abgeordnete auf Punkte hin, die die Tagespflege derzeit vor große Schwierigkeiten stellen. Er nannte vor allem die Abwesenheitsregelung etwa bei Krankenhausaufenthalten und einer gleichzeitigen Auslastungsquote von 90 Prozent. „Das ist ja für sie gar nicht planbar“, stellte Damerow fest.

Die Geschäftsführer sprachen auch die Tariftreuerregelung an. Sie freuten sich zwar, ihren Mitarbeitenden höhere Löh-

ne zahlen zu können, diese würden jedoch von den Pflegekassen zu gering refinanziert. Die Folge: Tagesgäste reduzieren die Besuchstage und dadurch sinkt die Auslastungsquote. Dies bringe eine Tagespflegeeinrichtung in wirtschaftliche Schwierigkeiten. „Wir wussten teilweise nicht, ob wir den nächsten Monat erreichen“, sagte Christer Carstensen.

Veränderungen versprechen könne sie nicht, aber sie nehme sehr viel mit, resümierte die Abgeordnete den Nachmittag in der Tagespflege. Die Betreiber müssten von ihrem Tun auch ihre Familien ernähren können. „Ich finde es so wichtig, dass wir die kleinen Unternehmen im Kreis haben“, sagte Astrid Damerow.



Die stellv. Landesvorsitzende der CDU Schleswig-Holstein Astrid Damerow hospitierte in der Tagespflege der Brüder Christer und Leif Carstensen in Haselund, Nordfriesland

Sachsen

Clara Bünger, Die Linke

„Pflegerbedürftige Menschen müssen spürbar von den hohen Eigenanteilen entlastet und die Pflegeeinrichtungen weiterhin finanziell in die Lage versetzt werden, ihre umfangreichen Versorgungsangebote vorhalten zu können.“ Das hat die Bundestagsabgeordnete Clara Bünger (Die Linke) nach ihrem Praktikumstag im Altenpflegeheim „Gut Gleesberg“ in Schneeberg betont. Die Einrichtung umfasst 66 Pflegeplätze sowie seit 2016 eine Tagespflege mit 17 Plätzen und gehört zur Dr. Willmar Schwabesche gemeinnützige Heimstättenbetriebsgesellschaft mbH, die mit ca. 270 Mitarbeitenden einer der wichtigsten Arbeitgeber im Erzgebirgskreis ist.

Nachdem sich die prominente Kurzzeit-Praktikantin mit der Einrichtung und der Organisation der Arbeitsabläufe vertraut gemacht hatte, rückten im persönlichen Gespräch die besonderen Herausforderungen der Pflege in den Fokus. Geschäftsführer und Einrichtungsleiter Jens Bretschneider wies dabei auch auf die seit Jahren steigende finanzielle Belastung

der pflegebedürftigen Menschen hin. „Diese sind zusehends nicht mehr in der Lage, die von ihnen zu tragenden Eigenanteile der Pflegekosten zu bezahlen und werden zwangsläufig in die Sozialhilfe gedrängt.“ In der Tagespflege sei zu beobachten, dass die Gäste aus Kostenersparnisgründen weniger Leistungen in Anspruch nähmen und die Einrichtung aufgrund der niedrigeren Auslastung wiederum in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerate.

Die Abgeordnete Bünger zeigte großes Verständnis für die Sorgen der Einrichtung und war sichtlich betroffen über die stete Erhöhung der von den Pflegebedürftigen zu tragenden Eigenanteile, die auch nicht von den seit 1. Januar 2022 eingeführten Leistungszuschlägen der Pflegekassen aufgefangen würden. Sie versprach, die gesammelten Erfahrungen nach Berlin mitzunehmen und resümierte auch mit Blick auf die Pflegekräfte, dass der Arbeit mit Menschen leider immer noch nicht der Stellenwert zukomme, den sie verdiene. Für eine entsprechende Wertschätzung und Anerkennung sowie Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen werde sie sich einsetzen.



Bundestagsabgeordnete Clara Bünger auf Schnupperkurs in der Pflege (von links): Frances Mehlhorn (Pflegedienstleitung), Clara Bünger (MdB Die Linke), Jens Bretschneider (Geschäftsführer und Einrichtungsleiter)

Foto: Olaf Schwabe

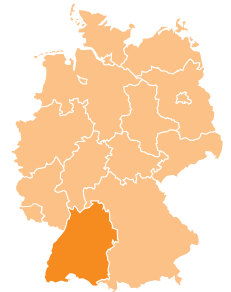


Fotos: Thomas B. Jones Fotografie

Der neue bpa-Landesvorstand (von links): Gabriel Riske, Martina Quadbeck, Volker Köhler, Constanze Kimmmerl, Nicole Schliz (Vorsitzende), dahinter Alexander Flint, Jan Griese (stellv. Vorsitzender), Günter Stütze, Martin Kleinschmidt und Mazlum Oktay

Landesgruppe Baden-Württemberg

Nicole Schliz ist neue Landesvorsitzende – Rainer Wiesner zum Ehrenvorsitzenden ernannt Mitgliederversammlung: Vorstand neu gewählt



bpa-Präsident Bernd Meurer begrüßte die Mitglieder zur Mitgliederversammlung in Böblingen

Rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnte der Vorsitzende der bpa-Landesgruppe Baden-Württemberg, Rainer Wiesner, am 15. September 2023 zur Mitgliederversammlung in Böblingen begrüßen. Unter den Gästen waren auch bpa-Präsident Bernd Meurer, die stellvertretende bpa-Präsidentin Margit Benkenstein und Rainer Brüderle, Präsident des bpa-Arbeitgeberverbandes.

Bernd Meurer und Rainer Brüderle richteten Grußworte an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und gingen auf die derzeit herausfordernde Situation für die privaten Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste ein. Bernd Meurer appellierte an die Mitglieder, diese schwierige Zeit gemeinsam durchzustehen und zeigte sich dabei kämpferisch: „Es ist herausfordernd, aber wir müssen das durchstehen – danach sind wir gefragter denn je. Der bpa steht mit ganzer Kraft an Ihrer Seite und wird sich für bessere Rahmenbedingungen für seine Mitglieder einsetzen.“

Der Vorsitzende der Landesgruppe, Rainer Wiesner, und die stellvertretende Vorsitzende, Nicole Schliz, gaben anschließend einen Einblick in die Arbeit der Landesgruppe des letzten Jahres und gingen auf verschiedene „Blitzlichter“ ein. Rainer Wiesner berichtete schwerpunktmäßig aus dem stationären und teilstationären Bereich. Das im Land unter Federführung des bpa entwickelte vereinfachte Verfahren habe die GVWG-Umsetzung sehr erleichtert und für viele Pflegeeinrichtungen zu zufriedenstellenden Lösungen geführt. Pflegesatzverhandlungen: Wiesner ging auf die Refinanzierung der Investitionskosten und die Verhandlungen über die Umsetzung des neuen Personalbemessungssystems nach § 113 SGB XI ein. Er sprach die damit verbundenen Auseinandersetzungen mit dem Sozialministerium über eine neue Landespersonalverordnung an. Bei der Landespersonalverordnung zeichne sich, so Wiesner, aufgrund der Intervention des bpa und der anderen Leistungserbringerverbände inzwischen ein Kompromiss und eine vergleichsweise moderate Umsetzung ab.

Nicole Schliz stellte die Verhandlungserfolge und die Gremienarbeit des bpa im letzten Jahr dar – schwerpunktmäßig für den ambulanten Bereich. Dabei benannte sie auch die „offenen Baustellen“ wie die Umsetzung der chronischen Wundversorgung, die Refinanzierung des Erstbesuchs bei allen Kassen oder die Palliativversorgung. Ein besonderes Augenmerk liegt derzeit auf dem Bereich der außerklinischen Intensivpflege. Bis zum 1. Juli 2024 müssen auf der Grundlage der Rahmenempfehlungen nach § 132I Abs. 1 SGB V neue Versorgungsverträge mit den Krankenkassen verhandelt und abgeschlossen werden. Der bpa wird seine Mitglieder unterstützen und die Verhandlungen führen.

Wahlen zum Vorstand

Bei den Wahlen zum Vorstand wurden als Vorsitzende Nicole Schliz (Intermed Kranken- und Altenpflege, Wangen im Allgäu) und als stellvertretender Vorsitzender Jan Griese (Schönberg Pflege- und Seniorendienste GmbH, Oedheim) gewählt. Beisitzende sind Alexander Flint (Seniorenheim Kronenhof, Großerlach), Constanze Kimmerl (KSD Kimmerl Soziale Dienste GmbH, Pfalzgrafenweiler), Martin Kleinschmidt (KSP Kranken- und Seniorenpflege GmbH, Schorndorf), Volker Köhler (Seniorenhaus im Vorbachtal GmbH, Niederstetten), Mazlum Oktay (Ambulanter Pflegedienst Hand in Hand GmbH, Buchen), Martina Quadbeck (SK Seniorenresidenz Kinzigtal GmbH, Gengenbach), Gabriel Riske (Casa Intensivpflegedienst GmbH, Freiburg) und Günter Stützle (Pflegedienst mediroll, Leutkirch). Alle gewählten Kandidatinnen und Kandidaten nahmen die Wahl an und bedankten sich für das entgegengebrachte Vertrauen.



Die neue bpa-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg Nicole Schliz

Gastredner bei der Mitgliederversammlung war der Vorstandsvorsitzende der AOK Baden-Württemberg Johannes Bauernfeind, der zunächst allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihre Arbeit – während der Corona-Pandemie und darüber hinaus – dankte. Johannes Bauernfeind beschrieb in seinem Vortrag die demographische Entwicklung als Ausgangspunkt für Veränderungen im Zusammenleben, für Veränderungen auf kommunaler Ebene und für die Beziehungen zwischen den Generationen. Kritische Worte fand er für die Bundespolitik, die es verpasst habe, rechtzeitig die Weichen für eine nachhaltige und stabile Finanzierung der Pflegeversicherung zu stellen und für die Länder, die sich ihrer Verantwortung bei der Sicherstellung einer pflegerischen Infrastruktur im Land entzogen. Lösung und Chance liegen seiner Einschätzung nach in einer engen regionalen Vernetzung von Kommunen, Pflegekassen, Ärzteschaft und Pflegediensten und -einrichtungen. Gemeinsam und mit Unterstützung digitaler Anwendungen müssten die Herausforderungen angegangen werden.

Gina Schöler widmete sich in ihrem Vortrag dem Thema „Glück und Zufriedenheit“. Schöler beschäftigt sich seit vielen Jahren mit den Erkenntnissen der Glücksforschung und

der positiven Psychologie – sowohl im privaten als auch im beruflichen Kontext. Der Vortrag bildete einen gelungenen Abschluss einer erfolgreichen Mitgliederversammlung, die bereits mit der Veranstaltung am Vorabend mit vielen Gesprächen und Austausch unter Kolleginnen und Kollegen begonnen hatte.



Rainer Wiesner, der langjährige bpa-Landesvorsitzende in Baden-Württemberg, hatte nicht mehr kandidiert. Er wird die bpa-Servicegesellschaft weiterhin leiten.

Dank für langjähriges Engagement

Neben der Wahl des Vorstandes standen die Ehrungen für langjährige und verdiente Vorstandsmitglieder im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung. Mit Rainer Wiesner, Susanne Pletowski und Günter Berier hatten sich drei Vorstandsmitglieder nicht zur Wiederwahl gestellt, die den bpa in Baden-Württemberg über viele Jahre geprägt und Spuren hinterlassen haben.

Rainer Wiesner zum Ehrenvorsitzenden ernannt

Rainer Wiesner war über zwei Jahrzehnte Vorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg. bpa-Präsident Bernd Meurer betonte in seiner Laudatio die zentrale Rolle Rainer Wiesners beim Aufbau des Verbandes, der aus mehreren kleinen Verbänden entstanden ist. Rainer Wiesner sei für ihn immer eine wertvolle und geschätzte Stimme gewesen und habe insbesondere in wirtschaftlichen Fragen mit hoher Sachkompetenz gepunktet. „Rainer Wiesner war immer da, wenn



Rainer Wiesner wurde zum Ehrenvorsitzenden der bpa-Landesgruppe Baden-Württemberg ernannt. bpa-Präsident Bernd Meurer überreichte die Urkunde an seinen langjährigen Weggefährten im bpa.

der bpa ihn gebraucht hat. Er ist ein kluger Kopf, der sich immer für seine Mitglieder in Baden-Württemberg eingesetzt hat“, sagte Meurer. Die Landesgruppe Baden-Württemberg hat Rainer Wiesner zu ihrem Ehrenvorsitzenden ernannt. Als Geschäftsführer der bpa-Servicegesellschaft steht er den bpa-Mitgliedern weiterhin mit Rat und Tat zur Seite.

Präsidiumsmitglied Susanne Pletowski geehrt

Auch Susanne Pletowski war nicht zur Wiederwahl des Landesvorstandes angetreten, bleibt dem bpa aber als Präsidiumsmitglied auf Bundesebene erhalten. Die Ehrung für Susanne Pletowski wurde von bpa-Vizepräsidentin Margit Benkenstein vorgenommen, die ihre Verdienste insbesondere für den ambulanten Bereich hervorhob. Sie habe die pflegerische Landschaft in Baden-Württemberg mitgeprägt und dabei auf beeindruckende Art und Weise den Spagat zwischen Unternehmertum und ehrenamtlichem Engagement gemeistert. Besonders bei ihrem Herzensthema „Aus- und Weiterbildung“ habe sie den bpa maßgeblich nach vorne gebracht.



Abschied aus dem bpa-Landesvorstand: bpa-Vizepräsidentin Margit Benkenstein (rechts) dankte Susanne Pletowski und überreichte ihr ein Präsent. Pletowski bleibt weiterhin Mitglied des bpa-Präsidiums.



Ehrennadel des bpa in Silber für Günter Berier, überreicht von bpa-Präsident Bernd Meurer.

Silberne Ehrennadel für Günter Berier

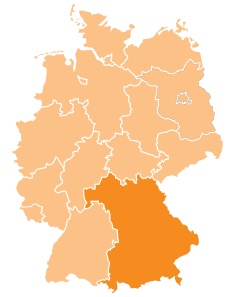
Günter Berier war für viele ambulante Mitgliedsdienste in Baden-Württemberg das Gesicht des bpa. Jederzeit stand er den Pflegediensten mit Rat und Tat zur Seite – sei es bei Begleitungen von Prüfungen des Medizinischen Dienstes oder beim Workshop ambulant. Die Rahmenverträge und Vergütungsverhandlungen tragen seine Handschrift und sein Wort hatte stets Gewicht. Der vor kurzem bundesweit erst- und einmalig verhandelte Zuschlag für den Erstbesuch im SGB V geht auf seine Initiative und Hartnäckigkeit zurück. Für seine langjährigen Verdienste für die bpa-Landesgruppe Baden-Württemberg wurde Günter Berier von Bernd Meurer die Ehrennadel des bpa in Silber überreicht. bd



In der Pause: Mitglieder tauschen sich gegenseitig aus

Landesgruppe Bayern

Digitalisierung trifft auf Sozialpolitik – „dialog Digitales für Menschen“



Der Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit- und Pflege im Bayerischen Landtag, Bernhard Seidenath (CSU), hatte sich für den digatus „dialog Digitales für Menschen“ viel Zeit genommen: Mehr als zwei Stunden diskutierte er mit Vertreterinnen und Vertretern aus Kommunalverwaltung und Pflegebranche sowie dem bpa über aktuelle Themen der Sozialpolitik. Und auch das Mega-Thema Digitalisierung stand auf dem Themenplan.



Dialogteilnehmende (von links): Dr. Horan Lee, Claude Toussaint, Florian Owen (digatus), Bernhard Seidenath (MdL CSU und Ausschussvorsitzender), Eva Lettenmeier, Dr. Stefan Arend, Sabine Helmer (bpa-Vorstandsmitglied), Dr. Moritz Hagen, Marlene Klemm und Stephan Bals (digatus)

Der Gesundheits- und Pflegeausschuss im Bayerischen Landtag ist eine der zentralen Schnittstellen zwischen politischer Entscheidungsfindung und der gelebten Realität in Bayerns Gesundheits- und Pflegebranche. Bernhard Seidenath, MdL CSU und Vorsitzender dieses Ausschusses, war am 8. September 2023 beim digatus „dialog Digitales für Menschen“ in München zu Gast. Dieses Event bot die Gelegenheit für eine ausführliche Diskussion über aktuelle sozialpolitische Themen, mit besonderem Fokus auf den Herausforderungen und Chancen, die die Digitalisierung für die Pflegebranche bereithält.

Hierbei wurde noch einmal deutlich, welchen enormen Beitrag der Ausbau der Digitalisierung in der Pflege leisten könnte, denn viele der Prozesse im Alltag

könnten hierüber beschleunigt und vereinfacht werden. Politik, Pflegeeinrichtungen und Kostenträger müssten zunächst enger zusammenarbeiten, um den Pflegekräften die dringend benötigte Unterstützung im Bereich der Informationstechnologie anbieten zu können.

Sabine Helmer, Vorstandsmitglied der bpa-Landesgruppe Bayern, machte deutlich, dass eine Refinanzierung getätigter Investitionen in den Pflegeeinrichtungen noch nicht ausreichend durch die Kostenträger berücksichtigt würde. Immerhin, in einem ersten Schritt habe man eine platzbezogene Digitalisierungspauschale für alle stationären Pflegeeinrichtungen in Bayern mit den Kostenträgern verhandeln können, für ambulante Pflegedienste stehe eine solche Vereinbarung aber noch aus.

Und es gehe nicht nur um Anschaffungskosten beispielsweise für Sensorik und smart devices – der größte Nutzen aus der Digitalisierung könne gezogen werden, wenn sichergestellt sei, dass Pflegekräfte permanenten Zugang zu den modernsten Technologien und Tools haben, um ihre Arbeit effizienter und personenzentrierter zu gestalten, sie also geschult und anwendungsbereit sind.

Ebenfalls Thema war deshalb die Refinanzierung von Personalstellen für die IT im Rahmen der Pflegesatzverhandlungen. Der „digatus Dialog“ bot somit nicht nur Raum für Gespräche, sondern auch für Versprechen. In diesem Fall war es das Versprechen, in Zukunft intensiver an der Schnittstelle von Politik und Pflege zu arbeiten, um die Herausforderungen der Branche gemeinsam anzugehen. Bernhard Seidenath zeigte sich offen für den Dialog und versicherte den Vertreterinnen und Vertretern der Pflegebranche, dass er ihre Anliegen ernst nehme und sich für konkrete Verbesserungen in den Bereichen Digitalisierung und finanzielle Stabilität einsetzen werde. jg/hel

Landesgruppe Bayern

Bayern will die Pflege mit einer digitalen Pflegebörse stärken

Die Suche nach freien, passenden und örtlich günstig gelegenen Pflegeplätzen oder pflegerischen Unterstützungsleistungen für Pflegebedürftige, deren Angehörige und Betreuer gestaltet sich bisweilen schwierig. Um hier Abhilfe zu schaffen, unterstützt die Bayerische Staatsregierung in den nächsten Jahren den Aufbau und Betrieb einer bayernweiten digitalen Börse für pflegerische Angebote mit knapp 300.000 Euro. Zudem sollen die Sozialdienste der Krankenhäuser sowie alle Pflegeeinrichtungen von der Teilnahme an der Plattform profitieren.

Die Börse für pflegerische Angebote stellte Klaus Holetschek, MdL, am 28. September 2023 beim Deutschen Pflorgetag in Berlin vor – zu diesem Zeitpunkt Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister. Holetschek machte deutlich, dass von der im Januar 2024 in Betrieb gehenden Börse alle pflegerischen Angebote von ambulanter und stationärer Pflege, Wohngemeinschaften, Hospizen und Palliativeinrichtungen profitieren sollen, und zwar in zweifacher Hinsicht: Künftig sollen sowohl Anfragen von Kliniken als auch Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern auf einer einzigen Plattform zusammenlaufen. Das schaffe Entlastung und bündele die Angebote in einer bisher einmaligen Weise. Zudem müssten Bayerische Krankenhäuser zukünftig ein digitales Entlassmanagement einführen und damit verbunden ein Netzwerk an nachgelagerten pflegerischen Leistungserbringern bilden.

Landesgruppe Bayern

Bayerischer Rahmenvertrag zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) geschlossen

Nach mehr als drei Jahren Verhandlungszeit haben die Verbände der Leistungserbringer und die bayerischen Bezirke als Kostenträger der Eingliederungshilfe den bayerischen Rahmenvertrag zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) unterzeichnet. Als maßgebliche Interessensvertretung der Menschen mit Behinderungen hat die Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Bayern mitgewirkt.

Mit dem Vertrag werden die Rahmenbedingungen für die Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderungen an die neue Gesetzgebung angepasst. Er regelt grundsätzlich, welche Leistungen für Menschen mit Behinderungen erbracht werden, wie die dafür notwendigen Kosten abgerechnet werden und welche Pflichten die sogenannten Leistungserbringer, also die Einrichtungen und Dienste für Menschen mit

Behinderungen, zu erfüllen haben. Die Neuregelung des Rahmenvertrags war nötig geworden, da sich mit der Einführung des BTHG zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen die gesetzlichen Grundlagen für diese Teilhabeleistungen geändert hatten: flexiblere Angebote, individuelle Leistungsfeststellung und -erbringung und mehr Transparenz.



Auf dem Podium (von links): Maximilian Greschke (Recare Deutschland GmbH), Brigitte Bührlen (WIR! Stiftung pflegender Angehöriger), Klaus Holetschek MdL (Bay. Staatsminister für Gesundheit und Pflege), Joachim Görtz (bpa-Landesgeschäftsstellenleiter) und Susanne von Hopffgarten (Moderatorin)

Anfragen von Kliniken erfolgen perspektivisch ausschließlich digital. Die Börse soll darauf ausgerichtet sein, über das Internet ein individuell passendes, pflegerisches Unterstützungsangebot per digitaler Suche zu finden – und mit dem Anbieter gleich in Kontakt treten zu können. Gleichmaßen soll sie ein hilfreiches Instrument im Belegungsmanagement von Anbietern pflegerischer Dienstleistungen darstellen und durch ihre Funktionen möglichst viele Anbieter vom Nutzen einer Teilnahme überzeugen, um eine breite Abdeckung zu erreichen. Dem pflichtete auch der bpa bei: Zwar liege das Hauptproblem der pflegerischen Versorgung nicht an der Vermittlung von Pflege, sondern an der Verfügbarkeit von Fach- und Arbeitskräften.

Der Mangel an Pflegefachpersonen stelle nach wie vor neben der Finanzierung und Wirtschaftlichkeit die größte Herausforderung für die pflegerische Versorgung der Bevölkerung sowie für die Pflegeeinrichtungen dar. Jedoch könne das Angebot der Pflegebörse dabei helfen, den Verwaltungsaufwand in den Pflegeeinrichtungen zu reduzieren, weil Angebot und Nachfrage online zusammengebracht werden. Dadurch könne ein bisher erhöhtes Anfrageaufkommen in den Einrichtungen gezielter erfolgen. Nach Branchenangaben müssten die Einrichtungen bereits für die Aufnahme eines Pflegebedürftigen zwischen zwölf und fünfzehn Stunden Arbeitszeit aufwenden. jg

Ein wichtiges Ziel der Vertragspartner war und ist es, möglichst viele Regelungen einheitlich auf Landesebene zu vereinbaren, nachdem in der Vergangenheit viele Festlegungen lediglich auf Ebene der sieben bayerischen Bezirke erfolgen konnten.

So ist es erstmals gelungen, bayernweit einheitliche Rahmenbedingungen für die Verhandlung der Investitionskosten und das entsprechende Kalkulationstool zu vereinbaren.

Auch konnte auf Landesebene eine Einigung auf eine von allen Bezirken anerkannte Nettojahresarbeitszeit erzielt werden, nachdem bisher jeder Bezirk ei-

gene Festlegungen getroffen hat, die teilweise stark voneinander abgewichen sind. Um sowohl den Einrichtungen und Diensten als auch den Bezirken genügend Zeit für die damit einhergehenden Umstellungen zu geben, kann die neue Nettojahresarbeitszeit ab dem 1. Oktober 2024 auf Wunsch der Einrichtungen und Dienste umgesetzt werden.

Thomas Pape, im bpa-Landesvorstand zuständig für die Eingliederungshilfe, zeigt sich überzeugt, dass der neue Rahmenvertrag den Einrichtungen und Diensten weiterhin eine qualitativ hochwertige Leistungserbringung unter strukturell und wirtschaftlich angemessenen Bedingungen ermöglicht.

Mit dem bayerischen Rahmenvertrag wurde auch eine erste Rahmenleistungsvereinbarung (RLV) geschlossen. Sie regelt die konkrete Leistungserbringung in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Die Praxistauglichkeit der getroffenen Festlegungen wird nun im Rahmen eines Modellprojekts, an dem bayernweit 20 Werkstätten teilnehmen, überprüft.

Gleichzeitig erarbeiten mehrere Arbeitsgruppen weitere Rahmenleistungsvereinbarungen, die dann die Basis für den Abschluss individueller Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen sein werden. fh

Landesgruppe Bayern

Gemeinsam für bedarfsgerechte pflegeorientierte Strukturen in Bayern – Schulterschluss für mehr Versorgungssicherheit

Wie können zukunftsfähige Strukturen und Angebote im Bereich der Pflege vor Ort konkret gestaltet und gestärkt werden und wie kann das angesichts der Herausforderungen der zunehmenden Anzahl der Pflegebedürftigen auch im ländlichen Raum gelingen? Darüber diskutierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem Fachkongress „Gute Pflege. Daheim in Bayern.“

Zur Gewährleistung einer bedarfsgerechten, leistungsfähigen und ortsnahe Versorgung der Bevölkerung mit Pflegeeinrichtungen in Bayern wurde 2022 gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden, der Arbeitsgemein-

schaft der Pflegekassenverbände und dem Landesamt für Pflege ein Strategiepapier zum Ausbau der Pflegeinfrastruktur entwickelt. Mit einem ganzen Maßnahmenbündel sollen in Partnerschaft mit dem Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention (StMGP) bedarfsgerechte pflegeorientierte Strukturen gestärkt und auch neue Strukturen geschaffen werden.

Neben dem Ausbau von Hilfen im Vor- und Umfeld von Pflege sind auch Maßnahmen zur Gewinnung von mehr Pflegefachkräften und zur Nutzung der Digitalisierung vorgesehen. Auf dem zwei-

ten Fachkongress „Gute Pflege. Daheim in Bayern.“ am 10. November 2023 in Regensburg, wurde eine Handlungsleitlinie für eine Pflegebedarfsermittlung in Bayern vorgestellt. Unter Leitung von Stephanie Jacobs, Ministerialdirektorin im StMGP, wurden in Fachforen zahlreiche Versorgungsansätze präsentiert: eine Nachtpflege zur Entlastung der Angehörigen, ein Kurzzeitpflegeangebot in Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt oder es wurde am Beispiel präventiver Hausbesuche verdeutlicht, welche Beratungsleistungen bereits im Vorfeld von Pflegebedürftigkeit von Relevanz sein können bei der Sicherstellung einer späteren Versorgung.



Foto: StMGP

Auf dem Podium (von links): Annette Arand, wohlbedacht e.V., Joachim Görtz, bpa, Stephanie Jacobs, StMGP, Dr. Irmgard Stippler, Vorstandsvorsitzende AOK Bayern, Generaloberin Edith Dürr und Moderatorin Melitta Varlam

Auf der folgenden Podiumsdiskussion war man sich schnell einig, dass auf allen Ebenen dafür Lösungen gefunden werden müssten und im Beispiel der Nachtpflege das Angebot für die Gäste nicht an der Fachlichkeit einer Nachtwachenbesetzung scheitern dürfe. Der bpa machte deutlich, dass im Zusammenwirken mit dem Ministerium und den nachgeordneten Heimaufsichten sowie mit den Pflege- und Krankenkassen und den Einrichtungsträgern eine realistische Chance bestehe, der demografischen Herausforderung gerecht zu werden. Dafür müssten umgehend alle Leistungsbereiche in den Blick genommen und möglichst dereguliert und in der Verwaltung unnötige Bürokratie konsequent abgebaut werden. So würden immer noch nicht elektronische Unterschriften auf den Leistungsnachweisen der Pflegedienste akzeptiert oder eine

digitalisierte Vereinbarung von Pflegesätzen im stationären Bereich am Glauben an das Papier scheitern. Das frustrierte die Mitarbeitenden und ginge wegen des enormen Aufwands auch zu Lasten der Zeit für die Pflegebedürftigen.

Im Übrigen müssten mehr gemeinsame Anstrengungen unternommen werden, die Ausbildung zu stärken und die Zuwanderung in der Langzeitpflege zu gestalten, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Für ein gemeinsames Handeln trat auch die Vorstandsvorsitzende der AOK Bayern, Dr. Irmgard Stippler, ein. Sie machte auf dem Podium das Angebot, hier rasch in den Austausch kommen zu wollen. Der bpa wird zeitnah in diese Gespräche eintreten und das Ministerium einbeziehen. jg

Landesgruppe Bayern

Strategietagung mit Schwerpunkt Vergütung und Wirtschaftlichkeit

Landesvorstand und Landesgeschäftsstelle kamen am 19. und 20. Oktober 2023 in Regensburg zusammen, um die strategische Ausrichtung der bpa-Landesgruppe Bayern für das kommende Jahr abzustimmen. Der Schwerpunkt lag auf der ambulanten und stationären Vergütung sowie auf der Wirtschaftlichkeit der Unternehmen.

Zur Erarbeitung der Strategie bildeten sich thematische Arbeitsgruppen:

1. AG Vergütung mit den Themen Kollektiv- und Individualverhandlungen, Pflegesatz (teil- und vollstationär), Investitionskosten
2. AG Digitalisierung mit den Themen Telepflege, Refinanzierung, Telematikinfrastruktur
3. AG Fachkräftesicherung/Aus-, Fort- und Weiterbildung mit den Themen Berufsrückkehrer, Haltestrategien, Heilerziehungspfleger und Außendarstellung des Berufsbildes

Hierzu bildeten sich zunächst kleine Gruppen aus Haupt- und Ehrenamt und ermittelten in Workshops die drängendsten Fragestellungen und Handlungsbedarfe. Noch am gleichen Tag konnten die Kleingruppenergebnisse in der großen Runde dem Gremium vorgestellt werden. Ergänzend dazu kamen Fragen auf, die aus der Sicht des Gremiums nur mit zusätzlichem Sachverstand beantwortet werden konnten. Noch offene Fragen wurden deshalb am Folgetag mit weite-

ren Experten und Vertretern der bpa-Bundesebene erörtert und einer Lösung zugeführt.

Hierfür hatten sich per Video zugeschaltet: Sven Wolfgram (bpa-Geschäftsführer und Geschäftsbereichsleiter ambulante Versorgung), Robert Pex (bpa-Referent für Digitalisierung) sowie Dr. Sebastian Weber (Rechtsanwaltskanzlei Bender & Philipp). So konnten zusätzliche Erkenntnisse aus zahlreichen Themenfeldern berücksichtigt werden, einschließlich der juristischen Beurteilung.

Das Spektrum war breit gefächert: Beispielweise wurde die Zukunft der Kollektivverhandlungen im ambulanten Bereich diskutiert und mögliche Perspektiven bewertet. In diesem Bereich wurde auch ein verstärkter Blick auf die Möglichkeiten einer Kostengrundkalkulation im SGB XI-Bereich geworfen. Im Unterschied zu den reinen Kostensteigerungsverhandlungen werden hier alle Parameter der Personal- und Sachkosten konkret ermittelt.

Weiterhin wurde vereinbart, die Mitgliedseinrichtungen auch in Einzelverhandlungen zu unterstützen und sie bei Schiedsstellenverfahren im Einzelfall zu begleiten. Im Bereich der Digitalisierung wurden Gespräche über die technischen Herausforderungen und deren Refinanzierung geführt. Des Weiteren sollen zu diesem Thema, unter Einbindung von ex-



Foto: Stephanie Ludinsky

Teilnehmer der Strategietagung

ternen Digitalisierungsspezialisten, regionale Veranstaltungen wiederbelebt werden oder alternativ online Beratungssprechstunden eingeführt werden.

In der Fachkräftesicherung/Aus-, Fort- und Weiterbildung wurde über die Erstellung eines Konzeptes zur besseren

Darstellung des Berufsbildes der Pflege debattiert und über die Entwicklung von Haltestrategien für Bestandspersonal gesprochen.

Das Zusammentreffen von Vorständen, hauptamtlichen Mitarbeitenden der Landesgeschäftsstelle sowie den zuge-

schalteten Fachleuten ermöglichte einen intensiven und facettenreichen Austausch. Die eng mit der Bundesebene abgestimmte Vorgehensweise bildet eine solide Grundlage für die anstehenden Aufgaben in der Landesgruppe. sl

Landesgruppe Bayern

„Gesund arbeiten in der Pflege“ Bayern fördert Maßnahmen zum Umgang mit psychischen Belastungen

Das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP) unterstützt Präventionsmaßnahmen mit 17,8 Millionen Euro durch Beratungs- und Unterstützungsleistungen für das betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM). Der bpa sieht hierin eine sinnvolle Ergänzung seines Gemeinschaftsangebots mit dem Verband der Ersatzkassen (vdek) und der Deutschen Rentenversicherung.

Die Covid-19-Pandemie bewirkte weitere Gesundheitsbelastungen für die Beschäftigten in Einrichtungen der Pflege und für Menschen mit Behinderung. Die Folgen hoher Arbeitsverdichtung und psychischer Belastungen haben sich noch einmal verschärft, das Krankheitsgeschehen in der Altenpflege liegt mit 33 AU-Tagen pro Kopf beinahe doppelt so hoch wie im Durchschnitt aller anderen Berufe. Der bpa hat frühzeitig auf diese Entwicklung reagiert und Maßnahmen zur Gesunderhaltung der Beschäftigten ergriffen.

Als starke Partner im Gesundheitswesen haben der vdek, die Deutsche Rentenversicherung (RV) und der bpa eine Kooperation ins Leben gerufen, um die Gesundheitsförderung von Beschäftigten in Pflegebetrieben gemeinsam zu unterstützen. Mit dem Angebot der drei Partner werden zunächst in einer Pilotphase das Präventi-

onsprogramm „RV Fit“ mit der gesundheitsförderlichen Organisationsberatung im Rahmen von „Mehrwert: Pflege“ des vdek zusammengeführt.

„RV Fit“ setzt an dem individuellen Gesundheitsverhalten der Beschäftigten an. Es ist das Präventionsprogramm zur aktiven Gesundheitsförderung der Rentenversicherung, das auf die individuellen Bedürfnisse von in der Pflege tätigen Beschäftigten abgestimmt ist. In einer mehr-tägigen, stationären Startphase wird eine individuelle Präventionsstrategie vermittelt und dabei ein besonderes Augenmerk auf die psychischen und auch physischen Belastungen gelegt.

Das Angebot „Mehrwert: Pflege“ des vdek unterstützt gesunde Arbeitsbedingungen im Pflegebetrieb durch eine Organisationsberatung, die auf den Aufbau und/oder die Weiterentwicklung eines systematischen BGM abzielt.

Für den Umgang mit psychischen Belastungen im Zusammenhang mit der Pandemie bietet das StMGP für Beschäftigte in der Langzeitpflege im ambulanten, teilstationären wie auch im vollstationären Sektor sowie in Einrichtungen von Menschen mit Behinderung geförderte Resilienz-Trainings und Team-Coachings an.



Monika Meyer, Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege, bei der Roadshow „Gesund arbeiten in der Pflege“ in Regensburg.

Dabei werden Workshops über die Dauer von zwei Tagen durchgeführt. Die Beschäftigten lernen dabei, wie der Körper auf schwierige Situationen reagiert. Darüber hinaus schult das Resilienz-Training die Wahrnehmung und die Achtsamkeit auch hinsichtlich des eigenen Befindens.

Bei dem Teamcoaching werden die Lösungskompetenzen aller Mitglieder in den Coaching-Prozess einbezogen. Das Team soll nach einem solchen Coaching in der Lage sein, zielführender zusammenzuarbeiten und die neu erlangten Kompetenzen in den Teamalltag einzubringen. Der bpa begrüßt das Angebot des StMGP als sinnvolle Ergänzung zu seinem Gemeinschaftsangebot mit dem vdek und der Deutschen Rentenversicherung im Bereich psychischer Belastungen. jg

Landesgruppe Berlin

Ehrennadel des Landes Berlin für Oliver Stemmann

Jedes Jahr im Herbst verleiht der Berliner Senat an verdiente Bürgerinnen und Bürger die „Berliner Ehrennadel für besonderes soziales Engagement“. Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe und Staatssekretär für Soziales Aziz Bozkurt zeichneten in diesem Jahr 24 Berliner Ehrenamtliche aus, die sich in ganz besonderer Weise sozial für ihre Mitmenschen einsetzen. Als Verband macht es uns stolz, dass diesmal der Berliner bpa-Landesvorsitzende Oliver Stemmann zu den Ausgezeichneten gehört. Seit vielen Jahren engagiert er sich ehrenamtlich bei der Kältehilfe der Berliner Stadtmission, setzt sich freitagsnachts hinterm Steuer des Kältebusses und fährt in die Nacht, um Menschen zu helfen.



Auszeichnung im Ehrenamt: Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe überreicht Oliver Stemmann die Berliner Ehrennadel im Festsaal des Roten Rathauses



Fotos: Ilona Kirchmeier

Oliver Stemmann erhielt die „Berliner Ehrennadel für besonderes soziales Engagement“

Der bpa sagt: Herzlichen Glückwunsch, lieber Oliver Stemmann für diese Wertschätzung und danke für die wichtige Arbeit auf den Straßen Berlins!

Info: Der Kältebus der Berliner Stadtmission ist vom 1. November bis 31. März täglich zwischen 20 und 2 Uhr unter der Telefonnummer 030 690 333 690 erreichbar. Weitere Informationen rund um das Thema Kältehilfe gibt es auf der Seite der Berliner Stadtmission www.berliner-stadtmission.de cr

Landesgruppe Berlin

Barbara Kaiser – Besuch bei einer Legende

Gleich zwei Landesvorsitzende begaben sich am 17. November 2023 zu Barbara Kaiser nach Caputh. Anlass war die Ehrung zur 45-jährigen Mitgliedschaft des Pflegeheims Huttenstraße im bpa, die Barbara Kaiser mit ihrer Tochter Almuth und Christian Potthoff, langjähriges Vorstandsmitglied und ehemaliger Landesvorsitzender sowie Oliver Stemmann, aktuell Landesvorsitzender, in einer kleinen Feierstunde beging.

Barbara Kaiser hat maßgeblich am Aufbau der privaten Pflegeszene in Berlin mitgewirkt. Sie hatte 1968 begonnen, nachein-



Foto: Almuth Kaiser

Barbara Kaiser hat maßgeblich am Aufbau der privaten Pflegeszene in Berlin mitgewirkt. Gratulierten zur 45-jährigen bpa-Mitgliedschaft: Oliver Stemmann und Christian Potthoff



Von links: Almuth Kaiser, die heute das Pflegeheim Huttenstraße führt, und ihre Mutter Barbara Kaiser

ander mehrere Pflegeheime aufzubauen, zu übernehmen und zu leiten: 1968 das Pflegeheim am Jungfernstieg, 1969 das Pflegeheim Boothstraße und 1970 den Ruhesitz am Wannsee. 1977 hatte sie von einem Berliner Betreiber das Pflegeheim Huttenstraße in Berlin-Moabit übernommen, welches noch heute im Familienbetrieb von Almuth Kaiser geführt wird.

Barbara Kaiser ist mit ihren Einrichtungen 1970 in den Verband eingetreten. 1971 wurde sie in den Vorstand gewählt. Barbara Kaiser war immer politisch engagiert und hat als erste Vertreterin der privaten Pflege in der Berliner Pflegesatzkommission mitgearbeitet. Sie hat u.a. in einem bahnbrechenden Musterverfahren für die Berliner Einrichtungen der Landesgruppe die Refinanzierung der Investitions-Kosten mit damals 25,00 DM/Berechnungstag durchgesetzt.

In trauter Runde wurden viele Geschichten aus der Historie der Berliner Landesgruppe erinnert und ausgetauscht. Die Urkunde und die Blumen übergaben Christian Potthoff und Oliver Stemann sehr gern. Der Landesvorstand gratuliert und wünscht beiden Unternehmerinnen für die weitere Arbeit in Berlin alles erdenklich Gute. ste

Landesgruppe Berlin

Landesgeschäftsstelle Berlin verabschiedet Michael Lomb



Das Team der bpa-Landesgeschäftsstelle Berlin verabschiedet den Landesbeauftragten Michael Lomb in den wohlverdienten Ruhestand (von links): Margarete May, Michael Lomb, Sabine Zeinert, Adrian Imhof und Michael Martin

Nach 41 Berufsjahren hat der bpa-Landesbeauftragte Michael Lomb am 1. Dezember 2023 seinen wohlverdienten Ruhestand angetreten. Das Team der bpa-Landesgeschäftsstelle Berlin hat Michael Lomb mit einer kleinen Feier verabschiedet. Lomb blickt zurück auf 28 Jahre bei unterschiedlichen Trägern im Bereich Pflege – von den Anfängen der Gemeindefürsorge, der Überleitung hin zu Sozialstationen oder großen Komplexträgern sowie 13 Jahren im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und anderen NPO. Im bpa (und bis zur Fusion mit dem bpa bei der AGH) war Michael Lomb mit einer „kleinen Unterbrechung von 18 Jahren“ insgesamt neun Jahre in Hessen, Thüringen und Sachsen für den bpa tätig.

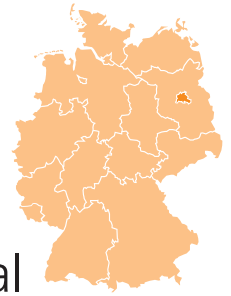
Zuletzt war er fünf Jahre Landesbeauftragter in der bpa-Landesgeschäftsstelle Berlin. Insbesondere während der Pandemie gab es aufregende Tage mit viel Arbeit und neuen Herausforderungen. Nicht nur in dieser Zeit konnte unser Team auf ihn zählen. Mit seinem Erfahrungsschatz und unternehmerischen Verständnis war Lomb zudem vor allem für die stationären bpa-Mitglieder in Berlin der erste Ansprechpartner.

Wir bedanken uns bei Michael Lomb für die Zusammenarbeit und wünschen Ihm alles Gute für die Zukunft!

Landesgruppe Berlin

Heitere Stimmung beim bpa-Unternehmerabend auf dem Landwehrkanal

Neu gewählter Vorstand stellt zentrale Forderungen an die Politik



Der Spätsommer zeigte sich von seiner besten Seite mit Sonnenschein und angenehmen Temperaturen bis spät in den Abend hinein. Der bpa-Unternehmerabend – inoffizielles Sommerfest der Landesgruppe Berlin – hatte dieses Jahr den Wettergott auf seiner Seite. Das für den Abend angemietete Restaurant-schiff van Loon stach zwar nicht in See, von Deck aus betrachtet zeigte sich der Landwehrkanal dennoch von seiner besten Seite. Die Stimmung unter den zahlreich erschienenen bpa-Mitgliedern war, der Umgebung und dem Wetter angepasst, sehr aufgeheitert.



Fotos: Michael Lomb

Der Landesvorstand des bpa in Berlin (von links): Oliver Stemmann (Vorsitzender), Anett Hüssen, Dr. Jan Basche (stellv. Vorsitzender), Cedric Macia und Jens Bauermeister

Für Unternehmer in der Pflege gibt es heutzutage viele Probleme zu bewältigen, so war dieser Abend für alle Anwesenden eine willkommene Abwechslung, um den Alltag kurz hinter sich zu lassen. Die Gäste hatten durchaus Grund zum Feiern. Der Vorsitzende der bpa-Landesgruppe Oliver Stemmann verkündete, dass das pauschale Vergütungssystem für die stationäre Pflege in Berlin weiterhin Bestand hat und ein neuer Abschluss erzielt werden konnte. Alle stationären Einrichtungen des bpa haben somit Planungssicherheit für das kommende Jahr. Die Steigerung ist abhängig vom

noch ausstehenden neuen regional üblichen Entgelt, die Personalkostenrefinanzierung ist sichergestellt.

Oliver Stemmann ging erneut auf die schlechte Zahlungsmoral der Bezirksämter ein. Hatte eine entsprechende Pressemitteilung des bpa dazu doch große Wellen geschlagen. Die Landesgruppe in Berlin setzt sich nach wie vor mit Nachdruck für ihre Mitglieder an den entsprechenden Stellen ein.

Einen besonderen Anlass gab es an diesem Abend auch zu feiern: Die bpa-Lan-

desgruppe Berlin ist 50 geworden. Die Geburtstags-Torte war eine Überraschung sowohl für die Gäste als auch für den Vorstand. Sie bildete nach einem köstlichen Grill-Menü einen gelungenen Nachtisch.



Geburtstagsorte zum 50-Jährigen für die bpa-Landesgruppe Berlin

Mitglieder des bpa beim kurzweiligen Beisammensein an Deck des Restaurantschiffs van Loon



Bei den Gesprächen wurde deutlich, dass die Mitglieder des bpa mit Kraft und Ausdauer den Herausforderungen der Pflege begegnen. Mit dem Unternehmerabend wurde in Berlin eine Tradition für die Mitglieder geschaffen, die sicher noch häufig Wiederholung finden wird. sz/ai/m

Landesgruppe Berlin

40 Jahre Mitgliedschaft im bpa

Der Weg war dieses Mal nicht weit: fußläufig etwa zehn Minuten von der bpa-Landesgeschäftsstelle Berlin entfernt, erreicht man unweit des Kurfürstendamms den Park Alterssitz City in Wilmersdorf. Zusammen mit der Residenz Dahlem und dem Sanatorium West in Lankwitz hatte die Curata Care Holding GmbH mit Sitz in Berlin, den Betrieb der drei stationären Einrichtungen vor vier Jahren übernommen. Nun konnte Curata 40 Jahre Mitgliedschaft im bpa feiern.

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde im Dachgeschoss des Park Alterssitzes mit herrlichem Ausblick auf die Westberliner City wurden die Urkunden übergeben. Der Landesvorsitzende Oliver Stemmann erinnerte, dass dieser große Aufenthaltsraum mit Terrasse nicht nur von den Bewohnern des Hauses, sondern auch von Kassen und Kostenträgern in Berlin sehr geschätzt wurde, so dass hier Ende der 90er- und Anfang der 2000er-Jahre einige Schiedsstellensitzungen zur Festsetzung der Investitionskosten für die Privaten in Berlin stattfanden.



Foto: Sandra Hetschko

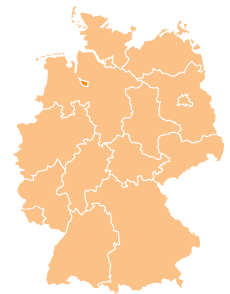
Feierstunde im Park Alterssitz City (von links): Oliver Stemmann, bpa-Landesvorsitzender, Thomas Wiskandt, Einrichtungsleiter Park Alterssitz City, Kerstin Jähne, Einrichtungsleiterin Residenz Dahlem, André Siebert, Einrichtungsleiter Sanatorium West und Michael Reeder, Regionaldirektor

Die Einrichtungsleitungen Kerstin Jähne (Residenz Dahlem), André Siebert (Sanatorium West) und Thomas Wiskandt (Park Alterssitz City) sowie ihr Regionalleiter Michael Reeder bedankten sich für die gute Zusammenarbeit mit dem Verband, insbesondere in den schweren Zeiten der coronabedingten Einschränkungen mit nahezu täglich neuen Anforderungen. Der bpa-Landesvorstand gratuliert und wünscht Curata für die weitere bundesweite Zukunft alles erdenklich Gute. ste

Landesgruppe Bremen/Bremerhaven

„Pflegebedürftige erwarten zu Recht, dass ihre Unterstützung gesichert ist“

Mitgliederversammlung 2023: Fachliches aus der Pflegepraxis und Wiederwahl des Vorstands



Rund 60 Mitglieder aus Bremen und Bremerhaven sowie etliche Ehrengäste (darunter auch die ehemaligen Geschäftsführer Herbert Mauel und Bernd Tews) konnte Sven Beyer, Vorsitzender der bpa-Landesgruppe, am 12. September 2023 auf der Mitgliederversammlung im Parkhotel Bremen begrüßen. Nach fünf Jahren konnte die Veranstaltung endlich wieder in Präsenz stattfinden. Auf der Agenda stand auch die Neuwahl des Vorstands. Um es gleich vorwegzuneh-

men: Der neue Vorstand ist der bisherige. Sven Beyer (Vorsitzender), Holger Hegemann (stellvertretender Vorsitzender), Ralf Holz und Timm Klöpfer (jeweils Beisitzer) wurden in ihren Funktionen einstimmig wiedergewählt!

bpa-Präsident Bernd Meurer nahm in seinem Grußwort kritisch Stellung zu den aktuellen Gesetzgebungsprozessen und ihren Auswirkungen auf die Pflege. Obwohl die Kosten für die Pfl-

ge dramatisch steigen, Einrichtungen massive wirtschaftliche Schwierigkeiten haben und ihr Angebot oftmals einschränken müssen (u.a. aus Personalmangel und aufgrund unzureichender Refinanzierung der Leistungen), verabschieden die politisch Verantwortlichen ein angebliches Reformgesetz für die Pflege, das seinen Namen kaum verdient. Die akuten Probleme werden einfach „ausgesessen“, echte Lösungsansätze sind nicht in Sicht.

Lösungsvorschläge des bpa liegen vor

Dabei liegen, so Meurer, die Lösungen auf der Hand: Bemühungen um eine massive Zuwanderung an Beschäftigten, eine deutliche Ausweitung der Leistungsansprüche der Pflegebedürftigen, eine Beschleunigung der Verhandlungen mit den Kostenträgern sowie eine vollständige Refinanzierung der Gestehungskosten in den Einrichtungen unter Berücksichtigung der betrieblichen Einzelwagnisse und eines angemessenen unternehmerischen Wagnisses, um die gefährliche Schiefelage der Branche zu beenden. „Wir aus der Praxis stehen mit Lösungen und Gesprächswillen bereit“, so Meurer.

Dr. Sven Halldorn, Geschäftsführer des bpa-Arbeitgeberverbandes (AGV), ging in seinem Grußwort auf das Verhandlungsgeschehen und das Ergebnis der Pflegemindestlohnkommission ein. Ziel des AGV war die Wahrung des Abstandes der neuen Mindestlöhne zu der regional üblichen Entlohnung. Das Ziel konnte angesichts der deutlichen Tarifsteigerungen für 2024 nur bedingt erreicht werden. Die lange Laufzeit von 29 Monate verschafft allerdings Planungssicherheit. Positiv ist auch, dass die vereinbarten Vergütungssteigerungen nur einmal jährlich (zum 1. Juli) in Kraft treten.

Um Entwicklungen in der Pflegebranche ging es in den Referaten von bpa-Geschäftsführer Pascal Tschörtner, Leiter Geschäftsbereich stationäre Versorgung und bpa-Geschäftsführer Sven Wolfgram, Leiter Geschäftsbereich ambulante Versorgung. Beide Leiter haben die Nachfolge von Herbert Mauel und Bernd Tews im Bundesverband übernommen.

Kostensteigerungen im Sach- und Personalbereich

Tschörtner ging v.a. auf die nur geringfügigen Leistungssteigerungen (ambulante Sachleistungsbeträge und Pflegegeld sowie stationäre Leistungszuschläge) ein. Er zeigte auch die Entwicklung der einrichtungseinheitlichen Eigenanteile



Fotos: Martin Bockhacker

Vorstand wiedergewählt (von links): Ralf Holz (Beisitzer), Holger Hegermann (stellv. Vorsitzender), Sven Beyer (Vorsitzender) und Timm Klöpfer (Beisitzer)

und ihre deutliche Steigerung aufgrund der Kostensteigerungen im Sach- und Personalbereich auf. Gesetzliche Änderungen in Bezug auf die Vergütung von Leiharbeitnehmenden und die Anerkennung der Kosten seitens der Kostenträger sowie die Auswirkungen des neuen Personalbemessungsverfahrens (PeBeM), das seit 1. Juli 2023 in Kraft getreten ist (erforderlich ist hier ein deutlicher Mehrbedarf an Pflegeassistenzkräften) standen ebenso auf der Agenda des Vortrags wie die Auswertung der bpa-Umfrage bei den Mitgliedseinrichtungen zu ihrer jeweiligen wirtschaftlichen Situation.

Der Personalmangel und die damit einhergehende notwendige Reduzierung des Angebots bringen die Einrichtungen in eine deutliche wirtschaftliche Schiefelage. Für die stationäre Pflege bedeutet das z.B., dass sich die mit den Kostenträgern verhandelte Auslastungsquote reduziert, ohne dass die Pflegesätze angepasst werden. Immerhin positiv sei zu erwähnen, so Tschörtner, dass mit den Pflegekassen auf Bundesebene eine gemeinsame Empfehlung vereinbart werden konnte, nach der die Vertragspartner auf Landesebene die bisher geltenden Auslastungsquoten kritisch überprüfen und gegebenenfalls neu bewerten.

Sofortmaßnahmen zur wirtschaftlichen Absicherung im ambulanten Bereich

Auf die zu geringen Leistungsverbesserungen ging Sven Wolfgram ein. Diese werden die Pflegebedürftigen auch in der ambulanten Versorgung stärker belasten und zur Erhöhung der Eigenanteile führen. Außerdem fordert der bpa Sofortmaßnahmen zur wirtschaftlichen Absicherung und Unterstützung der Pflegeeinrichtungen im ambulanten Bereich und in Bezug auf die Tagespflegen. Verhandlungen müssen flexibler und schneller geführt werden, die Sachleistungsbeträge deutlich gesteigert und die Investitionskosten in voller Höhe anerkannt werden.

Seit 1. September 2022 entlohnen die bpa-Mitgliedseinrichtungen ihre Mitarbeitenden entsprechend der Tarifregelungen (GVWG). Es ist davon auszugehen, dass die Kostenträger, so Wolfgram, jetzt beginnen, von ihren Prüfrechten entsprechend der Nachweis-Richtlinien Gebrauch zu machen. Der bpa hat dazu diverse Arbeitshilfen bereits zur Verfügung gestellt bzw. sind ergänzend in Vorbereitung. Die weiteren Themen: Außerklinische Intensivpflege (die neuen Rahmenempfehlungen zum § 132I SGB V

sind am 1. Juli 2023 in Kraft getreten, bis zum 1. Juli 2024 müssen neue Versorgungsverträge abgeschlossen werden), Digitalisierung und die Anbindung an die Telematikinfrastruktur und Änderungen zu den Maßstäben und Grundsätzen der Qualitätssicherung.

Auszubildende aus dem Ausland

Alle Träger von Pflegeeinrichtungen brauchen dringend Fachkräfte. Und fast genauso viele beteiligen sich an der Ausbildung des (eigenen) Pflegenachwuchses. Die apm Niedersachsen GmbH hat auf der Mitgliederversammlung das Projekt „Internationale Auszubildende in der Pflege“ vorgestellt. Lena Gude vom Projektmanagement Internationale Projekte berichtete von der Gewinnung internationaler Azubis aus Vietnam und Indien für eine dreijährige Ausbildung zur Pflegefachkraft. Dafür arbeitet die apm mit festen Vermittlungsagenturen vor Ort zusammen und bietet ein umfassendes Unterstützungspaket für die Einrichtungen an, die dann hier in Deutschland als Orte der praktischen Ausbildung fungieren.

Interessierte Bewerberinnen und Bewerber für die internationale Ausbildung werden im Vorfeld in Vietnam und Indien sehr sorgfältig ausgewählt, es werden Visa und Anreise organisiert, Verträge vorbereitet und Unterkünfte gesucht. Die nach Deutschland zur Ausbildung kommenden Azubis werden bei der Integration begleitet, bei Behördengängen



Geselliges Beisammensein bei Sonnenschein auf der Terrasse des Parkhotels

unterstützt und es werden sonstige Hilfestellungen geleistet. Für die Einrichtungen fällt eine einmalige Betreuungsg Gebühr zwischen 800 bis 1.500 Euro pro Auszubildenden an. Die ausländischen Azubis werden ausschließlich an apm-Pflegeschoolstandorten ausgebildet.

Bisher konnten über 400 junge Menschen über das Projekt für die Träger der praktischen Ausbildung gewonnen werden. Die Erfahrung: Die Azubis sind hoch motiviert, die Abbrecherquote sehr gering (5% bei den indischen Azubis im Vergleich zu 30% Abbrechern im Rahmen der generalistischen Ausbildung). Darüber hinaus erzielen die jungen Menschen gute Prüfungsergebnisse.

Vorstand wiedergewählt

Nach dem umfangreichen fachlichen Input fand dann die reguläre Mitgliederversammlung statt. Die Vorstandsmitglieder Sven Beyer und Holger Hegermann stellten den Tätigkeitsbericht über die vergangene Vorstandszeit vor. Es gab viele und auch sehr umfangreiche Schwerpunkte zu bearbeiten: Bewältigung der Corona-Pandemie, zahlreiche Vergütungsverhandlungen, Umsetzung des Pflegeberufgesetzes, neue Leistungen der Häuslichen Pflege, Umsetzung der Personalbemessung. Aber auch die aktuellen Zahlen zur Mitgliederentwicklung, zur wirtschaftlichen Schieflage einiger Bremer Träger waren ebenso Thema wie die von der Landesgruppe

bei Curacon in Auftrag gegebene Marktanalyse. Gespräche mit Politikern vor der Wahl der neuen Bremischen Bürgerschaft im Mai dieses Jahres standen ebenfalls auf der Agenda.

Nach der Entlastung des bisherigen Vorstands stellten sich die Kandidaten für den neu zu wählendem Vorstand vor. Und die Wahlen verliefen reibungslos und zügig: alle vier Kandidaten wurden einstimmig (wieder-)gewählt.

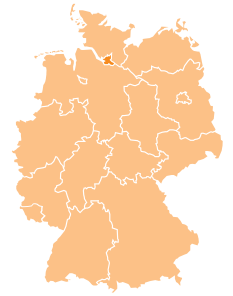
Ein stimmungsvoller Sektempfang bei Sonnenschein auf der Terrasse des Parkhotels und das anschließende Essen rundeten die sehr harmonisch verlaufende Veranstaltung ab.

Der neue Vorstand gab zeitnah eine Pressemitteilung heraus. Unter dem Titel „Pflegebedürftige erwarten zu Recht, dass ihre Unterstützung gesichert ist“ geht der neue Landesvorstand mit klaren Forderungen auf die Akteure der Pflege in Bremen zu. Sven Beyer: „Wenn Pflegeeinrichtungen nicht mehr alle Plätze belegen und ambulante Dienste ihre Touren zusammenkürzen, dann fehlen Versorgungskapazitäten. Darunter leiden Pflegebedürftige und ihre Familien, die nicht mehr die Unterstützung und Versorgung finden, die sie wollen und brauchen. Auf Augenhöhe mit den zentralen Ansprechpartnern der neuen Landesregierung wollen wir Lösungen für die aktuelle wirtschaftliche Drucksituation finden“. hbw



bpa-Präsident Bernd Meurer begrüßt die Mitglieder

Landesgruppe Hamburg



„Pflegen und Wohnen“ eröffnet Standort Marienthal und verabschiedet Vorstandsmitglied Thomas Flotow

Mit mehr als 200 Gästen hat das bpa-Mitglied „Pflegen und Wohnen“ die Eröffnung des Standortes Marienthal (Stadtteil Barmbek) gefeiert. In dem modernen Bau im Hamburger Osten gibt es mehr als 150 Einzelzimmer. Die Modernisierung des Standortes ist Teil der Initiative Zukunftspflege des Unternehmens, mit der weitere Standorte modernisiert werden sollen. In der nun eröffneten Einrichtung finden neben den Bewohnerinnen und Bewohnern auch 100 Beschäftigte und zwölf Auszubildende ihren Platz.

Doch nicht nur die Eröffnung des Standortes wurde an diesem Tag gefeiert. Gleichzeitig bot die Veranstaltung Anlass, Thomas Flotow, langjähriges bpa-Vorstandsmitglied in Hamburg sowie im



Fotos: Peter Vogel

Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer stellte in ihrer Rede die tragende Rolle der Pflege für die Freie und Hansestadt Hamburg in den Vordergrund



Thomas Flotow sagte zum Abschied: „Pflegen und Wohnen Hamburg über so lange Zeit begleiten zu dürfen, war eine große Ehre für mich. Ich wünsche dem Unternehmen und seinen höchst engagierten Beschäftigten von Herzen alles Gute.“

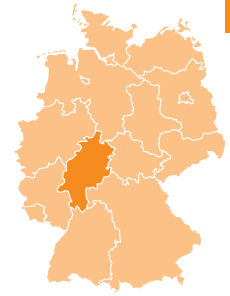
bpa-Arbeitgeberverband als Sprecher der Geschäftsführung von „Pflegen und Wohnen Hamburg“ zu verabschieden. Auch aus diesem Grund hatten sich viele langjährige Kolleginnen und Kollegen unter anderem aus dem bpa-Umfeld im Festzelt eingefunden und die insgesamt 28 Jahre Tätigkeit nicht nur beim größten Anbieter privater Pflege in Hamburg, sondern auch in den vielen anderen Funktionen in der Pflegewirtschaft der Hansestadt gewürdigt. Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer stellte heraus, dass die Pflege in Hamburg mit Thomas Flotow eine tragende Figur verliere.

Bei leckeren Snacks aus der einrichtungseigenen Kantine konnten die Gäste die neue Einrichtung besichtigen und gemeinsam mit Thomas Flotow auf 28 bewegte Jahre in der Pflege zurückzusehen. eck

Landesgruppe Hessen

Wirtschaftlichkeit der Pflegeeinrichtungen
im Fokus

9. Hessischer bpa-Fachkongress Pflege



Der wiedergewählte Vorstand (von links): Eva-Maria Müller, Marion Gnidtke, Robert Jansen, Dirk Mohr (stellv. Landesvorsitzender), Ralf Geisel (Landesvorsitzender), Viktoria Scherer, Christof Schaefers (Beisitzer und Mitglied des bpa-Präsidiums), Anna Tinbergen und Matthias Trümner

Pflegeeinrichtungen sind derzeit einer toxischen Mischung aus steigenden Kosten durch das GVWG und die Inflation sowie teils wegbrechenden Erlösen aufgrund des massiven Personalmangels ausgesetzt. Die Wirtschaftlichkeit der Pflegeeinrichtungen stand deshalb im Zentrum des 9. Hessischen bpa-Fachkongresses Pflege am Folgetag der Landesgruppenversammlung mit politischen Impulsen, Fachvorträgen und Workshops. Zur Sprache kamen aber auch das neue Personalbemessungsverfahren in der stationären Pflege sowie die Gewinnung von internationalen Fachkräften.

Der am Vortag wiedergewählte Vorsitzende der bpa-Landesgruppe Hessen Ralf Geisel unterstrich vor rund 200 Teilnehmenden, darunter auch einigen Vertretern der Kostenträger und der zuständigen Aufsichtsbehörden, die Notwendigkeit, den Fokus auf die wirtschaftliche Zukunft der Pflegeeinrichtungen zu legen. Pflegeeinrichtungen in Hessen müssten derzeit ihr Angebot weiter reduzieren, weil das notwendige Personal fehle. Bundesweit gebe es

Schlagzeilen über Insolvenzen und Kapazitätskürzungen von stationären Einrichtungen. Ambulante Dienste strichen Touren zusammen oder müssten sogar ganz aufgeben, weil Kosten steigen und zu wenig Pflegekräfte vorhanden sind. Insbesondere ambulant drohe die Versorgung in der Fläche mancherorts wegzubrechen. Betriebsaufgaben und Neugründungen könnten nicht gegeneinander aufgerechnet werden. „Wenn ein großer alteingesessener Pflegedienst oder eine Sozialstation im ländlichen Hessen endgültig schließen würden,

nutze eine Existenzgründung im Rhein-Main-Gebiet – bei aller Notwendigkeit zur Deckung des zusätzlichen Bedarfs – wenig, um weiße Flecken nicht noch größer werden zu lassen“, so Geisel.

In Grußworten unterstrichen der Sprecher für Soziales, Gesundheit und Integration der FDP-Landtagsfraktion Yanki Pürsün sowie Dr. Stefan Hoehl, Geschäftsführer der Vereinigung hessischer Unternehmerverbände (VhU), dass ohne die privaten Anbieter die Pflege in Hessen nicht sichergestellt werden kann.

Ralf Geisel,
bpa-Landesvorsitzender
von Hessen



Fotos: Dietmar Wäsche



Das Auditorium

Staatssekretärin Anne Janz aus dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration verwies in ihrem Kongressbeitrag auf die Folgen für Pflegebedürftige und die Versorgungslandschaft. „Es ist eine dramatische Entwicklung, wenn Pflegebedürftige Versorgungsbedarfe haben und niemanden finden, der über Kapazitäten verfügt. Das kann auch zu wirtschaftlich schwierigen Situationen für die Einrichtungen führen.“ Die Landesregierung sei sich der Situation bewusst und steuere mit einem Maßnahmenpaket gegen.

Auch der Präsident des bpa-Arbeitgeberverbandes und ehemalige Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle führte aus, welche Maßnahmen aus



Staatssekretärin Anne Janz,
Hessisches Ministerium für Soziales
und Integration

Sicht der Arbeitgeber dringend notwendig sind, um die Versorgung der Versicherten durch weitere private Investitionen, die der Staat allein nicht zu leisten im Stande ist, zu befördern.

Zum Abschluss der Veranstaltung führte Rechtsanwalt Jörn Bachem, Partner in der Kanzlei Iffland Wischnewski in das Thema Nachweisrichtlinie ein. Im Zusammenhang mit der Umsetzung des GVWG ergibt sich für Pflegeeinrichtungen die Verpflichtung, auf Aufforderung der Kostenträger, die vereinbarten Löhne nachzuweisen. Welche Voraussetzungen hier gelten und welche Daten tatsächlich zur Verfügung gestellt werden müssen, das führte RA Bachem in einem durchaus unterhaltsamen Vortrag aus. abr



Rainer Brüderle, Präsident des bpa-Arbeitgeberverbandes



Foto: Stefan Hißnauer

Rechtsanwalt Jörn Bachem

Landesvorstand neu gewählt



bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote (rechts) berichtete über Neues aus Berlin. Auf dem Podium von links: Dirk Mohr, Marion Gnidtke, Christof Schaefers, Eva-Maria Müller und Matthias Trümner

Im Rahmen der Mitgliederversammlung der bpa-Landesgruppe Hessen am Vortag des Fachkongresses standen turnusgemäß die Wahlen zu einem neuen Landesvorstand an. Eindrucksvoll im Amt bestätigt wurden der Landesvorsitzende Ralf Geisel sowie sein Stellvertreter Dirk Mohr. Für die sieben Sitze der Beisitzer hatten sich die bisherigen Beisitzer zur erneuten Kandidatur bereit erklärt, die alle ebenfalls mit großen Mehrheiten wiedergewählt wurden. Namentlich sind dies (in alphabetischer Reihenfolge): Marion Gnidtke, Robert Jansen, Eva-Maria Müller, Christof Schaefers, Viktoria Scherer, Anna Tinbergen sowie Matthias Trümner.

Nach den Rechenschaftsberichten des Landesvorsitzenden Ralf Geisel für den ambulanten, seines Stellvertreters Dirk Mohr für den stationären Bereich sowie dem zuständigen Vorstands- und Präsidiumsmitglied Christof Schaefers für die Eingliederungs- sowie Kinder- und Jugendhilfe und den Neuwahlen ging es weiter mit dem Bericht aus Berlin des bpa-Hauptgeschäftsführers Norbert Grote. Er referierte über die brisante wirtschaftliche Situation in der Langzeitpflege, wo nach 30

Jahren des erfolgreichen Ausbaus der Pflegeinfrastruktur erstmals ein bedrohlicher Rückbau zu beobachten ist. Er stellte Einzelheiten aus dem neuen Pflege- und Entlastungsgesetz (PUEG) vor und legte dar, dass das Gesetz eher als Flickwerk, denn als langfristige Stärkung dieser Situation dienen kann und starke Leistungskürzungen sowie die Zunahme an Sozialhilfeempfängern nach sich ziehen werde. Sinkende Ausbildungszahlen verstärken das Problem des Personalmangels, die Einführung des Pflegeberufgesetzes hat sich als Bürokratiemonster erwiesen und trägt nicht zur Entspannung der Situation bei.

In der Eingliederungshilfe sieht Norbert Grote eine durchaus vergleichbare Lage wie in der Altenpflege. Hier sorgt das neue Bundesteilhabegesetz für eine deutliche Verschärfung der wirtschaftlichen Situation.

Der Jugendhilfeworkshop beschäftigte sich unter Leitung des bpa-Landesbeauftragten Stefan Hißnauer mit der Bewertung des Abschlusses der tariflichen Fortschreibung.

Gemeinsam schloss der Tag ab mit einem spannenden Krimidinner, bei dem die Gäste den „Mord“ an einem Zimmermädchen aufklären durften.



Gute Unterhaltung beim Krimidinner am Abend

Landesgruppe Hessen

Start ins Berufsleben in der Pflege: Generalistische Pflegeausbildung und Pflegehelferausbildung erfolgreich absolviert

Projekt „Pflege integriert“ – Hauptschulabschluss und Pflegehelferausbildung kombinieren

Am Dialog-Bildungsinstitut in Kassel, Pflegeschule und bpa-Mitglied, haben Ende September zum ersten Mal Examensprüfungen nach dem Pflegeberufegesetz stattgefunden. Zwölf Auszubildende haben erfolgreich die generalistische Pflegeausbildung zum Pflegefachmann und zur Pflegefachfrau absolviert.

Die Auszubildenden kommen aus neun Ländern (Ukraine, Algerien, Marokko, Guinea, Mazedonien, Philippinen, Italien, Tadschikistan und Deutschland) und sind alle im Oktober ins Berufsleben gestartet. „Sie konnten sich in den drei Ausbildungsjahren die nötige pflegerische Handlungs- und Problemlösungskompetenz und auch Teamfähigkeit aneignen, um als Pflegefachkräfte zu arbeiten“, sagt Schulleiterin Brigitte Warnke-Kilian. „Die frisch Examinierten sind mit ihren vielfältigen interkulturellen Erfahrungen und Sprachkompetenzen Brückenbauer in unserer transkulturellen Gesellschaft.“

Der im Jahr 2019 gegründete „Ausbildungsverbund Pflegeberufe Nordhessen“ sei hilfreich gewesen, um das neue Ausbildungskonzept der generalistischen Ausbildung umzusetzen



Foto: Anja Mathe

Die erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen der generalistischen Ausbildung zur Pflegefachfrau/zum Pflegefachmann mit Kursleiterin und Pflegelehrerin Sabine Glemnitz (links), Pflegelehrerin Nicole Knierim (4. von re.) sowie Schulleiterin Brigitte Warnke-Kilian (rechts)

und die verschiedenen Pflichteinsätze in Kliniken, Pflegeheimen, ambulanten Diensten, in der Pädiatrie und Psychiatrie zu gewährleisten.

Des Weiteren haben im Sommer neun Auszubildende im Rahmen des zweijährigen Projektes „Pflege integriert“ ihren Hauptschulabschluss in Kooperation mit der Willy-Brandt-Schule, Berufliche Schule des Landkreises Kassel, erworben und im September die Abschlussprüfung in der Altenpflegehilfe am Dialog-Bildungsinstitut absolviert. Damit feiert die Pflegeschule in Kassel 2023 zum vierten Mal einen Abschluss im Rahmen des Projektes „Pflege integriert“. Die Auszubildenden kamen hier aus acht Nationen (Afghanistan, Syrien, Somalia, Äthiopien, Eritrea, Pakistan, Irak und Guinea).

Für alle – Auszubildende, Lehrkräfte und Praxisanleitungen – stellen die Ausbildungen an der Pflegeschule in Kassel eine spannende Herausforderung dar. Die generalistische Pflegeausbildung ist für alle neu – für die Praxisanleitungen und auch das Lehrpersonal. Eine weitere Herausforderung war, dass ein Teil der theoretischen Ausbildungszeiten aufgrund der einschränkenden Pandemiebedingungen in den Jahren 2021/2022 im Distanzunterricht stattfinden musste.

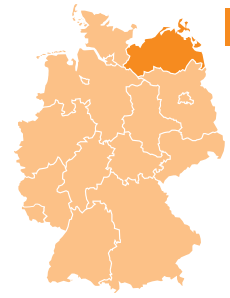
Die Schulleiterin des Dialog-Bildungsinstituts Kassel Brigitte Warnke-Kilian und alle Mitarbeitenden sind davon überzeugt, dass durch das Engagement und die Ausdauer der Auszubildenden und besonders auch durch den Einsatz aller an den Ausbildungen beteiligten Kooperationspartner beeindruckend aufgezeigt werden kann, wie sprachliche, berufliche und soziale Integration von Menschen ausländischer Herkunft sowie junger Geflüchteter gelingen kann. (bwk/abr)



Foto: bwk

Die Absolventen der Pflegeschule freuen sich mit ihren Lehrerinnen Adriana Tomaschek (links) und Birgit Heß (3. von links) über ihren erfolgreichen Abschluss zur Altenpflegehelferin und zum Altenpflegehelfer. Die Ausbildung ist in das Landesprogramm „Pflege in Hessen integriert“ eingebettet.

Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern



Azubis und Fachkräfte aus dem Ausland

10. Unternehmertag und Mitgliederwahlversammlung 2023

Das Thema „Ausländische Auszubildende und Fachkräfte“ stand beim 10. Unternehmertag der bpa-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern am 20. September im Hotel Neptun in Warnemünde im Mittelpunkt. Die Veranstaltung bot den zahlreich erschienenen Mitgliedern eine Plattform für Information und gegenseitigen Erfahrungsaustausch. Die Ministerin für Soziales, Gesundheit und Sport Mecklenburg-Vorpommern Stefanie Drese konnte zwar nicht anwesend sein, hatte aber ein Grußwort per Videobotschaft übersandt.



Fotos: Rona Lehmköster

Der neue Vorstand (von links): Peter Baumotte, Hauke Hahme, Maik Wolff, Michael Beermann (Vorsitzender), Raik Radloff (stellv. Vorsitzender), Carolin Lubetzki, Petra Boden, Katrin Gräfe, Annette Kob; nicht mit im Bild: Felix Grasshoff

Zu wenig Personal und zunehmend mehr Menschen, die auf Pflege angewiesen sind – der bpa warnt seit Jahren vor den massiven Problemen aufgrund des bestehenden und wachsenden immensen Personalbedarfs in der ambulanten und stationären Pflege. In den letzten Monaten hat sich diese Debatte noch einmal verschärft.

Um gemeinsam Ansätze zu entwickeln, dem Personalnotstand entgegenzuwirken und die Nachwuchssicherung für die Mitglieder zu realisieren, hatte der bpa verschiedene Akteure eingeladen, die über die Anwerbung internationaler Pflege(fach)kräfte und Auszubildende, über Qualifizierung, Anerkennung, Integration sowie Fördermöglichkeiten informierten.

In einer Podiumsdiskussion moderiert von Robert Mittelstädt (Justiziar in der Bundesgeschäftsstelle des bpa) berichteten Experten aus den Bereichen Schule, Ausbildung (Catharina Franz, Lingoda GmbH; Gunnar Bast, SAWOS-Pflegeschule) und Fachkräftegewinnung (Thi Van Anh Ohsieck, Cmind Solution GmbH) über die konkrete Umsetzung der Thematik in der Praxis und über bisherige positive Erfahrungen.

Mit Raik Radloff (Häusliche Krankenpflege Wolfgang Radloff GbR) schilderte ein Praktiker seine Erfahrungen, der bereits seit einigen Jahren ausländische Auszubildende in seiner Einrichtung beschäftigt.

Noch vor der Wahl am Nachmittag hatte der bpa-Landesvorsitzende Michael Beermann den Vorstand um den Tätigkeitsbericht gebeten. In Mecklenburg-Vorpommern arbeiten derzeit (Stand: 31. Juli 2023) 334 Pflegedienste, zehn sonstige soziale Dienste, 155 Tagespflegen, 80 Pflegeheime, vier solitäre Kurzzeitpflegen, 36 Einrichtungen des betreuten Wohnens sowie 59 ambulant betreute Wohngemeinschaften.

Highlights im Berichtszeitraum waren der pflegepolitische Themenabend „Die pflegerische Versorgung in Mecklen-

burg-Vorpommern zukunftssicher gestalten“ im November 2022 und die 17. Qualitätskonferenz im Sommer 2023 in Linstow. Erinnerung wurde auch an die Schlossführung in Schwerin, mit der sich die Landesgruppe beim früheren bpa-Geschäftsführer Bernd Tews für dessen besondere Verdienste bedankt hatte.

Der Vorstand zählte ambulante, teil- und vollstationäre Aufgabenschwerpunkte auf, insbesondere die Herausforderungen, die das GVWG mit sich brachte.

Es schloss sich die erstmals digital durchgeführte Wahl zum Vorstand der bpa-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern an. Unter der Regie von Wahlleiterin Catherine Tiede wählten die stimmberechtigten Mitglieder ihren neuen Vorstand. Alle Kandidatinnen

Podium (von links): Thi Van Anh Ohsieck (Cmind Solution GmbH), Gunnar Bast (SAWOS-Pflegeschule), Catharina Franz (Lingoda GmbH), Raik Radloff (stellv. bpa-Landesvorsitzender, Häusliche Krankenpflege Wolfgang Radloff GbR) und Robert Mittelstädt, Justiziar des bpa



und Kandidaten, die sich zur Wahl gestellt hatten, wurden bei der Wahl bestätigt. Dem neuen Vorstand gehören an: Michael Beermann (Vorsitzender), Raik Radloff (stellv. Vorsitzender) sowie die Beisitzer Peter Baumotte, Hauke Hahme, Maik Wolff, Carolin Lubetzki, Petra Boden, Katrin Gräfe, Annette Kob und Felix Grasshoff.

Vorstand und Mitarbeitende der bpa-Landesgeschäftsstelle danken Regine Arnhold und Andrei Grecu für den reibungslosen technischen Ablauf der Wahl unter den neuen digitalen Bedingungen.



bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote spricht zu den Anwesenden

Nach der Wahl gab bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote den Anwesenden einen Überblick auf die Entwicklungen auf Bundesebene. Er unterstrich die aktuelle wirtschaftliche Drucksituation der Pflegeeinrichtungen, die längst zu einem Angebotsmangel für Pflegebedürftige und deren Familien geführt hat.

Bei einer gemütlichen Abendveranstaltung mit leckerem Essen, einem Glas Wein und guter Musik fand die erfolgreiche Mitgliederversammlung ihren Abschluss. Ieh

Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern

20 Jahre „Haus am Ostseestrand“ in Zempin und weitere Jubiläen

Die Unternehmensgruppe „Leopold, Mülder & Gerigk“ ist seit 30 Jahren erfolgreich im Pflegemarkt tätig. Aus diesem Anlass haben sich am 4. September Bewohner, Mitarbeiter, langjährige Geschäftspartner und Freunde des Familienunternehmens im Seebad Zempin versammelt, um die Firmenjubiläen der stationären Pflegeeinrichtungen – 30 Jahre „Pflegeheim Köthen“ in Sachsen-Anhalt, 25 Jahre „Haus Ingrid“ in Berlin und 20 Jahre „Haus am Ostseestrand“ (Pflegeheim Seebad Zempin GmbH) gebührend zu feiern.

Firmengründerin Bettina Leopold bedankte sich herzlich bei den Mitarbeitern und langjährigen Geschäftspartnern für ihr enormes Engagement und die treue Unterstützung. Mit Hochachtung und Herzlichkeit sprach Bettina Leopold von ihrem Stammpersonal, welches tagtäglich für das Wohlbefinden der Bewohner sorgt. Die Jubiläumsfeier im Seebad Zempin parallel zum traditionellen Bernsteinfest bot ihr auch die Gelegenheit, die tiefe Verbundenheit mit den Bewohnern und Mitarbeitern sowie zur Region zum Ausdruck zu bringen.

Beim Abendessen in gemütlicher Runde wurden Erinnerungen ausgetauscht und Zukunftspläne geschmiedet. Eine Sandzeichnerin hatte die Entstehung der vollstationären Pflegeeinrichtungen sowie prägende Stationen im Werdegang des Unternehmens künstlerisch festgehalten. Mit Leidenschaft und Hingabe hat die Unternehmensgruppe fünf vollstationäre Pflegeeinrichtungen in Sachsen-Anhalt, Berlin, Brandenburg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern aufgebaut und erfolgreich geführt. Zudem betreibt sie einen Pflegedienst und eine Tagespflege.

„Dieses breite Leistungsangebot spiegelt das Engagement des Unternehmens für das Wohlbefinden der Menschen in der Region wider“, sagte bpa-Landesbeauftragte Anja Welenz, die bei der Abendveranstaltung die Glückwünsche des bpa überbrachte. „Die Feier markiert einen Meilenstein auf einer Reise, die von Engagement, Fürsorge und Leidenschaft geprägt ist. Wir wünschen Bettina Leopold und ihrer Tochter Dr. Jana Gerigk, die ebenfalls im Unternehmen tätig ist, weiterhin viel Erfolg und Engagement.“



Vor der Pflegeeinrichtung im Seebad Zempin: Firmengründerin Bettina Leopold (Mitte) mit ihren Töchtern Astrid Leopold-Kratsch und Dr. Jana Gerigk (rechts), ebenfalls Geschäftsführerin



Sandzeichnung „Haus am Ostseestrand“

Landesgruppe Niedersachsen

Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördern

bpa-Mitglied setzt mit TK Niedersachsen Projekt „Sonnige Zeiten“ um



Anzeige

**IHR
ABRECHNUNGS
EXPERTE**

**Moin! Ich bin
Jennifer Menzel,
Teamleiterin bei der
AS AG für den Raum
Nordrhein-Westfalen.**

Aktuelles aus den Ländern



Gemeinsames Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern der Cura Winsen und der TK

Das CURA Senioren-Centrum Winsen hat gemeinsam mit der Techniker Krankenkasse (TK), Landesvertretung Niedersachsen, im September das Projekt „Sonnige Zeiten“ ins Leben gerufen. Ziel des Projekts ist es, eine gesundheitsfördernde Arbeitskultur in der Pflegeeinrichtung zu schaffen.

Mit der Etablierung von gezielten Präventionsmaßnahmen soll ein systematisches Gesundheitsmanagement in der Senioreneinrichtung in Winsen implementiert werden. Langfristig soll damit der Krankenstand auf ein niedrigeres Niveau geführt und das Wohlbefinden der 80 Mitarbeitenden gesteigert werden.

Einrichtungsleiterin Ariane Marschke ist optimistisch: „Wir freuen uns, gemeinsam mit der TK Niedersachsen einen ersten Meilenstein zu mehr Gesundheitsförderung für unsere Kolleginnen und Kollegen hier vor Ort zu legen. Die ersten Rückmeldungen zu dem Projekt waren durchweg positiv und die gesamte Belegschaft steht den weiteren Schritten offen und zuversichtlich gegenüber.“

Dirk Engelmann, Leiter der TK-Landesvertretung in Niedersachsen: „Als TK unterstützen wir stationäre, teilstationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen dabei, gesundheitsfördernde Strukturen nachhaltig in den Pflegealltag zu etablieren. Dabei stehen die Beschäftigten als auch die Pflegebedürftigen im Fokus. Präventionskonzepte – insbesondere im Bereich der Starken Pflege* – zeigen, dass alle Beteiligten wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Bewohnende in Pflegeeinrichtungen davon profitieren. Da die TK die Digitalisierung im Gesundheitswesen vorantreibt, ist bei diesem Projekt besonders positiv anzumerken, dass für die Mitarbeitenden im CURA Senioren-Centrum Winsen eine zusätzliche begleitende Projektplattform angeboten wird.“ jgr/nz

*TK Förderantrag Starke Pflege nach § 20b SGB V und § 5 SGB XI

IHRE VORTEILE MIT UNS

Persönlicher Ansprechpartner

Keine Vertragslaufzeiten

Auszahlung ab 48 Stunden

Keine Grundgebühren



AS ABRECHNUNGSSTELLE
für Heil-, Hilfs- u. Pflegeberufe AG

www.as-bremen.de/abrechnung-pflege.html
0421 303 83 149 | info@as-bremen.de

Landesgruppe Niedersachsen

Staatssekretär verspricht: Einjährige Ausbildung geht im kommenden Jahr an den Start

Im Gespräch mit dem Staatssekretär im niedersächsischen Kultusministerium, Marco Hartrich, haben Vertreterinnen und Vertreter des bpa-Landesverbandes und der Landesgeschäftsstelle erneut die Einführung einer Ausbildung von einjährigen Pflegeassistentinnen und -assistenten gefordert. Der Vertreter der Landesregierung gab in der bpa-Geschäftsstelle das Versprechen: „Die einjährige Ausbildung wird mit dem Schuljahr 2024/2025 an den Start gehen.“

Damit geht Niedersachsen einen bedeutenden Schritt in die richtige Richtung, um die Zukunft der Pflege zu stärken. Denn es findet nun endlich die Rückführung auf ein Jahr Ausbildung und damit die Gleichstellung mit den anderen Bundesländern statt, dazu entsteht eine angemessene Möglichkeit, interessierte junge Menschen, die die generalistische Ausbildung aus verschiedenen Gründen abbrechen müssen, aufzufangen und für den Pflegeberuf zu erhalten.

Dazu soll es zukünftig ein kombiniertes Modell aus einjähriger und zweijähriger Ausbildung zur Pflegeassistenz geben, bestehend aus einer Grundstufe (inkl. allgemeinbildender Fächer und Sprachwerb für ausländische Auszubildende) und einer Fachstufe (mit pflegepädagogischen Inhalten). Diese Fachstufe kann als solitäre Ausbildung mit dem Hauptschulabschluss auch einjährig absolviert werden. Sie ermöglicht zudem einen Wechsel in eine verkürzte genera-



Foto: Heide Grimmelmann-Heimburg

Staatssekretär im Kultusministerium Niedersachsen Marco Hartrich (rechts) mit der bpa-Landesvorsitzenden Ricarda Hasch und bpa-Landesvorstand Lars Wöhler

listische Fachkraftausbildung. Der bpa hatte einen solchen Einstieg in den Pflegeberuf angesichts der enormen Herausforderungen und des Personalbedarfes auch im Bereich der Assistenzkräfte immer wieder gefordert und in vielen politischen Gesprächen thematisiert. „Damit wird nun ein schneller Einstieg mit einer qualitätsgesicherten Ausbildung möglich“, lobte die niedersächsische bpa-Landesvorsitzende Ricarda Hasch.

Sie kritisierte im Gespräch mit dem Staatssekretär aber auch die noch immer fehlenden Finanzierungsmöglichkeiten für neue Pflegeassistenzschulen in Niedersachsen. „Eine Schule muss drei Jahre vorfinanzieren, bevor der Regelbetrieb starten kann und die Landesgelder fließen. Das kann keine private Schule einfach so leisten. Zudem fehlen

Prüfungsmöglichkeiten für Nichtschüler, generalistische Pflegeschulen dürfen in der Pflegeassistenz keine Prüfungen abnehmen, sondern müssen das Nadelöhr der wenigen Pflegeassistenzschulen nutzen.“

Nachbesserungsbedarf sieht Hasch auch bei der Frage, wie für das neue Personalbemessungssystem in der stationären Pflege nach § 113c SGB XI ausreichend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in das geforderte QN3 (Pflegehelfer oder -assistenten mit einjähriger Ausbildung) gehoben werden können. Dies werde allein über die Ausbildung nicht zu schaffen sein. „Dazu haben wir Herrn Hartrich unsere Ideen mitgegeben und hoffen nun auf konkrete Vorschläge der Landesregierung.“ nsz

Landesgruppe Niedersachsen

Seminar für Sicherheitsbeauftragte: wichtige Ansprechpersonen im betrieblichen Arbeitsschutz

Am 1. November 2023 gab es für Einrichtungen des bpa in Hannover ein Kompaktseminar „Sicherheitsbeauftragte“ der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW). Sicherheitsbeauftragte unterstützen die Unternehmensleitung ehrenamtlich bei der Arbeitsschutzorganisation. Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten sind verpflichtet, mindestens einen Sicherheitsbeauftragten oder eine Sicherheitsbeauftragte zu benennen. „Der Einsatz von Sicherheitsbeauftragten im Unternehmen ist ein wichtiger Baustein im betrieblichen Arbeitsschutz“, betont Lars Wöhler, Vorstandsmitglied der bpa-Landesgruppe Niedersachsen.

Sicherheitsbeauftragte sind fest in die betriebliche Arbeitsschutzorganisation eingebunden. Sie beraten, vermitteln, schlagen Lösungen vor und sind dabei stets nah an der Arbeitssituation vor Ort. Ihre Erfahrungen im Berufsalltag helfen ihnen dabei, Unfall- und Gesundheitsgefahren in ihrem Arbeitsbereich zu erkennen und zu benennen. Als Ansprechpersonen zum Thema Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit sind sie ein wichtiges Bindeglied zwischen Mitarbeitenden, Vorgesetzten, Fachleuten für den betrieblichen Arbeitsschutz sowie der Unternehmensleitung.

Sicherheitsbeauftragte weisen auf Arbeits- und Gesundheitsgefahren hin und geben Tipps zur sicheren Gestaltung von Arbeitsabläufen und -bereichen.

Unter anderem achten sie darauf, ob die betrieblichen Schutzvorrichtungen und Sicherheitsmaßnahmen ausreichen oder ob persönliche Schutzausrüstung vorhanden ist und angewendet wird. Wenn sie glauben, dass Arbeitsplätze gesundheitsgerechter gestaltet werden können, geben sie entsprechende Hinweise an ihre Vorgesetzten weiter. Mehr Informationen zu den Aufgaben von Sicherheitsbeauftragten gibt es auf www.bgw-online.de/sicherheitsbeauftragte.

Qualifizierungsangebote der BGW

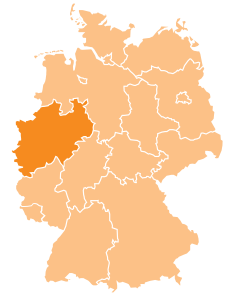
Die BGW hilft Sicherheitsbeauftragten dabei, ihre Arbeit im Betrieb sachgerecht wahrzunehmen und bietet ihnen Beratungs-, Informations- und Qualifizierungsangebote an. „Die Qualifizierung der zukünftigen Sicherheitsbeauftragten legt den Grundstein für ihre zukünftigen Aufgaben im Betrieb“, so Lars Wöhler. „Die Seminarangebote der BGW vermitteln dabei praxisnah das erforderliche Wissen und bereiten die Beschäftigten gut auf ihre Tätigkeit als Sicherheitsbeauftragte vor.“

Neu ernannte Sicherheitsbeauftragte aus Mitgliedsbetrieben der BGW bekommen im kostenfreien Grundseminar „Sicherheitsbeauftragte“ die wichtigsten Grundlagen vermittelt. In diesem Seminar geht es darum, Klarheit über die neue Rolle und ihre Aufgaben im Betrieb zu gewinnen, betriebliches Unfallgeschehen besser zu verstehen, Lösungen für die Praxis zu finden und

betriebliche Sicherheitsprobleme erfolgreich zu meistern.

Für alle Sicherheitsbeauftragten, die sich nach ihrer Teilnahme am BGW-Grundseminar intensiver mit Risiken und Gefährdungen ihres Tätigkeitsbereichs vertraut machen möchten, bietet die BGW branchenspezifische Aufbau-seminare an. Darin lernen sie zum Beispiel anhand von Beispielen aus der Praxis, wie sie ihre Arbeitgeberin oder ihren Arbeitgeber bei der Durchführung der Gefährdungsbeurteilung unterstützen können. Die BGW hilft ihnen dabei, die spezifischen Gefährdungen ihrer Branche zu kennen und systematisch mit ihnen umzugehen, um sie so gering wie möglich zu halten oder zu vermeiden. Mehr über das aktuelle Angebot und freie Termine sind auf www.bgw-online.de/seminare zu finden. ber

Landesgruppe Nordrhein-Westfalen



Zeitenwende – und wie geht es weiter?

Mitgliederversammlung und Fachtag in Münster



Fotos: Christopher Ratter

Der neue Vorstand (von links): Beisitzer Matthias Wentland, stellv. Vorsitzender Daniel Wendorf, die Beisitzerinnen Veronika Zurmühlen und Anne Egidy-Voigtländer, Landesvorsitzender Bernhard Rappenhöner, stellv. Vorsitzende Barbara Prinz sowie die Beisitzer Thorsten Vlaten und Willi Stotzem

Eine besondere Zeit liegt hinter uns und für viele steht auch noch ein steiniger Weg bevor: Pandemie, Tariftreue und Energiekrise sind noch nicht gänzlich überwunden, aber es gibt auch Lösungen und neue Denkanstöße. Daher hat der bpa in NRW-Mitgliederversammlung und Fachtag am 21. und 22. September 2023 in Münster unter das Motto: „Zeitenwende – und wie geht es weiter?“ gestellt.

Der bpa-Landesvorsitzende Bernhard Rappenhöner ging auf Herausforderungen ein, wie den Fachkräftemangel, Bürokratiehürden, Liquiditätsprobleme aufgrund hoher Außenstände, die Ungleichbehandlung der fehlenden Refinanzierung der Inflationsausgleichsprämie bei Anwendern des regional üblichen Entgelts und die unzureichende Digitalisierung. „Wir werden in Zukunft noch stärker für unsere Interessen kämpfen müssen und dafür brauchen wir Einigkeit, Geschlossenheit und Kampagnenfähigkeit.“ An die Politik gewandt sagte er: „Wumms, Doppelwumms? – Brauchen wir alles in der Pflege“.



Rainer Brüderle, Präsident des bpa-Arbeitgeberverbandes

Rainer Brüderle, Präsident des bpa-Arbeitgeberverbandes, betonte, es brauche wieder mehr unternehmerische Gestaltungsspielräume anstelle eines ständigen Zuwachses an Bürokratie. Er erinnerte daran, wie die private Pflegewirtschaft entstanden ist, wie nach den Privaten regelrecht gerufen worden sei. Private Pflegebetreiber deckten heute deutlich mehr als die Hälfte des Bedarfs in der Pflege ab, während die Spielräume der Unternehmer immer enger würden. Bürokratie und Überreglementierung nehmen zu. Mit Mut gebenden Worten hiergegen vorzugehen, Klartext zu reden und es anzupacken, endete Brüderles Rede.

Die bpa-Mitglieder hatten bereits im Vorfeld einen umfangreichen schriftlichen Tätigkeitsbericht für den Zeitraum Januar 2022 bis September 2023 erhalten. Der Landesvorstand legte mit dieser Arbeitsdokumentation einen Rechenschaftsbericht vor, der die Arbeit der bpa-Landesgruppe von nicht ganz zwei Jahren auf etwa 50 Seiten zusammenfasste. In der Mitgliederversammlung stellten alle Mitglieder des Vorstands die Arbeitsergebnisse der Landesgruppe noch einmal in den wesentlichen Grundzügen vor.

Wahlen zum Vorstand

Christof Beckmann, der einstimmig als Wahlleiter ernannt worden war, leitete die Wahlen zum Landesvorstand mit folgendem Ergebnis: Der bisherige bpa-Landesvorsitzende Bernhard Rappenhöner wurde mit großer Zustimmung in seinem Amt bestätigt. Ihm zur Seite stehen als stellvertretende Vorsitzende Barbara Prinz und Daniel Wendorf. Zu Beisitzenden gewählt wurden Anne Egidy-Voigtländer, Willi Stotzem, Matthias Wentland, Veronika Zurmühlen und Thorsten Vlaten.

Ehrung für Christof Beckmann, lange Jahre Landesvorsitzender



Im Anschluss ehrte Rappenhöhner scheidende verdiente Mitglieder im Ehrenamt. An erster Stelle: Christof Beckmann, der sich nach vielen Jahren Verbandsarbeit, die meisten davon als Vorstandsvorsitzender und teilweise als Stellvertreter, nun anderen Dingen widmen möchte. Gefolgt von Nicole Klemm, die ebenfalls aus dem Vorstand ausschied, sowie von Anne Egidy-Voigtländer für ihren langjährigen Einsatz als stellv. Vorsitzende. Anne Egidy bleibt dem Vorstand jedoch als Beisitzerin erhalten.

Ehrung für Anne Egidy-Voigtländer, lange Jahre stellv. Landesvorsitzende



Inhaltliche Verbandsarbeit

Der Nachmittag der Mitgliederversammlung war der inhaltlichen Verbandsarbeit gewidmet. Pascal Tschörtner, bpa-Geschäftsführer und Geschäftsbereichsleiter stationäre Versorgung, berichtete über die aktuelle bundesgesetzliche Entwicklung in der Pflege sowohl im stationären als auch im ambulanten Sektor. Er beleuchtete die Einzelzeiten des PUEG (Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz) und stellte die Frage, ob der Name Programm sei, es also tatsächlich eine Unterstützung und Entlastung bringe. Die aktuelle Diskus-

Pascal Tschörtner, bpa-Geschäftsführer – Geschäftsbereichsleiter stationäre Versorgung



sion zur Novellierung des WBG, Neuerungen aufgrund des Hinweisgeberschutzgesetzes und die Regelungen rund um das Thema „Energiehilfen“ wurden vorgestellt. Einen Schwerpunkt bildete die Darstellung der wirtschaftlichen Situation mit Insolvenzen und Betriebsschließungen, die aus verschiedenen Faktoren resultieren. Tschörtner zeigte die Bemühungen des bpa zur Stärkung der wirtschaftlichen Situation auf.

Sven Wolfgram, bpa-Geschäftsführer – Geschäftsbereichsleiter ambulante Versorgung



Sven Wolfgram, bpa-Geschäftsführer und Geschäftsbereichsleiter ambulante Versorgung, stellte die umfassenden Kostensteigerungen dar. Auch wurde ein Hinweis auf die beginnenden Nachweisprüfungen zur tariflichen Entlohnung gegeben und auf die Unterstützung durch den bpa verwiesen. Wolfgram stellte die Neuerungen zu den Bundesrahmenempfehlungen nach § 132a SGB V im HKP-Bereich und zur AKI nach § 132l SGB V, zu den MuG ambulant, zur lebenslangen Beschäftigungsnummer und zur Digitalisierung vor und erläuterte diese.

„Es wird eine spannende Zeit“ – mit diesen Worten beendete der Landesvorsitzende Rappenhöhner die Mitgliederversammlung. Die traditionelle Abendveranstaltung mit Buffet, Musik und Tanz dauerte bis in die frühen Morgenstunden.

Fachtag des bpa mit neuen Impulsen

Hochrangige Vertreter der Politik, Mitarbeitende der Kommunen und WTG-Behörden, aber auch Vertreter anderer Verbände und viele weitere Gäste waren am Folgetag gespannt auf die Beiträge zum Thema Zeitenwende.

Autorin Henriette Frädrich gab inspirierende und humorvolle Impulse unter dem Motto „Die Kraft der Veränderung“, die zum Umdenken, Handeln und Umsetzen anregten.

Prof. Dr. Bettina Shamsul, Europäische Fachhochschule Rheine/Erft GmbH, Professur für Gesundheit mit Schwerpunkt Gesundheitspolitik, Prävention und Gesundheitsförderung, bot einen Überblick zu Daten, Zahlen und Fakten im Gesundheitssektor. Neben den Zahlen der Pflegebedürftigen in NRW nach verschiedenen Gesichtspunkten unterteilt, stellte sie auch Zahlen zu deren Versorgungsform dar. So werden über 50 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause ausschließlich von pflegenden



Prof. Dr. Bettina Shamsul, Europäische Fachhochschule Rheine/Erft GmbH

Angehörigen oder Freunden – ohne Unterstützung von ambulanten Diensten – betreut. Shamsul wies darauf hin, dass es in NRW im Schnitt 202 Tage von der Ausschreibung einer Pflegefachkraftstelle bis zur tatsächlichen Besetzung dauere. Sie stellte die Entwicklung der Beschäftigung in der Pflege nach verschiedenen Kriterien dar. Neben der Vorstellung der Top 10 der besten Arbeitsbedingungen gab Shamsul einen Ausblick auf Möglichkeiten im Rahmen der Digitalisierung.

Nach einer Kaffeepause, die viele Teilnehmende zum Besuch der Fachausstellung nutzten, richtete Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, in seinem digitalen Grußwort den Blick nach vorn aus Sicht der Landesregierung an die Teilnehmenden. Laumann sprach über die Inflation, die Refinanzierung der Tarifbindung, die übermäßige Länge der Pflegesatzverhandlungen – an denen die Politik nicht beteiligt sei – und über das Problem, genügend Pflegekräfte zu gewinnen. Einen Lösungsansatz sieht er u.a. in einer Willkommenskultur für ausländische Pflegekräfte.

Versorgungssicherheit gewährleisten

bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote nahm die Einladung zur Teilnahme am Fachtag in NRW, seiner Heimat, gerne an und auch die Teilnehmenden freuten sich, ihren ehemaligen Landesgeschäftsstellenleiter wieder zu sehen. Grote gratulierte dem Vorstand zu seiner Wahl und bedankte sich für das ehrenamtliche Engagement, ohne das ein Erfolg im Verband nicht möglich sei. Er legte den Fokus auf die Frage, wie die Versorgungssicherheit in Zukunft weiter gewährleistet werden könne bei der brisanten wirtschaftlichen Situation.

Grote verwies auf die Notwendigkeit einer Absicherung und Unterstützung der Pflegeeinrichtungen. „Die sinkenden Ausbildungszahlen in der Pflege zeigen, dass alle Signale aktuell auf Rot stehen. Bei der Ausbildung besteht daher dringender Handlungsbedarf, gleichzeitig muss die Zuwanderung in die Langzeitpflege gestärkt und das Beschäftigungspotenzial für die Pflege im Inland gehoben werden.“

Maik Vonau, Fachbereichsleiter HKP und Pflege der AOK Nord-West, traute sich trotz des angespannten Verhältnisses zwischen Kassen, Leistungserbringern und deren Verbänden „in die Höhle der Löwen“. Zur Freude der Teilnehmenden zeigte er sich offen und gesprächsbereit auf Grundlage notwendiger Fakten. Seinen Redebeitrag „Versorgungssicherheit gewährleisten – wie kann das zukünftig gelingen?“ leitete Vonau so ein: „Wir haben den Versorgungsauftrag, aber ohne Sie und die Politik wären wir nichts.“ Die Top 10 der besten Arbeitsbedingungen aus dem Vortrag von Prof. Bettina Shamsul habe er sofort an die Geschäftsleitung weitergeleitet. „Ihre Sicht kann ich mehr als nachvollziehen.“

Vonau erläuterte die Versorgungsformen der Pflege mit ihren drei Säulen, der Pflege zu Hause allein durch Angehörige, der Pflege zu Hause unterstützt durch einen Pflegedienst und die stationäre Pflege. Er ging besonders auf die Rolle der Erwerbstätigen mit Pflegeverantwortung und die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ein.



bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote



Mitglieder verfolgen das digitale Grußwort von NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann

Und er sprach die zukünftige Gestaltung der Versorgung in NRW mit der Forderung nach Verbesserung der Rahmenbedingungen an. Dabei bekräftigte der Vertreter der AOK Nord-West, dass er an einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit großes Interesse habe.

Best-Practice-Beispiele vorgestellt

In einem weiteren Programmpunkt stellten drei Referenten Best-Practice-Beispiele vor:

- Sacha Saßen, Mitglied der Projektgruppe Pflege 2030, Bereichsleitung Zentrales Qualitätsmanagement und Ethik – Korian Deutschland, stellte das „Projekt Pflege 2030“ vor. Ein Projekt zu digitalen Technologien – Digitalisierung, Modernisierung, technischen Hilfsmitteln, Sicherheit, Robotern und Smartendgeräten.
- Martina Thelen, Geschäftsstellenleiterin der Gesundheitsregion Köln-Bonn e.V., berichtete über „CaMusi – Mehr als Hauskonzerte“, ein Projekt, bei dem professionelle Musiker bei Pflegebedürftigen in der Häuslichkeit musizieren.
- Tassilo Mesenhöller, Geschäftsführer Pflegeverbund Teheim Solingen, stellte das Projekt „INGE – der digitale Pflegeberaterbesuch nach § 37 Absatz 3 SGB XI“ vor, ein Projekt zur digitalen integrierten Gesundheits- und Pflegeversorgung mit IT-gestütztem Pflegeberaterbesuch.

Der bpa-Landesvorsitzende Rappenhöner schloss die Veranstaltung mit den Worten „Wir haben Perspektiven aufgezeigt bekommen, wie es weiter gehen kann. Das sollte uns positiv stimmen.“ ipo

Landesgruppe Nordrhein-Westfalen

Pflegeunternehmen „Lebensbaum“ begeht 25-jähriges Jubiläum



Feierten gemeinsam das 25-jährige Firmenjubiläum in Lindlar (von links): Daniel Wendorf, Barbara Prinz, Ulrich Kochanek, Anne Egidy-Voigtländer, Bernhard Rappenhöner, Julia Rother, Andrea Grote und Christine Strobel

Die Lebensbaum GmbH ist seit ihrer Gründung 1998 als ambulanter Pflegedienst tief im Bergischen Land verwurzelt. Seit 25 Jahren engagiert sich das familiengeführte Unternehmen von Gründer und Geschäftsführer Bernhard Rappenhöner mit einem Angebot aus ambulanter Pflege, Tagespflege sowie ambulant betreuten Demenz-Wohngemeinschaften. Rappenhöner, der auch Vorsitzender der bpa-Landesgruppe NRW ist, hat sich mit seinem Team der Verantwortung für seine Heimat und für die im Oberbergischen Land lebenden Menschen verschrieben. Dabei ist es ihm ein Anliegen, seinen Kunden ein selbstbestimmtes Leben zu Hause zu ermöglichen.

„Der bpa freut sich sehr über den Erfolg dieser außerordentlich hervorragenden Einrichtung und ist entsprechend stolz, den Lebensbaum im Kreis der bpa-Familie zu wissen“, sagte Christine Strobel, die Leiterin der bpa-Landesgeschäftsstelle NRW, und überreichte dem Jubilar eine von bpa-Präsident Bernd Meurer unterzeichnete Ehrenurkunde.

Der bpa sei stolz darauf, dieses Jubiläum als Gast mit begehen zu dürfen und dem Gründer, Geschäftsführer, Diplom-Kaufmann sowie bpa-Landesvorsitzenden Rappenhöner persönlich gratulieren zu können. Dass das Zitat des Altbundeskanzlers Helmut Schmidt „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen“ nicht immer zutrefte und sich in der Geschichte und Entwicklung des Lebensbaums nicht bewahrheitet habe, sei über die Erfolgsgeschichte dieses Pflegeunternehmens bewiesen. Ohne die Vision von Bernhard Rappenhöner und sei-

ner Frau wäre das oberbergische Land heute in der Altenpflege um ein herausragendes Unternehmen ärmer.

Aus der Keimzelle des Unternehmens, einem ambulanten Pflegedienst, habe sich ein großes Pflegeunternehmen mit umfassendem Leistungsspektrum entwickelt. „Wir wünschen dem Lebensbaum und Bernhard Rappenhöner mit seiner Familie und den Beschäftigten alles Gute für die Zukunft“, so Strobel.

Die Jubiläumsfeier Mitte September war für alle ein unvergessliches, spätsommerliches Erlebnis in der ländlichen Idylle von Lindlar. Besucher, Gäste und Mitarbeiter feierten bei sommerlichen Temperaturen zwischen Marktständen mit allerlei kulinarischen Köstlichkeiten. jr



Ehrenurkunde für Bernhard Rappenhöner, Gründer und Geschäftsführer der Lebensbaum GmbH und Vorsitzender der bpa-Landesgruppe NRW, überreicht von Christine Strobel, Leiterin der bpa-Landesgeschäftsstelle NRW

Landesgruppe Nordrhein-Westfalen

20 Jahre Seniorenzentrum Zwei Eichen

Gute Erfahrungen mit internationalen Azubis



Fotos: Slava Medvedev

Feier im Seniorenzentrum „Zwei Eichen“ in Lotte bei Osnabrück (von rechts): Minister Karl-Josef Laumann und die Geschäftsführer der Sander Pflege GmbH Thomas Harrazim, Silvia Wesselmeier und Gunnar Sander mit bpa-Berater Hans Peter Knips

Zwei gute Gründe waren es, die NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann zu einem Besuch in Lotte im Münsterland veranlassten. Zum einen galt es das 20-jährige Jubiläum des Seniorenzentrums Zwei Eichen zu feiern und zum anderen waren 16 junge Menschen aus Indien zu begrüßen, die in den Einrichtungen der bpa-Mitglieds-einrichtung ihre pflegerische Ausbildung aufnehmen werden.

Die Dorfgemeinschaft, Pastoren, Landrat und Bürgermeister waren gekommen, um zu zeigen, dass es ihnen ernst ist mit der Integration. Im eigens aufgestellten Festzelt folgten etwa 300 Gäste der Ansprache des Ministers. Laumann lobte den Unternehmergeist in der privaten Pflege: „Ohne diese Kraft wäre eine moderne und bedarfsorientierte Versorgung unserer Bevölkerung nicht möglich.“

Das Seniorenzentrum Zwei Eichen gehört zur Unternehmensgruppe Sander Pflege GmbH, bpa-Mitglied in Emsdetten. Die Sander Pflege habe in zwei Jahrzehnten erfolgreich gezeigt, wie insbesondere im ländlichen Raum eine effiziente Pflegeinfrastruktur aussehen muss, so der Minister. Alle Angebotsformen vom klassischen Seniorenheim

über die ambulante Wohngruppenarbeit bis zur häuslichen Betreuung und Pflege, ergänzt durch Kurzzeit- und Tagespflege und unterschiedliche Wohnmöglichkeiten werden selbstverständlich auch auf dem Land angeboten.

Die demografische Entwicklung habe die Einrichtungen der Altenhilfe zu kulturellen Kommunikationszentren werden lassen. Neben der alleingesessenen Mitarbeiterin aus dem Dorf finden sich Mitarbeitende verschiedenster Nationalitäten. Praktische Integration vor Ort sei kaum besser zu erreichen als in der Pflege und Betreuung.

Ein gutes Beispiel hierfür sei die Sanderpflege. Ein Drittel aller Auszubildenden des Unternehmens mit über 50 Einrichtungen in NRW und Niedersachsen stammt aus dem Ausland. Dieser hohe Anteil ist auch eine wichtige Antwort auf den spürbaren Fachkräftemangel und rückläufige Bewerberzahlen in der Pflegebranche.

Um den internationalen Auszubildenden den Einstieg in Deutschland so angenehm wie möglich zu gestalten, hat die Sander Pflege, geführt von Gunnar Sander, Silvia Wesselmeier und Thomas Harrazim, sorgfältige Vorbereitun-

gen getroffen. Dies beinhaltet die persönliche Abholung am Flughafen sowie die Vorbereitung von Wohnungen oder Wohngemeinschaften in unmittelbarer Nähe ihrer Ausbildungsstätten in und um Emsdetten und Osnabrück.

Die Auszubildenden werden auch auf den ersten Schul- und Arbeitswegen begleitet und erhalten Empfehlungen zu kulturellen Veranstaltungen und zu Geschäften, in denen sie Lebensmittel finden können, die es nicht in jedem Supermarkt gibt.

Erfolg sei kein Zufall, sondern immer den handelnden Personen zu verdanken, sagte bpa-Berater Hans Peter Knips und überreichte Geschäftsführer Gunnar Sander die Jubiläumsurkunde des bpa mit den Worten: „Lieber Gunnar, für Deinen unermüdlichen Einsatz und Deine Hartnäckigkeit herzlichen Dank, wir sind stolz darauf, dass Du, Dein Team und Deine Einrichtungen ein ganz wichtiger Teil in unserer bpa-Familie sind.“ hpk



Die jungen Frauen und Männer aus Indien freuen sich auf ihre Pflegeausbildung bei der Sander Pflege in Lotte. Sie wurden herzlich in Empfang genommen.

Landesgruppe Nordrhein-Westfalen

10 Jahre Residenz „Zur schönen Aussicht“

Als die Residenz „Zur schönen Aussicht“ im oberbergischen Eckenhagen vor zehn Jahren in Betrieb ging, waren die Erwartungen groß: Es sollte eine psychiatrische Pflegeeinrichtung für Erwachsene (gemäß SGB XI) entstehen, die sich den besonderen pflegefachlichen Schwerpunkten widmet. „Diese hohen Erwartungen haben sich voll erfüllt“, sagte bpa-Berater Hans Peter Knips, der bei der Feier zum 10-jährigen Jubiläum im August die Festrede hielt. Das Spektrum der Leistungen umfasst heute neurologische Erkrankungen, Schizophrenie-Erkrankungen, Persönlichkeitsstörungen, Depressionen, Schlaganfall und Suchterkrankungen. Der Bedarf an Unterbringung, Versorgung und Therapie in einer Spezialeinrichtung sei groß. Geschäftsführer Robert Dempewolf und sein Team

können die Nachfrage kaum befriedigen. Das gewachsene Mitarbeiterteam zeichnete sich durch eine geringe, kaum messbare Fluktuation aus.

„Der bpa hat diese hervorragende Einrichtung von Anfang an begleiten und beraten dürfen, deshalb freuen wir uns natürlich über den Erfolg und sind stolz sie in unseren Reihen zu wissen“, sagte Knips und übergab die Jubiläumsurkunde des bpa an das Trägerehepaar Renate und Robert Dempewolf.

Die Einrichtung, die oberhalb des Heilklimatischen Kurortes Reichshof-Eckenhagen liegt, ist als „offenes“ Haus bekannt. Besucher werden gerne empfangen und genießen die weithin bekannte bergische Gastfreundschaft. Mit diesem Konzept



Foto: Anette Knips

Robert und Renate Dempewolf mit Jubiläumsurkunde des bpa

konnte der Träger einer Isolation vorbeugen und beweisen, dass auch eine auf eine anspruchsvolle Klientel spezialisierte Einrichtung nicht am Rande stehen muss, sondern ganz selbstverständlich Teil der sozialen Gemeinschaft ist. hpk

Landesgruppe Nordrhein-Westfalen

10-Jähriges und Einweihungsparty bei der Pflegefreunde GmbH

Zur Feier des 10-jährigen Bestehens und zur Einweihung ihrer neuen Betriebsstätte in Münster-Nienberge im August hatten Sarah und Alexander Herms von der „Pflegefreunde GmbH“ den Innenhof zur Partymeile umgestaltet. Unter den Gästen war auch Brunhilde L., die „erste“ Patientin des Pflegedienstes. Sie dankte für die professionelle Pflege und Betreuung, insbesondere für die freundliche und verbindliche Arbeit der Pflegekräfte, die ihr im Laufe der Jahre echt ans Herz gewachsen seien. bpa-Berater Hans Peter Knips würdigte die Unternehmensleistung von Sarah und Alexander Herms und blickte auf zehn zum Teil auch schwierige Jahre zurück. Dennoch sprühe das Unternehmerpaar förmlich vor Optimismus. Mit den Wünschen für eine erfolgreiche Zukunft überreichte Knips die Jubiläumsurkunde des bpa. „Die Unternehmer Sarah und Alexander Herms zeigen mit ihrer erfolgreichen Arbeit, dass sie auf dem richtigen Weg sind. Der bpa ist stolz darauf, sie auf diesem Weg begleiten zu dürfen.“

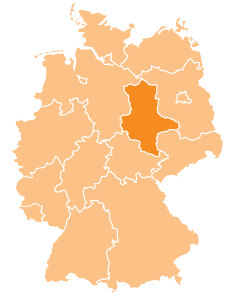


Foto: Anette Knips

Sarah und Alexander Herms mit Hans Peter Knips vom bpa

„Wir schauen gerne zurück, wollen aber den Blick bewusst nach vorne richten“, sagte Sarah Herms zur Eröffnung der größeren Heimat des expandierenden Pflegedienstes. Alexander Herms ergänzt: „Das ist eine Investition in die Zukunft, das erfordert natürlich Mut und Tatkraft. Erfolgreich wachsen können wir aber nur mit gut ausgebildeten, loyalen und engagierten Fach- und Hilfskräften. Deshalb danken wir allen, die uns helfen und unterstützen.“ hpk

Landesgruppe Sachsen-Anhalt



Konferenz zum Pflegeberuf im Wandel

Rothgang fordert mehr Flexibilität bei der Berücksichtigung des Mehrpersonals

Auf Einladung der Gesundheitsministerin Petra Grimm-Benne kamen Mitte September in Magdeburg Vertreter von Pflegeeinrichtungen, Kliniken, Krankenkassen, Schulen sowie Wissenschaft und Behörden zur Landeskonferenz „Pflegeberuf im Wandel“ zusammen. Dabei dankte die Ministerin ausdrücklich den Ausbildungseinrichtungen für das Engagement für den beruflichen Nachwuchs.



Prof. Heinz Rothgang eingeholt von Annett Rabe und Stephan Richter, dem stellv. bpa-Landesvorsitzenden von Sachsen-Anhalt

Den Personaleinsatz speziell in der stationären Langzeitpflege thematisierte Prof. Dr. Heinz Rothgang in seinem Vortrag. Auf Nachfrage von bpa-Vorstandsmitglied Annett Rabe über die Finanzierung der neuen Mitarbeiter forderte der Pflegewissenschaftler die anwesenden Kostenträger zu mehr Flexibilität bei der Berücksichtigung des Mehrpersonals auf und appellierte an die Politik, verbindliche Schritte zur weiteren Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege zu unternehmen.



Fotos: Fabian Herrmann

Bei der Konferenz in der Johanniskirche in Magdeburg (von links): Petra Grimm-Benne, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt, Staatssekretär Wolfgang Beck, Tobias Krull, MdL, mit den bpa-Vorständen Sven Mommert, Stephan Richter und Annett Rabe

Am Rande der Vorträge nutzten bpa-Mitglieder, die ihre Ausbildungsbetriebe repräsentierten, die Gelegenheit, auf die bürokratischen und organisatorischen Herausforderungen der Pflegeberufeausbildung hinzuweisen. Insbesondere die Kostensteigerungen aufgrund der Umlagerefinanzierung sowie die Gewinnung auch von ausländischen Auszubildenden sind dabei weiter aktuelle Themen. Herr



bpa-Vorstandsmitglied Annett Rabe befragt Prof. Rothgang zur Finanzierung neuer Mitarbeiter

Landesgruppe Sachsen-Anhalt

Arbeitsgruppe Intensivpflege berät Versorgungsvertrag

Ausgelöst durch die Gesetzgebung und den Schiedsspruch zu Rahmenempfehlungen ist die außerklinische Intensivpflege nach § 132I SGB V neu zu strukturieren. Oliver Stegemann, Justiziar des bpa, und bpa-Landesbeauftragte Anja Girschik haben jetzt mit der AG Intensiv Neuerungen der Rahmenempfehlungen zur Hauskrankenpflege diskutiert.

Zu den neuen Anforderungen an die Pflegeeinrichtungen in der ambulanten Versorgung wie auch in den Wohngruppen sowie in den Heimen soll ein einheitlicher Versorgungsvertrag mit den Krankenkassen auf Landesebene verhandelt werden. Dazu erfolgt eine enge

Oliver Stegemann, Justiziar des bpa, und bpa-Landesbeauftragte Anja Girschik diskutieren mit der AG Intensiv Neuerungen der Rahmenempfehlungen zur Hauskrankenpflege.



Foto: Fabian Herrmann

und fortlaufende Abstimmung mit der bpa-Bundesgeschäftsstelle und den Mitgliedern vor Ort im Rahmen der Arbeitsgruppe zur Intensivpflege. Problematisch bleibt die bisher grundsätzlich

ablehnende Haltung der Krankenkassen, die neuen Regelungen bei der Vergütung im Sinne der Versorgungssicherheit und Qualität angemessen zu berücksichtigen. Herr

Landesgruppe Sachsen-Anhalt

Fachgespräch zur Wirtschaftlichkeit von Pflegebetrieben

Mitgliederversammlung in Freyburg bestätigt Landesvorstand

Der im Amt bestätigte Vorstand (von links): Kathrin Leusmann-Klipp, Stephan Richter (stellv. Vorsitzender), Alexander Scheunpflug, Sabine Kösling (Vorsitzende), Gabriele Staude, Annett Rabe, Sven Mommert, Barbara Göhmann und Sören Lambrecht



„Engagierte Pflegeanbieter werden bei der Versorgung der Bevölkerung ausgebremst“, sagte bpa-Präsident Bernd Meurer auf der Mitgliederversammlung der bpa-Landesgruppe Sachsen-Anhalt im Oktober in Freyburg. Im Fachgespräch mit Wirtschaftsstaatssekretärin Stefanie Pötzsch wiesen Betreiber und Pflegeexperten auf wirtschaftliche Schieflagen hin.

Bedingt durch nicht komplett refinanzierte Kostensteigerungen und Erlöseinbrüche sowie Personalmangel hätten erste Anbieter Angebote reduziert oder den Betrieb ganz eingestellt, was für die betroffenen Pflegebedürftigen und deren Angehörige eine Katastrophe sei. An Politik und Kostenträger gerichtet forderte Meurer: „Anstelle immer neuer starrer Auflagen sollen die Anbieter Möglichkeiten für Innovation und

Ausprobieren erhalten.“ Stattdessen erlebten Einrichtungen teils monatelange Verzögerungen bei Verhandlungen und kleinteilige Diskussionen über Sachkosten, wobei alle Beteiligten um die Preissteigerungen etwa bei Lebensmitteln wüssten. „Offensichtlich läuft bei über 1.000 Schiedsverfahren im Land zu strittigen Vergütungen etwas ganz gewaltig schief,“ ergänzte die bpa-Landesvorsitzende Sabine Kösling.

bpa-Geschäftsführer und Geschäftsbe-reichsleiter ambulante Versorgung Sven Wolfgram stellte aktuelle bundespolitische Entwicklungen vor, die bisher die wirtschaftlichen Herausforderungen der Einrichtungen völlig ignorieren. Geschäftsführer Dr. Sven Halldorn vom bpa-Arbeitgeberverband verwies auf Risiken, aufgrund neuer Anforderungen an Arbeitgeber – etwa Forderungen nach mehr Urlaub und weitere bezahlte Freistellungspflichten. Nico Kling konnte aus dem Verhandlungsgeschehen der bpa-Servicegesellschaft von hoher Personalfuktuation bei Verhandlern der Kostenträger und von Verschleppung von Verhandlungen berichten. Fachanwalt Eike Klean sprach von immer neuen zu begründenden Nachweisen bei Kostenverhandlungen, die nach Vorlage jedoch schlicht abgelehnt würden, so dass der Gang vor die Schiedsstelle nötig sei.

Die Staatssekretärin für Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt, Stefanie Pöttsch, sagte den Mitgliedern ihre Unterstützung zu: „Als Wirtschaftspolitikerin fühle ich mich für klein- und mittelständische Unternehmen verantwortlich und empfinde höchsten Respekt für Ihre Leistung, tagtäglich hilfsbedürftige Menschen zu versorgen.“

Einig waren sich die Gesprächspartner über die Notwendigkeit einer deutlichen Beschleunigung ausländerrechtlicher Verfahren, um Personal und Auszubildende schnell für die Versorgung zu gewinnen. Andernfalls drohe zunehmende Unterversorgung der Pflegebedürftigen, besonders im ländlichen Raum.



Fotos: Antje Kunde

Reges Interesse am Fachgespräch mit Wirtschaftsstaatssekretärin Stefanie Pöttsch, bpa-Präsident Bernd Meurer und der bpa-Landesvorsitzenden Sabine Kösling



bpa-Geschäftsführer Sven Wolfgram, Geschäftsbereich ambulante Versorgung



bpa-Präsident Bernd Meurer zur Wirtschaftlichkeit von Pflegeunternehmen



Staatssekretärin Stefanie Pöttsch (Mitte) mit bpa-Landesvorsitzender Sabine Kösling und bpa-Präsident Bernd Meurer

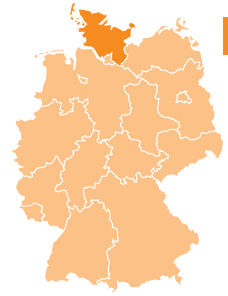
Wahl zum Vorstand

Bei der turnusmäßig anstehenden Wahl bestätigten die Mitglieder den bisherigen Landesvorstand in seinem Amt. Der bpa-Landesvorstand setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzende Sabine Kösling, stellv. Vorsitzender Stephan Richter sowie die Beisitzer Barbara Göhmann, Sören Lambrecht, Kathrin Leusmann-Klipp, Sven Mommert, Annett Rabe, Alexander Scheunpflug und Gabriele Staude. Der bpa-Landesvorstand wird sich angesichts der anhaltenden Herausforderungen weiter für die über 500 Mitgliedseinrichtungen einsetzen.

Neben den fachlichen und verbandspolitischen Themen bestand in der malerischen Umgebung des Weinbaugebietes Freyburg viel Gelegenheit zum Austausch und Gespräch unter den Mitgliedern. Der Besuch des Schloss Neuenburg sowie eine „zauberhafte Tischmagie“ bildeten dafür den geselligen Rahmen. herr



Tischmagie mit Tim Stüdemann



Landesgruppe Schleswig-Holstein

Mitgliederversammlung und politischer Fachtag –

Wirtschaftlichkeit der Pflege im Mittelpunkt der Diskussion

Der neue Vorstand (von links): Hans-Jürgen Rüpcke, Christian Pittelkow, Christer Carstensen, Maike Jahn-Gehring, Sabine Hinz, Daniel Zwick, Oliver Mees, Mathias Steinbuck (Vorsitzender), Hauke Hahme, Mathias Schröder (stellv. Vorsitzender); nicht im Bild: Christa Steinhauer, Jörg Kornatz



Fotos: Dr. Wienke Jacobse

Im Rahmen der Mitgliederversammlung der bpa-Landesgruppe Schleswig-Holstein am 12. Oktober 2023 ist der bisherige Vorsitzende Mathias Steinbuck einstimmig für zwei weitere Jahre zum Landesvorsitzenden gewählt worden. Der 51-Jährige ist Betreiber mehrerer Pflegeeinrichtungen und einer Pflegeschule. Steinbuck, der auch Mitglied des bpa-Präsidiums ist, leitet den jetzt zwölfköpfigen ehrenamtlichen Vorstand der bpa-Landesgruppe.

Mit Mathias Schröder als stellvertretendem Vorsitzenden unterstützt ihn ein erfahrener Unternehmer aus der ambulanten und teilstationären Pflege. Die langjährige stellvertretende Vorsitzende Christa Steinhauer kandidierte nicht erneut für diese Position, wird sich aber weiterhin als Beisitzerin in die Arbeit einbringen. Der neue Vorstand verjüngt sich und hat mit Christer Carstensen, Daniel Zwick und Maike Jahn-Gehring Mitglieder des bpa hinzugewonnen, die die jeweiligen Familientraditionen fortsetzen und die nächste Generation der Unternehmerinnen und Unternehmer repräsentieren.

Mit den wiedergewählten Vorstandsmitgliedern Sabine Hinz, Hauke Hahme, Jörg Kornatz, Oliver Mees, Christian Pittelkow und Hans-Jürgen Rüpcke werden alle relevanten Fachgebiete in Schleswig-Holstein abgedeckt und die erfolgreiche Arbeit im Land fortgesetzt. Aus dem Vorstand ausgeschieden sind, wegen Verkauf des Betriebes oder auf eigenen Wunsch, Gunnar Löwe, Maria Knuth, Thorsten Gröbitz und Dr. Katrin Witt.

Als größte Herausforderung der nächsten Amtszeit nannte Mathias Steinbuck aufgrund der anhaltenden Problematik der Fachkräftesicherung und Fachkräftegewinnung den Er-

halt der pflegerischen Infrastruktur. Aber auch die weitere Digitalisierung und Fragen von Nachhaltigkeit werden in der nächsten Legislatur auf der Agenda des neuen Vorstandes stehen müssen.

Im Geschäftsbericht 2022-2023 konnte der Vorstand auf erfolgreiche Jahre zurückblicken. „Die Mitgliederzahlen steigen kontinuierlich an und liegen aktuell bei 725. Gerade im ambulanten Bereich wagen viele Unternehmerinnen und Unternehmer erfreulicherweise den Schritt in die eigene Selbstständigkeit.“

bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote wies in seiner Begrüßung darauf hin, dass die private Pflege die wesentliche Stütze nicht nur der Pflegewirtschaft ist. Die aktuelle Insolvenzwellen bezeichnete er als „Spitze des Eisbergs, wenn politisch nichts passiert“. Diese Entwicklungen seien ein Beleg dafür, dass bei aktuell (sinkenden) Erlösen und (steigenden) Kosten etwas im Argen liegt. „In der Fläche haben wir Erlösprobleme, da Personal fehlt und Plätze nicht belegt werden können“.

In der Fachöffentlichkeit seien die Problematiken der Pflege präsent und seit langem bekannt, aber ein politisches Handlungskonzept sei immer noch nicht vorhanden. In der breiten gesellschaftlichen Diskussion werden die demografischen Entwicklungen auch in der Pflege erst langsam mit ihrem ökonomischen Auswirken in deren gesamter Breite wahrgenommen. Aber: „Wenn Pflege die Titelseite der Bildzeitung schmückt und wir die Bild als ein Leitmedium betrachten, dann sind wir auf dem richtigen Weg, aber noch lange nicht da, wo wir sein müssen“, so Grote.

Pflege ist Wirtschaftsfaktor!

In der anschließenden öffentlichen Fachveranstaltung unter dem Motto „Pflege ist Wirtschaftsfaktor!“ wurde deutlich, dass das Wegbrechen der pflegerischen Versorgung in Schleswig-Holstein inzwischen auch andere Branchen in Mitleidenschaft zieht. Vor den Konsequenzen warnte der bpa-Landesvorsitzende Mathias Steinbuck. „Pflegeheime sind bei uns im Land im Schnitt nur noch zu knapp 89 Prozent belegt, ambulante Dienste streichen ihre Touren zusammen, weil Personal fehlt. Dies hat schon heute Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft.“



bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote begrüßte die Mitglieder und wies auf die Bedeutung der Pflegegewirtschaft auch für andere Branchen hin.

Tausende Pflegebedürftige und ihre Familien finden nicht mehr die benötigte Versorgung. „Wer für seine Mutter keinen ambulanten Dienst oder für seinen Vater keinen Heimplatz findet, der trägt morgen für die Post keine Briefe aus oder fehlt als Lokführer bei der Bahn. Einen weiteren Arbeitskräftemangel in diesen Bereichen kann sich Schleswig-Holstein nicht leisten. Personalsicherung in der Pflege ist also auch Wohlstandssicherung für das Land.“

Eingespielte Originaltöne aus den Pflegebetrieben zeigten auf, dass die Versorgungssicherheit nicht nur durch den Personalmangel befeuert wird. Auch schwierige wirtschaftliche Rahmenbedingungen gefährden den Bestand von Pflegeunternehmen. Umso schwerwiegender sei es, wenn insbesondere Sozialhilfeträger ungedeckte Heimkosten erst nach monate- bis jahrelangen Bearbeitungszeiten beglichen. „Es ist nicht unsere Aufgabe, zinslose Darlehen zu vergeben und es gefährdet inzwischen den Bestand von Pflegeeinrichtungen, dass einige Sozialhilfeträger und Kassen viel zu lange Bearbeitungszeiten haben“, so Steinbuck.

Staatssekretär Tobias von der Heide aus dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus wies auf vielfältige Anstrengungen des Landes zur Unterstützung der Pflegeeinrichtungen hin. So soll unter anderem das Welcome-Center in Kiel, das am 1. Dezember 2023 seine Arbeit aufgenommen hat, zur schnelleren und gezielteren Fachkräfteeinwanderung beitragen.

Ronny Krüger von der Deutschen Kreditbank DKB bestätigte, dass die Banken aktuell nicht mehr in die klassische stationäre Pflege investieren und Stefan Lange von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion in Schleswig-Holstein forderte konkrete Unterstützung vor allem für die familiengeführten und mittelständischen Unternehmen. Die Erfahrungen zeigten, dass die Übernahme von Pflegeaufgaben häufig dazu führe, dass die Arbeitszeit reduziert oder sogar ganz aufgegeben werde, insbesondere wenn die Pflegesituation plötzlich auftrete. Für Beschäftigte mit Führungsverantwortung sei Teilzeitarbeit oftmals keine Option. Sie reduzierten stattdessen ihre persönlichen Ruhezeiten.

Claudia Straub vom Verband der Ersatzkassen (vdek) sieht zwar in der steigenden Zulassungszahl der ambulanten Pflege eine positive Entwicklung, gleichwohl ist ihr auch klar, dass dies nicht gleichzusetzen ist mit einer steigenden Zahl der Versorgung pflegebedürftiger Menschen. Dies zeigten auch die Ergebnisse der landesweiten Befragung der bpa-Landesgruppe. So bedeutet die aktuelle Auslastung von 88 Prozent auch einen Leerstand von ca. 4.680 Plätzen. Gleichzeitig melden die Einrichtungen überwiegend lange Wartelisten! Regionale Versorgungsengpässe sind bereits deutlich spürbar.

Der bpa-Landesvorsitzende Steinbuck forderte deshalb weitere konkrete Sofortmaßnahmen: „Wir brauchen eine Vereinfachung bei der Pflegeausbildung und einen Ausbau der Schulkapazitäten, vor allem durch zusätzliche Pflegepädagoginnen und -pädagogen. Die Zuwanderung in die Pflegeberufe muss durch zentralisierte und kürzere Anerkennungsverfahren beschleunigt werden.“ Erneut bot er an, als bpa konstruktiv streitbar an den Entwicklungen auf Landesebene mitzuwirken. abu/old



Wirtschaftsstaatssekretär Tobias von der Heide

Landesgruppe Schleswig-Holstein

Fachvorträge, Parlamentarische Abende, Abende der Begegnungen – aus der politischen Arbeit des bpa in Schleswig-Holstein



Austausch über Probleme in der Praxis (von links): Anette Langner, Vorstandssprecherin DRK-Landesverband Schleswig-Holstein, Mathias Steinbuck, bpa-Landesvorsitzender und Mitglied des bpa-Präsidiums, Prof. Dr. Kerstin von der Decken, Ministerin für Justiz und Gesundheit, und Prof. Dr. Hans Vorländer, Vorsitzender Sachverständigenrat für Integration und Migration

Fachveranstaltungen, Parlamentarische Abende oder Jubiläen – die Einladungen zum Jahresende nehmen zu und damit auch die Möglichkeiten, mit den Akteuren der Pflege- und Gesundheitswirtschaft in Schleswig-Holstein zu unterschiedlichen Themen ins Gespräch zu kommen. Sowohl die bpa-Vorstandsmitglieder als auch die Mitarbeitenden der bpa-Landesgeschäftsstelle haben in den vergangenen Monaten an verschiedenen Veranstaltungen teilgenommen und die Interessen der privaten Pflege vertreten.

Bei der 6. Fachveranstaltung der Deutschen Kreditbank (DKB) für die Sozial- und Gesundheitswirtschaft zum Thema „Bauen in herausfordernden Zeiten“ konnte bpa-Landesreferent Lars Tosch in seinem Vortrag auf die aktuellen Hindernisse bei der Berechnung betriebsnotwendiger Investitionskosten für

Pflegeeinrichtungen und die seit 1996 weitestgehend unveränderten Rahmenbedingungen hinweisen.

Der DRK-Landesverband Schleswig-Holstein hatte seinen Parlamentarischen Abend unter das Motto „Fachkräftebedarf in Gesundheits- und Pflegeberufen“ gestellt und der bpa-Landesvorsitzende Mathias Steinbuck konnte im Austausch mit Schleswig-Holsteins Justiz- und Gesundheitsministerin Prof. Dr. Kerstin von der Decken und mit Prof. Dr. Hans Vorländer, Vorsitzender Sachverständigenrat für Integration und Migration, von den Problemen der Praxis berichten.

Die gemeinsame Sorge um die pflegerische Infrastruktur in Schleswig-Holstein und die Notwendigkeit, sich gemeinsam auch mit neuen Konzepten auf den Weg zu machen, teilte auch Mi-

nisterpräsident Daniel Günther im Rahmen verschiedener Begegnungen. Als Schirmherr des bpa-Azubi-Awards hat dieser auch darauf hingewiesen, dass verstärkt in Ausbildung und Pflege investiert werden müsse. Mathias Steinbuck sprach deshalb den Wunsch zu weiteren gemeinsamen Gesprächen mit ihm und die Einladung zum Jahresempfang 2024 der bpa-Landesgruppe Schleswig-Holstein aus. abu

Landesgruppe Schleswig-Holstein

Drehtüreffekte wirkungsvoll verhindern

Symposium des Gesundheitsnetzwerks Lübeck und Umgebung e.V.

Über 50 Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen Bereichen der Gesundheits- und Pflegeversorgung, aus der ambulanten und stationären Versorgung, der kommunalen Politik und der Landespolitik haben sich am 27. September 2023 in Lübeck getroffen und sich gemeinsam darüber ausgetauscht, wie der Drehtüreffekt – in die Klinik hinein und aus der Klinik heraus – vermieden werden kann. Kay Oldörp nahm in seiner Funktion als Mitglied des Landespflegeausschusses Schleswig-Holstein und bpa-Landesgeschäftsstellenleiter an dem Symposium teil.

Das Gesundheitsnetzwerk Lübeck und Umgebung e.V. hatte 2022 beim Schleswig-Holsteinischen Altenpflegepreis den 3. Preis für die Netzwerkarbeit zugesprochen bekommen. Die sektorenübergreifende Vernetzung und das gemeinsame Engagement im Gesundheitsnetzwerk wurde gerade in der Pandemie als besonders hilfreiches Instrument zur Bewältigung der Herausforderungen im Pflege- und Gesundheitsbereich gewürdigt. Unter Federführung der Palliativnetz Travebogen gGmbH, des Gesundheitsamtes und des taktisch-operativen Stabes der Hansestadt Lübeck wurden die regionalen Akteure im Gesundheitssystem über die Sektoren- und Berufsgruppengrenzen hinweg zusammengebracht.



Foto: Katrin Eilts-Köchling

Vorstand und Mitglieder der Arbeitsgruppe des Symposiums Gesundheitsnetzwerk

„Gerade die institutionsübergreifende und interprofessionelle Arbeit macht das Gesundheitsnetzwerk so wertvoll. Sowohl bpa-Mitglieder als auch die Landesgeschäftsstelle werden sich auch zukünftig an der Weiterentwicklung vernetzter Strukturen in Lübeck beteiligen“, bekräftigte Kay Oldörp stellvertretend für die bpa-Landesgruppe Schleswig-Holstein. Es bestand Einigkeit darüber, dass nur dadurch die sogenannten Drehtüreffekte wirkungsvoll bekämpft werden können. abu

Landesgruppe Schleswig-Holstein

Sozialministerin Touré besucht erste landesgeförderte solitäre Kurzzeitpflegeeinrichtung in Niebüll

Sozialministerin Aminata Touré hat am 29. September 2023 Schleswig-Holsteins erste landesgeförderte solitäre Kurzzeitpflegeeinrichtung in Niebüll besucht. Das vor kurzem eröffnete Pflegezentrum Uhlebüll (bpa-Mitglied Stiftung Uhlebüll) hält seine 30 Plätze nur für die Kurzzeitpflege vor und ist damit bisher die einzige Einrichtung dieser Art in Schleswig-Holstein. Im Rahmen des Förderprogramms zum Ausbau solitärer Kurzzeitpflegeplätze unterstützte das Land den Bau der Einrichtung mit rund 570.000 Euro.

Die Kurzzeitpflege im Pflegezentrum Uhlebüll bietet seit 1. Juni 2023 für Pflegegäste aller Altersgruppen die pflegerische Versorgung an. Durch eine Kooperation mit der Lebenshilfeeinrichtung Niebüll GmbH ist die Einrichtung auch für Kinder und Jugendliche geöffnet.

Im Rahmen des Förderprogramms zum Ausbau solitärer Kurzzeitpflegeplätze unterstützte das Land den Bau der Einrichtung mit rund 570.000 Euro. Dies ist die erste Inanspruchnahme des insgesamt zehn Millionen Euro großen För-

dertopfes des Landes, der seit Anfang 2023 zur Verfügung steht. Die Einrichtung wird zusätzlich durch eine Förderung des Kreises Nordfriesland zwei Jahre lang bei den Betriebskosten entlastet.

Sozialministerin Touré hat das Pflegezentrum gemeinsam mit Landrat Florian Lorenzen besucht und den Förderscheck übergeben. Gemeinsam mit Christoph Schmidt, niedergelassener Arzt und Mitglied im Stiftungsrat, stellte Knut Henningsen als Vorstand der

Stiftung Uhlebüll das Konzept vor. Für die bpa-Landesgeschäftsstelle nahm Kay Oldörp an dem Termin teil.

Der Bedarf an Kurzzeitpflege – insbesondere im Übergang von einer stationären Krankenhausbehandlung in eine anschließende pflegerische Versorgung – ist nach Ansicht aller Beteiligten in den letzten Jahren auch in Nordfriesland deutlich gewachsen. Diese Lücke will die Stiftung mit dem neuen Angebot schließen. „Der bpa wird die weitere Entwicklung der solitären Kurzzeitpflege mit großem Interesse auch weiterhin fachlich begleiten“, sagte bpa-Landesgeschäftsstellenleiter Kay Oldörp. „Wir werden alles dafür tun, dass die solitäre Kurzzeitpflege auch nach Auslaufen des Förderprogramms wirtschaftlich arbeiten kann und solide Rahmenbedingungen für Schleswig-Holstein geschaffen werden.“ Es gelte die-



Fotograf: Kay Oldörp

Besuch des Pflegezentrums Uhlebüll (von links): Landrat Florian Lorenzen, Sozialministerin Aminata Touré, Knut Hennigsen, Vorsitzender der Stiftung Uhlebüll, und Christian Grelck, Leiter des Fachbereiches Soziales und Arbeit der Husumer Kreisverwaltung

se so zu gestalten, dass das neue Angebot auch nach dem Auslaufen der Betriebskostenförderung fortbestehen könne. Neben den rahmenvertraglichen Regelungen auf Landesebene sei dazu

auch eine Anhebung der Kurzzeitpflegebudgets durch den Bundesgesetzgeber nötig. abu

Anzeige



100% ELECTRIC



XEV YOYO

DAS PERFEKTE (STADT) AUTO FÜR DIE PFLEGE

Wechsel-Akkus
2,50 Euro auf 100 km
150 km Reichweite - 80 km/h
16.990,00 Euro*
Leasing oder Finanzierung
ABS, Klimanlage
Passt in jede Niesche

2022 das meist verkaufte Kleinstfahrzeug in Italien



SEA

XEV evolves YOUR LIFE

TOP SPEED 80 km/h



XEV YOYO



bleudQ
HAMBURG VECHTA

www.bleudq.de info@bleudq.de
www.bleudq.de/pages/xev-yoyo
040-28 53 38 10 0
04441 8871 200

* zzgl. Überführung

Landesgruppe Schleswig-Holstein

Azubis in der Altenpflege ausgezeichnet

bpa verleiht Pflege-Azubi-Award 2023 in Kiel



Foto: Christopher Rätter

Die vier Preisträgerinnen (vordere Reihe von links): Janne Noel Speth (Platz 2), Kim Sina Stange (Platz 1), Alisa Sammler (New Voices Award) und Hannah Ahland (Platz 3) mit (hintere Reihe): Claudia Straub, Leiterin vdek-Landesvertretung, Mathias Steinbuck, bpa-Landesvorsitzender und Dr. Oliver Grundei, Gesundheitsstaatssekretär

Kim Sina Stange aus Kiel ist die herausragendste künftige Pflegefachfrau in Schleswig-Holstein. Die 20-Jährige wurde jetzt vom bpa-Landesvorsitzenden Mathias Steinbuck mit dem Pflege-Azubi-Award 2023 ausgezeichnet. Im Kieler Landeshaus nahm die Auszubildende ihre Trophäe und ein Preisgeld in Höhe von 1.500 Euro entgegen.

Platz 2 und 3 belegten Janne Noel Speth und Hannah Ahland, die in Büdelsdorf bzw. Langstedt ihre Ausbildung zur Pflegefachkraft absolvieren. Alisa Sammler wurde mit dem New Voices Award für besondere Kreativität ausgezeichnet.

Die Preisträgerinnen sowie viele weitere Bewerberinnen und Bewerber hatten zuvor in Social Media-Videos sich selbst sowie ihren Ausbildungsalltag vorgestellt und Einblicke in ihre Motivation für die Arbeit in der Pflege gegeben. Die Videos zum Pflege-Azubi-Award wurden auf den verschiedenen Plattformen fast eine Million Mal aufgerufen.

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther und Schirmherr des Pflege-Azubi-Awards 2023 musste sich aus Termingründen vom Staatssekretär im Ministerium für Justiz und Gesundheit Dr. Oliver Grundei vertreten lassen. In seinem übermittelten Grußwort würdigte Günther die gesellschaftliche Bedeutung der Pflege: „Für unsere Gesellschaft ist die Arbeit der Pflegenden extrem wertvoll und nicht zu ersetzen. Nicht selten ist sie körperlich anstrengend oder auch psychisch belastend. Ich danke dem Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste deshalb sehr, dass er den Anstrengungen und dem hohen persönlichen Engagement der Pflegenden mit der Auszeichnung Rechnung trägt.“

Alle Bewerberinnen und Bewerber haben mit ihren Einsendungen öffentlich über ihre Arbeit berichtet, einen Blick hinter die Kulissen der Ausbildungsbetriebe gewährt und gezeigt, warum sie die Arbeit schätzen und lieben. Sie sind damit zu

den besten Botschafterinnen und Botschaftern für den Pflegeberuf geworden.“

Der bpa-Landesvorsitzende Mathias Steinbuck: „Die Altenpflege lebt von engagierten und kompetenten Mitarbeitenden. Alle Teilnehmenden beim Pflege-Azubi-Award haben eindrucksvoll gezeigt, dass sie eine große Bereicherung für die pflegerische Versorgung in Schleswig-Holstein sind. Sie starten in einen Beruf, der menschliche Nähe mit hoher Fachkompetenz und sicheren Arbeitsbedingungen verbindet.“

Weitere Informationen zum Award sind auch unter <https://pflegeazubi-award.de/> zu finden. Dort startet im kommenden Frühjahr die Ausschreibung für den Pflege-Azubi-Award 2024.

Landesgruppe Thüringen

Personalmangel schränkt Angebote in der Pflege ein

bpa-Pflegekongress in Erfurt diskutiert die Zukunft der Pflege

Wie bleiben Pflegeeinrichtungen in Zeiten des demografischen Wandels, der Kostenexplosionen oder der Reformbedürftigkeit des Pflegeversicherungssystems zukunftsfit? Um diese Fragen drehte sich der hochkarätig besetzte 8. Pflegekongress der bpa-Landesgruppe Thüringen am 17. Oktober in Erfurt. Vertreterinnen und Vertreter von Pflege, Kassen, Politik und Verwaltung diskutierten die multiplen Herausforderungen und Problemlagen, vor denen die ambulante und stationäre Pflege steht, aber auch mögliche Lösungsansätze.



Fotos: Mathias Räder

Von rechts: Margit Benkenstein, Vorsitzende der bpa-Landesgruppe Thüringen, bedankt sich für das Grußwort zum Pflegekongress bei Claudia Schöne, Bereichsleiterin Pflege der AOK Plus

„Ist die pflegerische Versorgung in Thüringen in den nächsten Jahren sichergestellt?“, fragte die bpa-Landesvorsitzende und bpa-Vizepräsidentin Margit Benkenstein und gab selbst die Antwort: „Schon heute führt der Personalmangel zu Belegungsstopps in Pflegeheimen, auch Anfragen nach ambulanten Leistungen müssen immer wieder abgewiesen werden. Aus dem Personalmangel wird gerade ein Angebotsmangel. Steigende Kosten in allen Bereichen gefährden die Pflegeanbieter zusätzlich in ihrer Wirtschaftlichkeit und belasten die Pflegebedürftigen sowie die Sozialämter durch hohe Eigenanteile.“

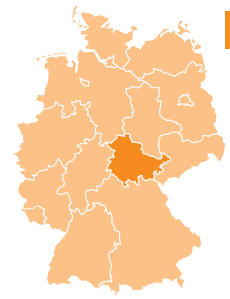
Expertinnen und Experten aus Pflege, Krankenkassen, Politik und Wissenschaft diskutierten beim Pflegekongress des bpa, wie die pflegerische Versorgung auch in Zukunft sichergestellt werden kann. Derzeit sind 170.000 Menschen in Thüringen pflegebedürftig, Tendenz stark steigend. „Die privaten Pflegeeinrichtungen übernehmen in dieser Situation weiter Verantwortung“, so Benkenstein, die darauf verwies, dass vor allem die privaten Anbieter neue Angebote aufgebaut haben. In der Pflege seien in Thüringen in den letzten 20 Jahren im Durchschnitt jährlich 1.000 zusätzliche Stellen entstanden.



Prof. Dr. Michael Behr, Wissenschaftler und Abteilungsleiter im Thüringer Ministerium Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (TMASGFF) referierte über zukünftige Arbeitskräftepotenziale für die Pflege in Thüringen

Neben der Ausbildung bleibe auch die Anwerbung internationaler Pflegekräfte und Auszubildender eine wichtige Säule, betonte die bpa-Landesvorsitzende, die im November Ministerpräsident Bodo Ramelow zu entsprechenden Gesprächen nach Vietnam begleitete. „Wir brauchen den Bürokratieabbau bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse und eine Willkommenskultur in der Bevölkerung, damit sich die internationalen Kräfte hier wohl fühlen.“

Auf dem Podium diskutierten (von links): Babett Pfefferlein, MdL Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Cornelia Klisch, MdL SPD, Vorsitzende des Sozialausschusses, Moderator Christian Stadali, Christoph Zippel, MdL CDU und Ralf Plötner, MdL Die Linke





Beim Pflegekongress in Erfurt: bpa-Geschäftsführer Sven Wolfgram (Geschäftsbereichsleitung ambulante Versorgung) informierte die Mitglieder über die Notwendigkeit der Sicherung der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit von Pflegeeinrichtungen

bpa-Geschäftsführer Sven Wolfgram, Geschäftsbereichsleiter ambulante Versorgung, forderte insbesondere von der Bundesregierung Maßnahmen, um die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit der Pflegeeinrichtungen zu sichern.

In einer Podiumsdiskussion zu den pflegetherapeutischen Zielen und Aktivitäten der Parteien stellten sich vier Landtagsabgeordnete der Frage „Was kann die Landespolitik leisten?“. Die bpa-Mitglieder nutzten die Gelegenheit, ein Jahr vor der Landtagwahl ihre konkreten Forderungen einzubringen. te

Landesgruppe Thüringen

30 Jahre Hauskrankenpflege Julia Rzegotta in Gera und Umgebung

Die „Hauskrankenpflege & Ergotherapie Julia Rzegotta GmbH“, bpa-Mitglied in Gera, konnte Anfang Oktober ihr 30-jähriges Bestehen mit der gesamten Belegschaft im Hofgut Gera feiern. Seit 1. Oktober 1993 betreibt Julia Rzegotta das Pflegeunternehmen gemeinsam mit ihrem Sohn Lars. Seitdem bietet die Familie Pflege und Ergotherapie höchst erfolgreich in Gera, Weida und Umgebung an.

Das Unternehmen ist auch in den Bereichen Hauswirtschaft, Betreuung, Fahrdienst, Essensversorgung und Wäscheservice aktiv. „Seit 2009 erbringen wir Betreuungs- und Pflegedienstleistungen im ‚Wohnpark Martins Höhe‘. Im Untergeschoss des Wohnparks befindet sich unsere Tagespflege“, sagt Lars Rzegotta, der für Mitte 2024 die Eröffnung einer zweiten Tagespflege plant. Ein betreutes Wohnen mit 78 Wohneinheiten befindet sich momentan im Bau.

Anlässlich des 30. Firmenjubiläums hat die bpa-Landesbeauftragte Nicola Mainz gemeinsam mit den Vorstandsmitgliedern Astrid Regel (stellv. Vorsitzende) und Steffen Eilart (Vorstandsmitglied) die Familie Rzegotta in Gera besucht und die Glückwünsche des bpa überbracht. Nachdem das Familienunternehmen lange Zeit verbandsungebunden war, vertraut es seit 2014 auf die Unterstützung durch den bpa. „Es ist gut, einen kompetenten Ansprechpartner zu haben, wenn Fragen auftauchen“, sagt Lars Rzegotta.



Foto: Nicola Mainz

Glückwünsche zum Jubiläum überbracht (von links): die stellv. bpa-Landesvorsitzende Astrid Regel, Firmengründerin Julia Rzegotta, Sohn Lars Rzegotta und bpa-Vorstandsmitglied Steffen Eilart.

Die bpa-Landesbeauftragte Mainz fügt hinzu: „Wir haben die Familie als sehr engagiert und sympathisch bodenständig erlebt. Gerne haben wir neben Blumen auch die bpa-Jubiläumsurkunde für diese herausragenden Leistungen überreicht. Wir wünschen der Familie Rzegotta im Namen aller Vorstandsmitglieder und im Namen des bpa weiterhin alles Gute, weiterhin viel Glück und Erfolg!“ nm/sj

ConSozial Wissenschafts-Preis 2023 an Professor Thomas Rauschenbach verliehen



Fotos: Susanne Jauch

Die drei Preisträger des ConSozial-Wissenschaftspreises 2023 (von links): Stefan Blümel, Kim Sara Marsh und Prof. Dr. Thomas Rauschenbach; mit Johannes Zitzelsberger, Direktor von Dr. Loew Soziale Dienstleistungen, und der Bayerischen Sozialministerin Ulrike Scharf (CSU).

Im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung zur ConSozial vom 25. bis 26. Oktober 2023 in Nürnberg hat Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf den ConSozial Wissenschafts-Preis verliehen. Der Preis wird vom bayerischen Familienunternehmen und bpa-Mitglied Dr. Loew Soziale Dienstleistungen gestiftet und zeichnet herausragende Arbeiten im Sozialbereich aus. Er wird in zwei Kategorien vergeben und ist je mit 4.000 Euro dotiert.

In der Kategorie „Lebenswerk“ wurde Prof. Dr. Thomas Rauschenbach gewürdigt. In der Laudatio heißt es: Der Erziehungswissenschaftler Rauschenbach hat am Lehrstuhl für



Sektempfang für die Preisträger: Kim Sara Marsh und Stefan Blümel mit Direktor Johannes Zitzelsberger auf der Dr. Loew-Standseite.



Trafen sich auf der bpa-Standseite (von links): Fritz Habel (bpa-Landesbeauftragter), Pascal Tschörtner (bpa-Geschäftsführer, Leiter des Geschäftsbereichs stationäre Versorgung), Christof Schäfers (bpa-Präsidiumsmitglied, zuständig für die Bereiche Eingliederungshilfe sowie Kinder- und Jugendhilfe), Oliver Hampel und Antje Zeiger, alle drei sind Geschäftsführer von Schottener Soziale Dienste.

Sozialpädagogik in Dortmund und später als langjähriger Leiter des Deutschen Jugendinstitutes (DJI) in München ein herausragendes wissenschaftliches Profil, das einer besonderen Auszeichnung würdig ist. Besonders hervorzuheben ist sein hoch engagiertes Eintreten für die Chancengleichheit und der ausgeprägte Lebensweltbezug. Darüber hinaus hat es Prof. Rauschenbach stets verstanden, Wissenschaft und Politik in besonders fruchtbarer Weise miteinander zu verbinden.

In der Kategorie „Wissenschaftlicher Nachwuchs“ teilen sich zwei Studierende der Psychologie den Preis. Kim Sara Marsh überzeugte die Jury mit ihrer Masterarbeit „Psychologische Telefonberatung als Tool der Krisenintervention – Eine qualitative Analyse einer Schulung semiprofessioneller Freiwilliger vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs in der

Ukraine 2022“. Und Stefan Blümel überzeugte mit der Masterarbeit „Existenzielle Selbstfürsorge – Entwicklung und Evaluation eines Coachings für ehrenamtliche Hospizmitarbeiter*innen“.

Rund 5.000 Besuchende und 220 Aussteller belebten die Fachmesse der Sozialwirtschaft in diesem Jahr. Der bpa war wieder zusammen mit Dr. Loew Soziale Dienstleistungen mit einem Gemeinschaftsstand vertreten.

Im nächsten Jahr findet die ConSozial am 16. und 17. Oktober 2024 statt und feiert ihr 25. Jubiläum. sj



Fotos: Susanne Jauch

Angehende Pflegefachkräfte informierten sich bei Jürgen Käs (Leitung Marketing, Dr. Loew Soziale Dienstleistungen) über Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten im Mitgliedsunternehmen des bpa.

Termin bitte vormerken: Der bpa auf der Altenpflege 2024 in Essen

Die **Altenpflege-Messe** und der dazugehörige **Kongress** finden vom **23. bis 25. April 2024** in der Ruhrmetropole Essen statt. Der bpa ist als **Kooperationspartner** an zahlreichen **Veranstaltungen** des Kongresses beteiligt und mit einem **Messestand (Halle 8, Stand A12)** vertreten. Näheres zur **Beteiligung** des bpa an **Podiumsdiskussionen** und **Vorträgen** erfahren Sie in der **Frühjahrsausgabe** des bpa-Magazins.



Die Leitmesse 2024
23. – 25. April • Messe Essen

bpa-Fachtagung Eingliederungshilfe

Zur **21. Fachtagung** für Angebote der **Eingliederungshilfe** im bpa kamen am **30. November** und **1. Dezember 2023** in Berlin zahlreiche **bpa-Mitglieder** aus der **Eingliederungshilfe** zusammen. Unseren **Nachbericht** finden Sie unter:
www.bpa.de/egh-fachtagung



**Christian Bernard**

Stellvertretender Geschäftsbereichsleiter Zentrale Dienste und Organisation

Christian Bernard unterstützt die bpa-Verwaltungsgeschäftsstelle für Bundesangelegenheiten in Bonn seit dem 18. September 2023 als stellvertretender Geschäftsbereichsleiter Zentrale Dienste und Organisation. Christian Bernard kommt ursprünglich aus der Gastronomie. Mit seinem berufsbegleitenden Studium zum Diplom-Betriebswirt (VWA) konnte er seine wirtschaftlichen und organisatorischen Fähigkeiten vertiefen und zuletzt als Bereichsleiter in der Lebensmittelbranche erfolgreich einsetzen. Unter anderem standen die Wirtschaftlichkeit und die Personalführung in seiner Verantwortlichkeit. Insbesondere wird Herr Bernard Aufgaben im Personal- und Projektmanagement, in der Organisation, im Finanzwesen sowie die konzeptionelle Entwicklung verschiedenster Themen übernehmen.

Robert Pex

Referent für Digitalisierung in der Bundesgeschäftsstelle Berlin

Robert Pex unterstützt seit 15. Juli 2023 den bpa als Referent für Digitalisierung in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Nach dem Studium der Gesundheitsökonomie arbeitete Pex mehrere Jahre als Projektmanager der Geschäftsführung bei Alloheim und betreute dort verschiedene Digitalisierungsprojekte in enger Zusammenarbeit mit den Einrichtungen. Hierzu zählten sowohl Projekte zur Digitalisierung und Optimierung interner Prozesse als auch die Begleitung wissenschaftlicher Forschungsprojekte zur Erprobung neuer digitaler Versorgungsformen mit externen Partnern. Mit Blick auf die nahende verpflichtende Anbindung an die Telematikinfrastruktur kennt er den Nutzen von Anwendungen, aber auch die Herausforderungen auf dem Weg zur erfolgreichen Implementierung. Diese Erfahrungen im Bereich der digitalen Transformation und die Kenntnisse um die notwendigen politischen Weichenstellungen bringt Robert Pex nun beim bpa mit ein.

**Dr. phil. Wienke Jacobsen**

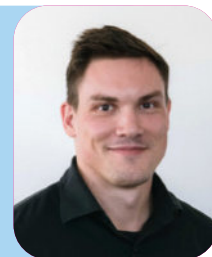
Landesreferentin für Schleswig-Holstein

Dr. phil. Wienke Jacobsen ergänzt seit 1. Juni 2023 als Landesreferentin das Team der bpa-Landesgeschäftsstelle Schleswig-Holstein. Nach dem Studium der ‚Sozialen Arbeit und Gesundheit‘ (B.A.) und ‚Prävention und Gesundheitsförderung‘ (M.A.) absolvierte sie ihr Anerkennungs-jahr als Sozialpädagogin im Pflegereferat der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz in Hamburg. Anschließend koordinierte Wienke Jacobsen die Erstellung des Demenzplans in Schleswig-Holstein und arbeitete in verschiedenen Projekten des Kompetenzzentrums Demenz und der Wohlfahrtspflege in Schleswig-Holstein mit. Zudem engagierte sie sich viele Jahre aktiv in der internationalen Vernetzung zum Thema Demenz. Im Anschluss an ihre Promotion im Bereich der Gesundheitspsychologie zum Wohlbefinden im Alter, war sie in der digitalgestützten Personalgewinnung und -bindung in der Pflege tätig und zuletzt als Projektleitung bei einer großen Hamburger Stiftung für die Entwicklung einer digitalen Plattform für älter werdende Menschen in Hamburg mitverantwortlich. Nach ihrer Elternzeit freut sie sich nun auf ihre neue Aufgabe im Team des bpa in Kiel.

Sören Walter

IT-Administrator in der Bundesgeschäftsstelle Berlin

Sören Walter unterstützt seit 1. August 2023 den bpa als IT-Administrator in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Bereits während seiner Ausbildung zum Fachinformatiker für Systemintegration an der Technischen Hochschule Wildau entwickelte Walter Netzwerkkonzepte und betreute Kunden bei Windows-Problemlösungen und -fehlern. Nach seinem erfolgreichen Abschluss vertiefte er seine Kenntnisse zunächst an der TH Wildau, es folgten weitere Jahre als IT-Administrator und später als IT-Manager bei einer großen Wirtschaftskanzlei mit mehreren Standorten in Deutschland. Mit diesen Erfahrungen unterstützt Sören Walter nun den Leiter IT Frank Deutschbein bei der Betreuung der IT-Landschaft des bpa.



Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



Robert Mittelstädt

Leiter Stabsstelle Personalsicherung und Justiziar

Robert Mittelstädt ist Rechtsanwalt und war bereits von 2008 bis 2021 als Justiziar für den bpa tätig. Schon damals hat er sich neben vielen anderen Themen schwerpunktmäßig mit den rechtlichen Hürden bei der Anwerbung und Anerkennung von internationalen Pflegekräften befasst. Zwischenzeitlich hat er als selbständiger Rechtsanwalt sowohl Pflegeeinrichtungen als auch Privatpersonen im Gesundheitsrecht vertreten. Darüber hinaus hat er für einen online-Bildungsträger ein bundesweites Netzwerk zur besseren Anwerbung und Anerkennung von internationalen Pflegefachkräften aufgebaut. Da der bpa das wichtige Thema der Personalsicherung zukünftig noch stärker in den Fokus seiner Arbeit für die Mitglieder rückt und Robert Mittelstädt auf diesem Gebiet über viel Erfahrung verfügt und gut vernetzt ist, ist er am 1. Oktober 2023 als Leiter der Stabsstelle Personalsicherung und Justiziar zum bpa zurückgekehrt. Er ist neben den internationalen Fachkräften auch für die Themen Ausbildung und sonstige personalrelevante Themen und Projekte auf Bundesebene gemeinsam mit der Kollegin Nathalie Kinder verantwortlich.

Verdiente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

In den vergangenen Monaten konnten zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des bpa ihr Betriebsjubiläum feiern

Regine Arnhold, 30 Jahre bpa

Regine Arnhold hat mit dem bpa schon so einiges erlebt – denn seit 30 Jahren ist sie in der Verwaltung Bundesangelegenheiten in Bonn eine feste Stütze. Als eine der ersten hauptamtlichen Mitarbeiterinnen des bpa überhaupt erkennt sie viele Mitglieder schon anhand der Telefonnummer. „Kaum etwas bringt Sie aus der Ruhe, auch nicht in stressigen Zeiten. Für viele Mitglieder sind Sie ein fester Bestandteil des bpa in Bonn“, sagte bpa-Präsident Bernd Meurer, der zusammen mit bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote sowie den ehemaligen Geschäftsführern des bpa Herbert Mauel und Bernd Tews zur Feier ins „Strandhaus“ in Bonn gereist war, um die langjährige Mitarbeiterin zu ehren.



Regine Arnhold feiert ihr 30-jähriges bpa-Dienstjubiläum: bpa-Präsident Bernd Meurer überreicht Blumen und die Ehrenurkunde

Bernd Meurer lobte Regine Arnhold sehr für ihre Arbeit und hob in seiner Rede ihr bemerkenswertes Durchhaltevermögen und die enorme Belastbarkeit hervor. „Und wenn man sie dann fragt, wie es so geht, hört man: „Ach, alles gar nicht so schlimm, hab’ ich doch gern gemacht.“

Meurer erinnerte daran, dass Regine Arnhold in den vergangenen 30 Jahren mehrere Fusionen mit anderen Verbänden miterlebt und mehrere Umstellungen der Mitgliedersoftware aktiv, lösungsorientiert und klaglos begleitet hat. „Sie sorgen für einen reibungslosen Ablauf und eine perfekte Organisation der Bundesmitgliederversammlung.“



Herzliche Begrüßung
zur Feier in Bonn:
Bernd Meurer,
Regine Arnhönd und
Monika Weber-
Beckensträter

bracht'. Wenn er Flüge, Fahrkarten oder Hotels buchen musste, waren Sie für ihn die erste Adresse."

Ihre zuverlässige und hilfsbereite Art werde von den Mitgliedern sowie von den Kolleginnen und Kollegen in Bonn, in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin und in den Landesgeschäftsstellen sehr geschätzt. Innerhalb von drei Jahrzehnten haben Sie erfolgreich daran mitgewirkt, dass unser Verband stetig größer, durchsetzungsfähiger und mitgliederstärker geworden ist", so Monika Weber-Beckensträter.

Das Präsidium des bpa, Hauptgeschäftsführer Norbert Grote sowie alle Kolleginnen und Kollegen gratulieren Regine Arnhönd herzlich zum 30-jährigen bpa-Dienstjubiläum.

gen. Sie blicken über den Tellerrand, nicht zuletzt aufgrund Ihrer langjährigen Erfahrung im bpa, aber es ist Ihnen auch ein persönliches Anliegen. Sie gehen stets mit Freude und Engagement, aktiv und verlässlich und mit guten Ideen an Ihre Arbeit, auch nach dem regulären Feierabend, wenn es die Situation erfordert."

Monika Weber-Beckensträter, Leiterin des Geschäftsbereichs Zentrale Dienste und Organisation, fügt hinzu: „Sie sind stets hilfsbereit und stehen den Kolleginnen und Kollegen im Land bei allen Fragen zur Mitgliederverwaltung und Anwendung des CRM-Systems zur Seite. Und oftmals haben Sie den Präsidenten ‚auf den richtigen Weg ge-

Roland Weißwange, 15 Jahre bpa

Roland Weißwange, Landesbeauftragter in der Landesgeschäftsstelle Schleswig-Holstein, feierte am 1. November 2023 sein 15-jähriges Dienstjubiläum beim bpa. Als er vor 15 Jahren unter der Leitung von Adolf Popall beim bpa anfang, konnte Weißwange vom DRK-Landesverband kommend bereits auf Verbandserfahrung zurückgreifen – sehr zum Vorteil des bpa und der Mitglieder in Schleswig-Holstein. Roland Weißwange hat die Entwicklung der Landesgruppe miterlebt und mitgestaltet. In den 15 Jahren hat sich die Mitgliederzahl deutlich mehr als verdoppelt.



Roland Weißwange
und der bpa-
Landesvorsitzende
Mathias Steinbuck

Foto: Lars Tosch

In den letzten Jahren bildete die Umsetzung des BTHG auf Landesebene einen Aufgabenschwerpunkt. Mit großem Engagement und Wissen hat Weißwange sich für die Interessen der Mitglieder eingesetzt. Obwohl der bpa in der Eingliederungshilfe (EGH) in Schleswig-Holstein ein kleiner Player ist, hat er den Interessen der Mitglieder eine ver-

nehmbare Stimme verliehen. Es ist auch sein Verdienst, dass die bpa-Landesgruppe überhaupt und inzwischen auch einen nennenswerten Anteil von Einrichtungen der EGH, Frühförderung etc. hat. Für die Kolleginnen und Kollegen ist Weißwange immer unterstützend da, mit viel Detailwissen zur Entstehung der Regelungen im Land.

bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote, der Landesvorsitzende Mathias Steinbuck und die Kolleginnen und Kollegen in der Landesgeschäftsstelle in Kiel danken für 15 Jahre erfolgreiche Arbeit im bpa und freuen sich auf die weitere Zusammenarbeit.

Angela Eicher, 10 Jahre bpa

Angela Eicher, Leiterin der bpa-Landesgeschäftsstelle im Saarland, konnte am 1. November 2023 auf ihr 10-jähriges Dienstjubiläum beim bpa zurückblicken. Sie kam als Volljuristin und Fachanwältin für Sozial- und Arbeitsrecht zum bpa und verschafft seither den Positionen des bpa Gehör. Angela Eicher hat die Saarländische Pflegegesellschaft (SPG) geprägt und tut dies noch. Bis zur Verstärkung ihrer Landesgeschäftsstelle durch eine weitere Mitarbeiterin war Angela Eicher in allen Ausschüssen (ambulant, stationär und teilstationär – SPG intern) und Verhandlungskommissionen mit den jeweiligen Kostenträgern aktiv. Den Ausschuss ambulant hat sie bis zu ihrer Elternzeit auch geleitet. Bis heute ist Angela Eicher sowohl im stationären/teilstationären Ausschuss als auch in den Verhandlungskommissionen stationär/teilstationär als engagiertes Mitglied tätig.

Sie bringt aktuelle Themen in den Ausschuss ein und gestaltet aktiv die Entscheidungsfindung im Sinne des bpa und seiner Mitglieder. Ohne Angela Eicher wären die Ausschüsse und die Verhandlungskommissionen nicht so effektiv. Daher ist sie auch bei den Kostenträgern sehr geachtet – manchmal auch gefürchtet, denn Angela Eicher kann hart verhandeln.



An der kleinen Feier in der Landesgeschäftsstelle nahmen auch Verena Schober und Gaby Stullgys teil, die bis Mai 2023 dem Landesvorstand angehörten und Angela Eicher in den vergangenen zehn Jahren begleitet hatten. Der Ehrenvorsitzende Helmut Mersdorf war ebenfalls unter den Gästen.

Mit viel Engagement und Herzblut widmet sie sich der Pflegeausbildung. Sie ist nicht nur Mitglied des Aufsichtsrates der Gesellschaft zur Förderung der Pflegeausbildung in der Saarland mbH (GFP; angeschlossen an die Gesellschaft der Saarländischen Krankenhausesellschaft SKG) und der Saarlän-



Der bpa-Landesvorsitzende für Saarland Ralf Mertins überreicht Angela Eicher die Jubiläumssurkunde des bpa

dischen Pflegegesellschaft zur Förderung der Pflegeausbildung, sondern auch im Gemeinsamen Ausschuss Pflegeausbildung Saar (GAPS) vertritt sie zielstrebig die Ziele des bpa.

Die GFP regelt im Wesentlichen die Finanzierung der Ausbildung nach dem Pflegeberufegesetz, der GAPS kümmert sich um die Umsetzung der Pflegeausbildung allgemein sowie der Pflegeassistenz oder aktuell um die Qualifikation von langfristig beschäftigten Hilfskräften im Rahmen der Personalbemessung. Auf Landesebene engagiert sich Angela Eicher im Landespflegeausschuss als Mitglied der Arbeitsgruppe „Pflegeinfrastrukturbericht Saarland“.

Der Landesvorstand und bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote danken Frau Eicher für ihre Einsatzbereitschaft, Expertise und Loyalität und freuen sich sehr, Angela Eicher an ihrer Seite zu wissen.

Monic Herzke, 10 Jahre bpa

Vor 10 Jahren kam Monic Herzke zur Bremer bpa-Landesgeschäftsstelle – als erste Sekretärin in der vier Jahre zuvor gegründeten Geschäftsstelle im kleinsten Bundesland. Das bedeutete v.a., gemeinsam mit der damaligen Landesbeauftragten Hannelore Bitter-

Wirtz administrative Strukturen der Geschäftsstelle in der Bremer Baumwollbörse aufzubauen. Seither widmet sie sich mit viel Engagement und Herzblut allen Sachbereichen rund um den reibungslosen administrativen Ablauf in einer Geschäftsstelle.

Darüber hinaus plant und organisiert Monic Herzke das Seminarwesen, Mitgliederveranstaltungen, Vorstandssitzungen und Arbeitskreise. Sie verwaltet die Pflegeberaterverträge und im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) kümmert sie sich um die Koordi-

nation und Verwaltung der Teilnehmer/innen und Mitgliedseinrichtungen.

Das Sekretariat der Landesgeschäftsstelle ist der erste Ansprechpartner und die Visitenkarte für alle, die sich auf Landesebene an den Verband wenden (Mitglieder, senatorische Behörden, Kooperationspartner, Verhandlungspartner, externe Dienstleister). Alle Aufgaben hat Monic Herzke vom ersten Tag an sehr verantwortungsvoll und mit großer Empathie wahrgenommen. Freundlich, vertrauensvoll und geduldig kümmert sie sich um die Belange der Mitglieder – am Telefon oder live auf bpa-eigenen Veranstaltungen – und macht damit ihrem Namen alle Ehre.



Sven Beyer, bpa-Landesvorsitzender für Bremen/Bremerhaven, überreicht die Jubiläumssurkunde an Monic Herzke

bpa-Hauptgeschäftsführer Norbert Grote, bpa-Landesvorsitzender Sven Beyer sowie die Leiterin der bpa-Landesgeschäftsstelle Johanna Kaste und Beraterin Hannelore Bitter-Wirtz schätzen ihre Einsatzbereitschaft, Expertise und Loyalität sehr und danken herzlich für zehn Jahre begeisternde und erfolgreiche Arbeit im bpa. Sie freuen sich auf die weitere Zusammenarbeit.

bpa-Team beim B2Run-Firmenlauf erfolgreich

Beim B2Run-Firmenlauf am 27. September in Berlin haben fünf Kollegen die Fahne des bpa erfolgreich hochgehalten und sind mit fantastischen Zeiten nach 5,4 Kilometern in das Olympiastadion eingelaufen: Sören Walter (27:41 Minuten), Samuel Schraps (28:04 Minuten), Oliver Bösener (28:13 Minuten), Adrian Imhof (31:18 Minuten) und Pascal Tschörtner (31:30 Minuten). Herzlichen Glückwunsch dem ganzen Team! As



Foto: privat

Im Berliner Olympiastadion (von links): Samuel Schraps, Pascal Tschörtner, Sören Walter, Adrian Imhof und Oliver Bösener

Ihre Ansprechpartner beim bpa

Bundesgeschäftsstellen

Friedrichstraße 148 · 10117 Berlin
 Hauptgeschäftsführer: **Norbert Grote**
 Geschäftsführer: **Pascal Tschörtner** (Leiter des Geschäftsbereichs stationäre Versorgung)
Sven Wolfram (Leiter des Geschäftsbereichs ambulante Versorgung)
 Leiterin Geschäftsbereich Recht: **Ise Neumann**
 Leiter der Bundesgeschäftsstelle: **Axel Schnell**
 Telefon: +49 30 308788-60
 Telefax: +49 30 308788-89
 bund@bpa.de

Leiterin Geschäftsbereich Zentrale Dienste und Organisation: **Monika Weber-Beckensträter**
 Oxfordstraße 12–16 · 53111 Bonn
 Telefon: +49 228 60438-0
 Telefax: +49 228 60438-99
 info@bpa.de

Leiterin Geschäftsbereich Wirtschaft:
Jutta Schier
 Rheinallee 79–81 · 55118 Mainz
 Telefon: +49 6131 88032-0
 Telefax: +49 6131 88032-10
 Jutta.schier@bpa.de

Baden-Württemberg

Stefan Kraft
 Mobil: +49 172 4154918
Berthold Denzel
 Mobil: +49 173 5222451
Christian Aigner
 Mobil: +49 171 6538350
Sven Schumacher
 Mobil: +49 160 98187594
Nicole Küstner
 Mobil: +49 173 2092456
 Marienplatz 8 · 70178 Stuttgart
 Telefon: +49 711 96049-60
 Telefax: +49 711 96049-70
 baden-wuerttemberg@bpa.de

Bayern

Joachim Görtz
 Mobil: +49 174 3463969
Fritz Habel
 Mobil: +49 173 7000943
Stefan Hahnemann
 Mobil: +49 173 9004059
Falk Roßkopf
 Mobil: +49 151 11601408
Johannes Keller
 Mobil: +49 151 23894889
 Westendstraße 179 · 80686 München
 Telefon: +49 89 890448320
 Telefax: +49 89 890448321
 bayern@bpa.de

Berlin

Margarete May
 Mobil: +49 175 1091507
Adrian Imhof
 Mobil: +49 172 4154943
 Spichernstraße 12 A · 10777 Berlin
 Telefon: +49 30 338475250
 Telefax: +49 30 338475279
 berlin@bpa.de

Brandenburg

Sabrina Weiss
 Mobil: +49 152 21732243
Uwe Mahrla
 Mobil: +49 172 4154939
Sarah Kolbe
 Mobil: +49 15158441210
Marise Krause
 Schopenhauerstraße 7 · 14467 Potsdam
 Telefon: +49 331 97 92 33 70
 Telefax: +49 331 97 92 33 79
 brandenburg@bpa.de

Bremen/Bremerhaven

Johanna Kaste
 Mobil: +49 151 74128429
 Wachtstraße 17–24 · 28195 Bremen
 Telefon: +49 421 68544175
 Telefax: +49 421 68544177
 bremen@bpa.de

Hamburg

Philip Eckhardt
 Mobil: +49 151 15885353
Michael Lorenz
 Mobil: +49 151 21561400
Sören Fenner
 Mobil: +49 174 1837313
 Süderstraße 24 · 20097 Hamburg
 Telefon: +49 40 25307160
 hamburg@bpa.de

Hessen

Manfred Mauer
Sabine Söngen
 Mobil: +49 172 9911727
Stefan Hißnauer
 Mobil: +49 172 2438503
Oliver Hauch
 Mobil: +49 172 4103485
Markus Ahne
 Mobil: +49 151 72317292
Astrid Jestel-Rücker
 Mobil: +49 173 2751623
Mirjam Abraham
 Mobil: +49 151 41498624
 Schiersteiner Str. 86 · 65187 Wiesbaden
 Telefon: +49 611 341079-0
 Telefax: +49 611 341079-10
 hessen@bpa.de

Mecklenburg-Vorpommern

Dietmar Schmidt
 Mobil: +49 173 5186323
Anja Welenz
 Mobil: +49 172 3275680
Rona Lehmköster
 Mobil: +49 172 5329688
Katrin Schönrock
 Mobil: +49 170 6750336
 Köpmarkt – Am Grünen Tal 19 · 19063 Schwerin
 Telefon: +49 385 3992790
 Telefax: +49 385 3992799
 mecklenburg-vorpommern@bpa.de

Niedersachsen

Carsten Adenäuer
 Mobil: +49 1525 1672305
Jens Krüger
 Mobil: +49 173 6024877
Hinrich Ennen
 Mobil: +49 174 3051402
Björn Aselmeyer
 Mobil: +49 172 2832135
Heide Grimmelmann-Heimburg
 Mobil: +49 173 9138325
Nils Schwichtenberg-Zech
 Mobil: +49 160 92625800
Florian Araschmid
 Mobil: +49 162 1321678
 Herrenstraße 5 · 30159 Hannover
 Telefon: +49 511 123513-40
 Telefax: +49 511 123513-41
 niedersachsen@bpa.de

Nordrhein-Westfalen

Christine Strobel
 Mobil: +49 162 1311314
Iris Potthof
 Mobil: +49 160 92628199
Michael Siering
 Mobil: +49 173 1792829
Ulrich Kochanek
 Mobil: +49 173 6434880
Andrea Grote
 Mobil: +49 173 2062868
Sandra Mertins
 Mobil: +49 151 50945463
Henning Sittlinger
 Mobil: +49 160 3321459
Nathalie Kinder
 Mobil: +49 151 10642636

Sabine Baro

Mobil: +49 171 7796573
Julia Rother
 Mobil: +49 151 70254198
David Schulz
 Mobil: +49 162 2431280
 Friedrichstraße 19 · 40217 Düsseldorf
 Telefon: +49 211 311393-0
 Telefax: +49 211 311393-13
 nordrhein-westfalen@bpa.de

Rheinland-Pfalz

Jutta Schier
 Mobil: +49 173 2063932
Petra Therre
 Mobil: +49 151 19115274
Katrin Möller
 Mobil: +49 172 5300969
Jan-Christoph Harnisch
 Mobil: +49 170 8079188
Barbara Goetsch
 Rheinallee 79–81 · 55118 Mainz
 Telefon: +49 6131 88032-0
 Telefax: +49 6131 88032-10
 rheinland-pfalz@bpa.de

Saarland

Angela Eicher
 Mobil: +49 173 7464956
Mechthild Hoffmann
 Mobil: +49 151 15282066
 Heinrich-Barth-Straße 18 · 66115 Saarbrücken
 Telefon: +49 681 9488840
 Telefax: +49 681 9488842
 saarland@bpa.de

Sachsen

Jacqueline Kallé
 Mobil: +49 162 1341356
Olaf Schwabe
 Mobil: +49 173 7053759
Rudolf Pietsch
 Mobil: +49 172 2009392
Michael Schulze
 Mobil: +49 171 1271380
 Elsterstraße 8a · 04109 Leipzig
 Telefon: +49 341 52904460
 Telefax: +49 341 52904489
 sachsen@bpa.de

Sachsen-Anhalt

Daniel Heyer
 Mobil: +49 172 2690689
Anja Girschik
 Mobil: +49 160 8444538
Fabian Herrmann
 Mobil: +49 175 7227525
 Haeckelstraße 9 · 39104 Magdeburg
 Telefon: +49 391 24358630
 Telefax: +49 391 24358659
 sachsen-anhalt@bpa.de

Schleswig-Holstein

Kay Oldörp
 Mobil: +49 174 3327860
Roland Weißwange
 Mobil: +49 174 3427564
Anke Buhl
 Mobil: +49 160 6698384
Lars Tosch
 Mobil: +49 160 5566654
Dr. Wienke Jacobsen
 Mobil: +49 151 17214324
Irmgard Stremiau
 Mobil: +49 151 40730927
 Hopfenstraße 65 · 24103 Kiel
 Telefon: +49 431 66947060
 Telefax: +49 431 66947089
 schleswig-holstein@bpa.de

Thüringen

Thomas Engemann
 Mobil: +49 172 3167969
Mathias Räder
 Haarbergstraße 61a · 99097 Erfurt
 Telefon: +49 361 6538688
 thuringen@bpa.de

Seminare**Regine Arnhold**

Oxfordstraße 12–16 · 53111 Bonn
 Telefon: +49 228 60438-0
 Telefax: +49 228 60438-99
 seminare@bpa.de

bpa Europavertretung

c/o Deutsche Sozialversicherung
 Europavertretung
 Rue d'Arlon 50 · B-1000 Brüssel
 europa@bpa.de
 Tel. +49 30 30878860
 Fax +49 30 30878889

bpa Servicegesellschaft

Servicegesellschaft mbH des Bundesverbandes
 privater Anbieter sozialer Dienste e.V.

Hauptgeschäftsstelle

Rheinallee 79–81 · 55118 Mainz
 Telefon: +49 6131 93024-0
 Telefax: +49 6131 93024-29
 Hotline: 0800 5005225
 info@bpa-servicegesellschaft.de

Rainer Wiesner

wiesner@bpa-servicegesellschaft.de

Michael Diehl

diehl@bpa-servicegesellschaft.de

Christian Dix

dix@bpa-servicegesellschaft.de

Geschäftsstelle Nord

Süderstraße 24 · 20079 Hamburg
 Telefon: +49 40 253071620
 infoNord@bpa-servicegesellschaft.de

Lars Becker

becker@bpa-servicegesellschaft.de

Lucas Scheybal

scheybal@bpa-servicegesellschaft.de

Geschäftsstelle Süd

Rumfordstraße 10 · 80469 München
 Telefon: +49 89 57879857
 infoSued@bpa-servicegesellschaft.de

Michael O. Haile

haile@bpa-servicegesellschaft.de

Lisa Riehle

riehle@bpa-servicegesellschaft.de

Thomas Geier

geier@bpa-servicegesellschaft.de

Geschäftsstelle West

Werdener Straße 6 · 40227 Düsseldorf
 Telefon: +49 211 59828939
 infoWest@bpa-servicegesellschaft.de

Gunnar Michelchen

michelchen@bpa-servicegesellschaft.de

Arnaud Liminski

liminski@bpa-servicegesellschaft.de

Geschäftsstelle Ost

Mehringdamm 66 · 10961 Berlin
 Telefon: +49 30 30111066
 infoOst@bpa-servicegesellschaft.de

Nico Kling

kling@bpa-servicegesellschaft.de

Dustin Deichsel

deichsel@bpa-servicegesellschaft.de

Versicherungen**Hans-Jürgen Erhard**

Rudolf-Wild-Str. 102 · 69214 Eppelheim
 Telefon: 0800 5005225
 versicherungen@bpa-servicegesellschaft.de

Konzeptionen**Marlies Enneking**

Meyers Grund 14 · 49401 Damme
 Telefon: 0800 5005225
 konzeptionen@bpa-servicegesellschaft.de

Impressum**Herausgeber:**

bpa.Bundesverband
 privater Anbieter sozialer Dienste e.V.
 Friedrichstraße 148, 10117 Berlin

Redaktion bpa:

Norbert Grote (verantwortlich)
 Susanne Jauch

Autoren:

Norbert Grote (ng)
 Pascal Tschörtner (pt)
 Sven Wolfgram (swo)
 Dr. Matthias Glasmeyer
 Martin von Berswordt-Wallrabe (mvb)
 Susanne Jauch (sj)
 Christopher Ratter (cr)
 Lars Wöhler (lwö)
 Uwe Clasen (uc)
 Dr. phil. Wienke Jacobsen
 Berthold Denzel (bd)
 Joachim Görtz (jg)
 Sabine Helmer (hel)
 Fritz Habel (fh)
 Stephanie Ludinsky (slu)
 Oliver Stemmann (ste)
 Adrian Imhof (ai)
 Sabine Zeinert (sz)
 Kirsten Müller (m)
 Hannelore Bitter-Wirtz (hbw)
 Philip Eckhardt (eck)
 Mirjam Abraham (abr)
 Brigitte Warnke-Kilian (bwk)
 Rona Lehmköster (leh)
 Anja Welenz (awe)
 Nils Schwichtenberg-Zech (nsz)
 Julian Grobe (jgr)
 Dietmar Schmidt (dsch)
 Iris Potthof (ipo)
 Julia Rother (jr)
 Hans Peter Knips (hpk)
 Fabian Herrmann (herr)
 Kay Oldörp (old)
 Anke Buhl (abu)
 Thomas Engemann (te)
 Nicola Mainz (nm)
 Robert Mittelstädt (rmi)
 Mareike Berger (ber)

Redaktionsanschrift:

bpa.Magazin
 Friedrichstraße 148, 10117 Berlin
 jauch@bpa.de

Redaktionsschluss:

5 Wochen vor Erscheinungstermin

Gestaltung:

Union Betriebs-GmbH (UBG)
 Betriebsstätte Berlin – Abteilung Grafikdesign
 Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin
 ubg365.de

Fotografen:

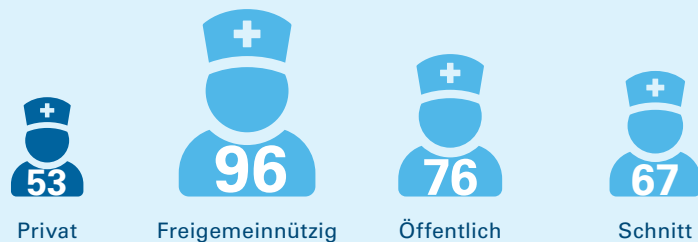
Arne Pöhnert
 Meike Kenn
 Susanne Jauch (sj)
 Christopher Ratter (cr)
 Thomas B. Jones Fotografie
 Berthold Denzel (bd)
 Jacqueline Bratke
 Dr. phil. Wienke Jacobsen
 LfP/Claudia Bunk
 digatus
 Stephanie Ludinsky (slu)
 Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit
 und Pflege (StMGp)
 Techniker Krankenkasse Niedersachsen (TK)
 Heide Grimmelmann-Heimbürg (hgh)
 Oliver Stemmann (ste)
 Ilona Kirchmeier
 Almuth Kaiser
 Margarete May
 Sandra Hetschko
 Martin Bockhacker
 Peter Vogel
 Dietmar Wäsche
 Stefan Hilßnauer
 Brigitte Warnke-Kilian (bwk)
 Anja Mathe
 Rona Lehmköster (leh)
 Anja Welenz (awe)
 Joachim Görtz (jg)
 Olaf-Wull Nickel
 Slava Medvedev
 Sander Pflege GmbH
 Anette Knips
 Fabian Herrmann (herr)
 Antje Kunde
 Dr. phil. Wienke Jacobsen
 Anke Buhl (abu)
 Kay Oldörp (old)
 Katrin Eilts-Köchling
 Mathias Räder (rä)
 Nicola Mainz (nm)
 Munir Werner
 Marlies Mehrbachfoto-merrbach.de

**Die nächste Ausgabe des bpa.Magazins
 erscheint voraussichtlich am 30. März 2024**
 ISSN 0947-4285 Ausgabe #124

Wussten Sie schon?

Fakten zur privaten Pflege in Deutschland

Patientenzahlen ambulanter Dienste im Durchschnitt



Quelle: Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik

Platzzahlen vollstationärer Pflegeheime im Durchschnitt



Quelle: Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik

Die 32 größten stationären Betreiber



Quelle: CareInvest TOP 30 Liste

„Heime in privater Trägerschaft arbeiten kostengünstiger als öffentlich-rechtliche oder freigemeinnützige Heime – insbesondere in Westdeutschland. Hier liegen ihre Preise inklusive des Investitionskostenanteils **7 Prozent unter dem Durchschnitt.**“

Pflegeheim Rating Report 2022